

Bremen, Mai 1919.

Nº 6.**Verhandlungen der Nationalversammlung**

Sitzung vom 2. Mai 1919.

Entschuldigt fehlten:

Behle, Karl
 Bensmann, Hermann
 Böhmert, Wilh., Dr.
 Cordes, Johannes

Gerberding, Eduard
 Hobelmann, Gustav
 Leymann, Wilhelm
 Möhring, Henry

Peine, Friedr.
 Pieper, Wilhelm

Walsemann, Carl

Unentschuldigt fehlten:

Dibjick, Friedr.
 Göbe, Albert

Hasselbach, Caroline
 May, Franz

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt Seite		Verhandelt Seite
I. Antrag, betr. Friedensbedingungen	150	XII. Wahl der Kommission zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung	142
II. Antrag, betr. Verhandlung mit dem 21er Rat. (N. z. B. g.)		XIII. Antrag auf Neuwahl des Stadtverordnetenkollegiums in Bremerhaven und der Gemeindeausschüsse in den Landgemeinden	143
III. Antrag, betr. Wiederherstellung des Vereins- und Versammlungsrechts, sowie der Pressefreiheit. (N. z. B. g.)		XIV. Antrag auf Errichtung von Fortbildungskursen für die weiblichen Arbeitslosen	160
IV. Antrag, betr. Entschädigung nicht freiwillig geschlossener Geschäfte, (N. z. B. g.)		XV. Antrag auf Einführung der Einheitschule	165
V. Antrag, betr. Entwaffnung der Stadtwehr und Bewaffnung der Arbeiter, sowie Entfernung der Regierungsschutztruppe. (N. z. B. g.)		XVI. Antrag auf Erlass eines Gesetzes, betr. Zwangsversicherung gegen Viehdiebstähle. (Dazu Mitteilung des Senats vom 22. April 1919.)	145
VI. Antrag, betr. Sicherung der Abgeordneten gegen Verhaftung. (N. z. B. g.)		XVII. Mitteilung des Senats vom 17. April 1919: 1. Ergänzung der Deputationen 2. Entlastung des Senats	145 150
VII. Antrag, betr. Bericht über Inhaftierte. (N. z. B. g.)		XVIII. Mitteilung des Senats vom 19. April 1919: Verzeichnis der von der provisorischen Regierung erlassenen Verordnungen usw. (N. z. B. g.)	
VIII. Antrag, betr. Einsetzung eines Tribunals in Sachen eines Geheimprotokolls. (N. z. B. g.)		XIX. Antrag, betr. Vertretungsbezugnisse der Deputationsbeamten. (N. z. B. g.)	
IX. Antrag, betr. Aufhebung des Belagerungszustandes. (N. z. B. g.)		XX. Antrag auf Niederlegung einer Kommission, betr. Beamten-Gehalte, Teuerungszulagen, Amtsbezeichnungen usw. (N. z. B. g.)	
X. Antrag, betr. Delmenhorster Liebesgaben. (N. z. B. g.)			
XI. Antrag, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären. (N. z. B. g.)			

Herr Dunkel präsidiert.

Eröffnung der Sitzung 4 Uhr 4 Minuten.

Präsident: Gegen das Protokoll der vorigen Sitzung sind Einwendungen nicht erhoben.

Eingegangen ist ein Schreiben eines Gastwirts Behnke, der um eine Entschädigung wegen der Schließung seines Geschäfts bittet,

ferner ein Schreiben des Parzellistenvereins von Sebaldsbrück und Umgegend, welcher um Enteignung des Schlossparks bittet,

weiter ein Schreiben der Landesregierung des Volksstaates Reuß, die uns die vorläufige Verfassung überreicht.

Eingegangen ist folgender genügend unterstützter Antrag der Herren Wahnschaffe und Tjaden:

Die Nationalversammlung wolle den Senat ersuchen, alsbald eine den jetzt bestehenden Verhältnissen Rechnung tragende Neufassung des Gesetzes vom 1. Februar 1894, betreffend die Rechtsverhältnisse der Beamten, vorzulegen.

Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Endlich ist folgender Dringlichkeitsantrag des Herrn Stockhinger eingegangen, der genügend unterstützt ist:

Die Nationalversammlung beschließt: Alle aus Anlaß der politischen Vorgänge in Bremen verhafteten Personen sind sofort in Freiheit zu setzen.

(Auf: Grund zu einem neuen Generalstreik!)

Wünscht jemand zur Dringlichkeit das Wort?

Stockhinger (R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es sind anläßlich der letzten Vorgänge in Bremen zu den alten Verhaftungen sehr viele neue Verhaftungen hinzugekommen, die durch nichts begründet sind. Lediglich auf ganz gemeine Denunziation hin sind Leute verhaftet worden. Sie schmachten in den Gefängnissen. (Präsident: Ich bitte zur Frage der Dringlichkeit zu sprechen.) Es ist nötig, daß ich diese Ausführungen mache, um die Dringlichkeit zu begründen. (Präsident: Nein, das können Sie anläßlich der Beratung des Antrages selbst machen.) Meine Damen und Herren! Die Gefangenen schmachten augenblicklich im Gefängnis, in der Strafanstalt und in Verden. Es ist nötig, daß sie sofort in Freiheit gesetzt werden aus dem Grunde, weil man den Gefangenen etwas Positives nicht nachweisen kann. Es ist ferner notwendig, weil sich unter den Gefangenen verschiedene befinden, die krank sind, die absolut unfähig sind, die Gefangenen sofort in Freiheit zu setzen. Aus diesem Grunde ist es auch nötig, die Dringlichkeit zu beschließen, damit die Freilassung

sofort erfolgen kann. Aus zuverlässiger Quelle habe ich erfahren, daß die Staatsanwaltschaft sowohl wie der Untersuchungsrichter sich auf den Standpunkt gestellt haben, daß die Verhaftungen zu unrecht erfolgt sind, daß aber die Stadtkommandantur verfügt hat, daß die Verhaftungen aufrecht erhalten werden sollen (Hört! Hört!) Wenn dem so ist, dann geben Sie Ihre Unterstützung der Diktatur der Stadtkommandantur. Die Freilassung ist schon deswegen notwendig, weil die Verpflegung in den Gefängnissen sehr schlecht ist, um nicht ein anderes Wort zu gebrauchen. (Präsident: Sie sollen zur Frage der Dringlichkeit sprechen und nicht Ausführungen über die Kost in den Gefängnissen machen.) Wenn die Kost in den Gefängnissen schlecht ist, so ist das eine Begründung, die doch sehr dringlich ist, und die doch zur Pflicht macht, die Sache sofort zu behandeln. Es ist uns von zuverlässiger Seite ferner mitgeteilt worden, daß die Aufseher in den Strafanstalten und Gefängnissen es nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren können, diesen Gefangenen noch fernerhin so schlechte Kost zu verabfolgen. Die Aufseher haben etwas mehr Mitleidsgefühl als die bremische Stadtkommandantur. Ich möchte Sie deshalb dringend ersuchen, stimmen Sie unserem Antrage zu auf sofortige Freilassung der Verhafteten, ferner der Dringlichkeit unseres Antrages.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, daß die Dringlichkeit des Antrages erklärt wird, den bitte ich aufzustehen (Geschieht). Der Antrag auf Dringlichkeit ist abgelehnt. Der Antrag kommt in der nächsten Sitzung zur Verhandlung (Unruhe. Zurufe). Ich bitte um Ruhe.

Zur Geschäftsordnung

Wenhold (D.) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte im Namen der Mehrheitsparteien eine Umstellung der Tagesordnung vorschlagen und zwar wie folgt: Wir möchten beantragen, die Mitteilungen des Senats, wie es bisher üblich war, zuerst zu behandeln. Allerdings erscheint es zweckmäßig, noch vorher die Wahl der Kommission vorzunehmen wegen der neuen Geschäftsordnung. Die Notwendigkeit dazu hat sich in den bisherigen Verhandlungen dringend ergeben. Ich ersuche, Punkt 12 unserer heutigen Tagesordnung als ersten Punkt zu setzen.

Präsident: Es hat sich niemand zum Wort gemeldet, ich frage deshalb — — —

Chrapkowski (U. S.) zur Geschäftsordnung: Ich beantrage über jeden Abänderungsantrag besonders abzustimmen.

Otto: Ich beantrage: über jeden Abänderungsantrag namentlich abzustimmen.

Zur Geschäftsordnung

Miller (R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß vor allem Protest einlegen dagegen, daß der Herr Präsident sofort nachdem er sein letztes Wort beendet hat, sagt: es hat sich niemand mehr zum Wort gemeldet. Man muß doch das letzte Wort des Präsidenten erst gehört haben, ehe man sich zum Wort meldet. Was hier soeben vorgeschlagen worden ist, ist eine so durchgreifende Aenderung der Tagesordnung, daß ich beantrage, die Sitzung um eine halbe Stunde zu vertagen, damit wir dazu Stellung nehmen können.

Zur Geschäftsordnung

Garves (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir ein Bürgeramt hätten, in dem die Tagesordnung immer vorher festgesetzt wird, dann würde es hier nicht zu diesen Gegensätzen kommen. Da nun aber dieses Bürgeramt fehlt, möchte ich die Herren von der äußersten Linken bitten, etwas Rücksicht zu üben, wenn wir nunmehr an eine Aenderung unserer Tagesordnung herangehen. Wir sind ja doch schließlich dazu gezwungen, wenn wir positive Arbeit leisten wollen. Deshalb sind wir Ihnen ja auch entgegengekommen, indem wir Punkt 12 wegen Wahl einer neuen Geschäftsordnung als ersten Punkt vorschlagen, damit wir endlich weiter kommen, damit Sie endlich einmal wissen, woran Sie sind, welche Geschäftsordnung hier gilt. Es geht doch nicht an, die Debatten hier ins Uferlose hinaus zu ziehen. Ferner ist es notwendig, wie Herr Wenhold bereits sagte, die Eingänge des Senats an die Spitze unserer Tagesordnung zu stellen. Wir müssen ja auch darauf Rücksicht nehmen, daß, wenn wir hier Senatskommissare erwarten, die nicht den ganzen Tag hier nutzlos herum sitzen, sondern sofort an die Reihe kommen. Wenn Sie für alle diese Sorgen kein Verständnis haben. Herr Miller, müssen wir natürlich sehen, auf welche Weise wir es ermöglichen, damit wir schließlich einmal zu positiver Arbeit kommen. Denn das werden Sie mir doch zugestehen, meine Herren von der äußersten Linken: positive Arbeit haben Sie überhaupt noch nicht geleistet. (Sehr richtig!)

Zur Geschäftsordnung

Miller (R.): Ich stelle fest, daß Herr Garves auch jetzt nicht zur Geschäftsordnung, sondern zu seinem Antrage gesprochen hat, und daß er vom Präsidenten nicht ein einziges Mal unterbrochen worden ist. Ich muß feststellen, daß, wenn von unserer Seite ein Redner zu irgend einer Dringlichkeit spricht, ihn der Präsident schon bei dem ersten Satz unterbricht. Das ist ganz zweifellos nicht eine objektive Handhabung der Geschäftsordnung. Ich möchte bitten, daß über meinen Antrag auf Vertagung um eine halbe Stunde abgestimmt wird. Wir können

uns mit dieser Handhabung der Geschäftsordnung nicht einverstanden erklären, schon aus dem Grunde nicht, weil wir das letzte Mal Dringlichkeitsanträge gestellt hatten und Sie unsern Wünschen nicht entgegengekommen waren, diese Dringlichkeitsanträge an die erste Stelle zu setzen.

Zur Geschäftsordnung

Bögeding (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch unsere Fraktion ist dafür, daß wir eine Geschäftsordnungskommission einsetzen. Wir haben auch das Empfinden, daß es notwendig ist, eine geordnete Geschäftsführung herbeizuführen. Aber dem zuzustimmen, was hier vorgeschlagen ist, das können Sie nicht erwarten, denn das würde bedeuten, daß wir Anträge, die zu stellen wir für richtig halten, einfach zurückstellen, daß sie einfach nicht mehr verhandelt werden. Ich bitte deshalb, dem Antrage des Herrn Miller zuzustimmen, der dahin geht, die Sitzung um eine halbe Stunde zu vertagen.

Zur Geschäftsordnung

Waigand (M.-S.): Eine halbe Stunde Beratung wäre notwendig, wenn den Herren die Tagesordnungspunkte nicht bekannt wären. Sie sind Ihnen aber doch bekannt; es handelt sich bloß um eine Umstellung. Wenn Sie die ganzen Tagesordnungspunkte aber noch durchgehen wollen, dann genügt eine halbe Stunde Pause nicht. Wir stimmen deshalb gegen den Antrag Miller.

Der Antrag Miller auf Vertagung der Sitzung um eine halbe Stunde wird abgelehnt.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Chrapkowski, welcher dahin geht, daß über die Umstellung der einzelnen Punkte der Tagesordnung einzeln abgestimmt wird (Zuruf: Namentliche Abstimmung wird beantragt!) Ueber die namentliche Abstimmung wird nachher abgestimmt werden.

Waigand (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag ist nicht gestellt, um die Dringlichkeitsanträge zur Erledigung zu bringen, sondern um der Sache neue Schwierigkeiten zu bereiten (Sehr richtig!). Wird dem Antrage entsprochen, dann können alle diese Anträge nicht zur Verhandlung kommen.

Schmalefeldt (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn die Tagesordnung doch nun einmal umgestellt werden soll, dann möchte ich ersuchen, Punkt 13, der die Neuwahlen in Bremerhaven betrifft, als ersten Punkt zu behandeln. Sie werden mir alle zugeben, daß es unhaltbare Zustände sind, die wir in Bremerhaven haben. In ganz Deutschland haben überall Neuwahlen der Gemeindekörperschaften stattgefunden, nur in Bremerhaven noch nicht;

dort arbeitet noch das alte Kollegium. Es wird aber bereits stark Sturm gelaufen gegen dieses Kollegium, und zwar nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch in bürgerlichen Kreisen, und es wird gesagt, das Kollegium habe kein Recht mehr, Beschlüsse zu fassen. Es ist also unter allen Umständen an der Zeit, neu zu wählen. Darüber hat nun die bremische Nationalversammlung zu bestimmen. Ich bitte Sie also, dafür zu sorgen, daß wir in Bremerhaven zu geregelten Verhältnissen kommen.

Wenhold (D.): Wir sind sehr damit einverstanden, daß dieser Antrag heute behandelt wird, und wenn Herr Schmalfeldt Wert darauf legt, die Sache möglichst schnell zu erledigen, so sind wir bereit, unsern Antrag dahin abzuändern, daß hinter die Wahl der Kommission zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung der Antrag der Bremerhavener gestellt wird, also als zweiter Punkt. Im übrigen wird der Antrag umso sicherer zur Verhandlung kommen, je eher die U. S. der Obstruktion entsagen und dem Antrage auf namentliche Abstimmung, der ein reiner Obstruktionsantrag ist, ihre Unterstützung versagen.

Miller (R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte ganz besonders darauf hinweisen, daß Sie das letzte Mal, in der letzten Sitzung selbst die Dringlichkeit dreier Anträge beschlossen haben. Es kommt jetzt einer von diesen Anträgen, die Sie selbst als dringlich bezeichnet haben, an die dreizehnte Stelle, ein anderer Antrag, den Sie ebenfalls als dringend anerkannt haben, an die sechzehnte Stelle. Ich möchte Sie bitten, zu überlegen, ob das nicht im weitesten Maße inkonsequent ist.

Senator Rhein (M.-S.): Ich möchte Herrn Miller empfehlen, einmal nachzurechnen: wenn man 16 Dringlichkeitsanträge stellt, dann wird wohl kaum zu verhindern sein, daß von diesen 16 Anträgen einer an die dreizehnte und auch einer an die sechzehnte Stelle kommt. Wenn wir nun die Tagesordnung umstellen wollen, um endlich einmal praktische Arbeit zu leisten, dann kann trotzdem noch eine ganze Reihe dieser Anträge heute erledigt werden, schon deshalb, weil einige von ihnen schon hinfällig geworden sind. Jedenfalls besteht allseitig der Wunsch, die heutige Tagesordnung zu erschöpfen.

Schmalfeldt (U. S.): Ich bin einverstanden, daß entsprechend dem Vorschlage des Herrn Wenhold Punkt 13 als zweiter Punkt behandelt wird.

Präsident: Es ist über den Antrag Wenhold namentliche Abstimmung beantragt.

Otto (R.): Wir ziehen den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück. (Bravo!)

Der Antrag Wenhold wird angenommen.

Präsident: Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich mir erlauben, auf einen Punkt aufmerksam zu machen: in der vorigen Sitzung ist zum ersten Male eine Anfrage an die Regierung gerichtet worden. Wir haben diese Anfrage zugelassen, trotzdem in unserer Geschäftsordnung nichts darüber vorgesehen ist. Außerdem ist zu dieser Anfrage ein Antrag gestellt worden, über den ebenfalls verhandelt worden ist. Nach meiner Ansicht ist nun eine Verhandlung über den Antrag eigentlich nicht zulässig, aber es wurde ja gewünscht. Um nun in Zukunft, solange wir durch die neue Geschäftsordnung noch nicht zu geregelten Verhältnissen gekommen sind, klar zu gehen, werde ich derartige Anträge nach der Geschäftsordnung des früheren Reichstages behandeln gemäß §§ 31 a, b und c. Danach werden Anfragen baldmöglichst der Regierung übermittelt. Sie kommen dann in der nächstfolgenden Sitzung zur Verhandlung, und zwar an erster Stelle. Der betreffende Fragesteller hat seine Anfragen an den Regierungsvertreter zu richten. Er erhält dann seine Antwort. Wenn er im Zweifel ist, ob seine Frage richtig verstanden ist, so hat er noch einmal das Recht, das Wort dazu zu nehmen. Im übrigen findet keine Debatte statt, auch können keine Anträge zu diesen Fragen gestellt werden. Wenn jemand noch im Zweifel ist, so liegt die Verhandlung in der Kanzlei zur Einsicht aus. Wir treten in die Tagesordnung ein.

Nr. XII der Tagesordnung:

Wahl der Kommission zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung.

Es sind zu wählen 13 Mitglieder (5 Mehrheitssozialisten, 3 Demokraten, 2 U. S., 2 Landesverband und 1 Kommunist). Ich bitte um Vorschläge (Zurufe).

Es sind vorgeschlagen von Jauth (M.-S.):

1. Klenke,
2. Blome,
3. Tiedermann,
4. Frau Vardenheuer,
5. Bußmann,

von Garves (D.):

6. Dunkel,
7. Henrici,
8. Hormann,

von Bögeding (U. S.):

9. Lüdeking,
10. Dr. Künzler,

von Dr. Gildemeister (L. B.):

11. Dr. Gildemeister,
12. Hagemeyer,

von einem Kommunisten:

13. Garves. (Heiterkeit.)

Garves (D.): Ich nehme die Wahl dankend an (Große Heiterkeit).

Bögeding (U. S.): Da die Kommunisten darauf verzichten, schlage ich Herrn Klawitter vor (Zuruf von den Kommunisten: Wir haben nicht verzichtet!)

Präsident: Die Herren haben nicht verzichtet, das habe ich nicht gehört. Herr Garves hat angenommen. Der Vorschlag des Herrn Bögeding war nur ein Eventualantrag: unter diesen Umständen fällt er natürlich fort. Weitere Vorschläge sind nicht erfolgt. Es steht Ihnen deshalb frei, diese 13 Damen und Herren per Akklamation zu wählen. Da kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß die Damen und Herren per Akklamation gewählt sind. (Bravo!)

Nr. XIII der Tagesordnung:

A n t r a g
auf Neuwahl des Stadtverordnetenkollegiums
in Bremerhaven und der Gemeindeausschüsse
in den Landgemeinden.

Die vorläufige Regierung wird beauftragt, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach baldmöglichst die Neuwahl des Stadtverordnetenkollegiums in Bremerhaven und der Gemeindeausschüsse in den Landgemeinden vorzunehmen ist.

Hoskamp (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt wohl außer Bremerhaven keine andere deutsche Stadt, in der das Stadtverordnetenkollegium noch nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt wird. In den benachbarten Bundesstaaten Oldenburg und Preußen hat man schon Neuwahlen nach neuen Bestimmungen vorgenommen, nur in Bremerhaven ist man noch nicht soweit gekommen. In Bremerhaven hat man die Amtsdauer des Stadtverordnetenkollegiums noch um ein Jahr verlängert. Das ist nicht nach den Wünschen der Bevölkerung. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, daß schleunigst Neuwahlen vorgenommen werden. Aber nicht nur das Stadtverordnetenkollegium in Bremerhaven, sondern auch die Gemeindeausschüsse in den Landgemeinden, die bremischen Kreistage und ihre Ausschüsse bedürfen einer Erneuerung. Es ist der dringende Wunsch der Bevölkerung, daß die Neuwahlen sobald wie möglich stattfinden. Ich möchte aber zu dem Antrage noch einen Zusatz beantragen. Ich beantrage,

hinter den Worten: „der Gemeindeausschüsse in den Landgemeinden“ einzuschalten „und des bremischen Kreistages bzw. des Kreis Ausschusses.“

Ich nehme an, daß die Notwendigkeit der Neuwahlen von den Mitgliedern dieses Hauses anerkannt wird und bitte Sie um ihre Zustimmung.

Becké (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Begründung, die dem Antrage von Herrn

Hoskamp gegeben ist, ist auch nach unserer Ueberzeugung stichhaltig. Darum werden auch meine Freunde von der demokratischen Partei dem Antrage mit dem beantragten Zusatz zustimmen.

Schmalefeldt (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß etwas ausführlicher auf die Sache eingehen.

Präsident: Herr Schmalefeldt, wollen Sie wohl etwas lauter sprechen, die Stenographen können Sie nicht verstehen.

Schmalefeldt: Im Januar haben die Wahlen für die deutsche Nationalversammlung stattgefunden, die jetzt in Weimar tagt, und gleich darauf wurden auch die Wahlen der bremischen Nationalversammlung festgesetzt. Es war das die alte Regierung, noch vor der Regierung Deichmann und Winkelmann, die bestimmte, daß die Wahlen zur bremischen Nationalversammlung genau so stattfinden sollten, wie die Wahlen im übrigen Deutschland stattgefunden hatten. Die Wahlen wurden ausgeschrieben und die Wahllisten ausgelegt. Danach konnte jeder so wählen, wie zur Nationalversammlung in Weimar. Da kam in Bremen am 4. Februar die große Umwälzung. Darauf wurden, trotzdem die Listen schon ausgelegt und abgeschlossen waren, die Wahlen hinausgeschoben und eine neue Auslegung der Listen angeordnet. Bei dieser neuen Aufstellung der Listen ereignete sich das Eigentümliche, daß in dem republikanischen Staat Bremen, der bisher doch in einem etwas besseren Ruf stand wie das alte Preußen, die Wahlen reaktionärer waren als im übrigen Deutschland. Es wurden die neuen Listen mit einem bestimmten Zensus aufgestellt: für die Wähler wurde eine Karenzzeit festgesetzt, daß sie sechs Monate schon im bremischen Staatsgebiet wohnen müßten, und für die zu wählenden wurde eine solche Frist von einem Jahre festgesetzt. Das machte selbstverständlich eine neue Aufstellung der Listen notwendig. Nach den neuen Bestimmungen sind dann die Wahlen in Bremen, Bremerhaven usw. vorgenommen. Durch diese Bestimmungen sind viele, die bis dahin glaubten, wählen zu dürfen, ihres Wahlrechts verlustig gegangen. Ich erinnere daran, daß in Bremerhaven 350 Kriegsverletzte, die bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung mitgewählt haben, für die Wahlen zur bremischen Nationalversammlung gestrichen wurden, weil sie noch keine sechs Monate im bremischen Staatsgebiet wohnten, und ebenso war ein großer Teil der Seefahrer ausgeschlossen. Es ist unbegreiflich, wie man einen Teil der Wähler ausschließen konnte, Leute, die am 1. Oktober aus vierjähriger Gefangenschaft zurückgelehrt waren, die sich angemeldet hatten, die steuerpflichtig waren und ihre Steuern bezahlt hatten, wurden bei der zweiten Wahl aus der Liste gestrichen. Ich will konstatieren, daß aus diesem Grunde bei den Wahlen zur bremischen Nationalversammlung viel

weniger Leute gewählt haben als zur deutschen Nationalversammlung. Die Mehrheitssozialisten haben über 2000 Stimmen gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung verloren, die U. S. 800. Gerade die Arbeiter sind ja nicht so seßhaft, und da Geestmünde, Bremerhaven und Lehe dicht beieinander liegen, sind die Arbeiter heute in dieser, morgen in jener der Städte beschäftigt und wechseln je nach dem oft auch ihre Wohnungen. Dadurch ist ein großer Teil nicht immer in der glücklichen Lage, wenn ich mich so ausdrücken darf, bei der Wahl eine Karenzzeit von sechs Monaten hinter sich zu haben. Aus diesen Gründen ist es unbedingt notwendig, daß neue Bestimmungen für die Wahl getroffen und die neuen Wahlen bald vorgenommen werden. Es ist auch sehr bedauerlich, daß die Deutschösterreicher nicht mitwählen dürfen. Verehrte Anwesende! Wir haben es bejubelt, als wir hörten, daß sich Deutschösterreich an Deutschland anschließen wolle, und in Bremen schließt man die hier wohnenden Deutschösterreicher einfach von den Wahlen aus! Ich möchte dafür sein, daß das in Zukunft geändert wird. Ich bitte, in diesem Sinne zu verfahren!

Fauth (M.-S.) Meine Damen und Herren! Ausführungen, wie sie Herr Schmalfeldt gemacht hat, sind von mir schon wiederholt richtiggestellt, und trotzdem werden sie von den U. S. und den R. in öffentlichen Versammlungen immer wiederholt. In der Arbeiterratsitzung am 1. Februar wurde eingehend über das Wahlreglement beraten, das für die Wähler eine einjährige, für die zu wählenden eine zweijährige Karenzzeit festlegen wollte. In dieser Versammlung hatten wir darüber zu befinden, ob die einjährige resp. die zweijährige Karenzzeit beibehalten werden solle. Herr Schmalfeldt ist im Irrtum, wenn er behauptet, daß in dem am 28. Januar bekannt gegebenen Entwurf eine Karenzzeit nicht festgesetzt gewesen sei: es wurde darin eine Karenzzeit von einem Jahre für Wähler und von zwei Jahren für die Wählbarkeit festgelegt. In der Sitzung am 1. Februar ist dann der Antrag angenommen, die Karenzzeit zu beseitigen. Herr Dr. Künkler hat sich in der damaligen Versammlung in dem Sinne ausgesprochen, daß diese Karenzzeit nach einer Vereinbarung zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und den Bremer Bankdirektoren in die Verordnung aufgenommen werden müsse, (Hört! Hört!) er hat in der fraglichen Sitzung erklärt, daß nach seiner Meinung an dieser Abmachung nichts mehr zu ändern sei. (Hört! Hört!) Nach den Ausführungen des Herrn Dr. Künkler war also diese Karenzzeit als feststehend zu betrachten, was mir Herr Dr. Künkler durch Nicken bestätigt. Es ist also ein unberechtigter Vorwurf, den man der provisorischen Regierung macht, sie hätte die Karenzzeit eingeführt. Der Rat der Volksbeauftragten ist es gewesen, der nach der Vereinbarung mit den Bankdirektoren den Vorschlag einer zweijährigen Karenzzeit für die zu wählenden gemacht hat. Als die provi-

sorische Regierung dann das Wahlrecht festsetzte, hat sie eine Karenzzeit von einem halben resp. einem Jahre festgesetzt. Nicht sie, sondern der Rat der Volksbeauftragten ist es gewesen, er hat also eine Karenzzeit in die Verordnung hineingebracht.

Dr. Künkler (U. S.) In dem Bremer Volksblatt ist schon zweimal die Behauptung verbreitet worden, die Herr Fauth hier vertreten hat, das zweite Mal kurz vor den Wahlen, ungeachtet die Arbeiterzeitung diese Behauptung widerlegt hatte. Ein einfacher Blick in die beiden Verordnungen hätte Herrn Fauth überzeugen müssen. In dem Entwurf des Rats der Volksbeauftragten war nur für das passive Wahlrecht eine Karenzzeit (oder statt deren der Besitz der bremischen Staatsangehörigkeit) bei den Verhandlungen mit den Banken zugestanden worden, da hiervon nur einige Führer der Parteien betroffen und von der Wählbarkeit ausgeschlossen wurden. Nun und nimmermehr hätten wir aber für das aktive Wahlrecht eine Karenzzeit zugestanden und dadurch das Wahlrecht der Arbeiter verschlechtert. Hier handelt es sich um ein Prinzip, für das wir wie die Löwen gekämpft und es auch durchgesetzt haben. Für das passive Wahlrecht ist nur durch die Verordnung der provisorischen Regierung die Karenzzeit gebracht worden. Ich hoffe, daß Herr Fauth nunmehr durch Einblick in die beiden Verordnungen sich überzeugt und endlich die Behauptung in dem Bremer Volksblatt oder hier in der Nationalversammlung zurücknimmt.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Schmalfeldt und Fauth.

Zur Aufklärung des Tatsächlichen

Fauth (M.-S.) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe von meinen Behauptungen gar nichts zurückzunehmen (Auf links: Das haben wir erwartet!) Die fragliche Sitzung des Arbeiterrats ist so verlaufen, wie ich gesagt habe, und wenn Sie das Gegenteil behaupten, so ist das eine Unwahrheit.

Ueber den Schluß

Schmalfeldt (U. S.) Ich möchte bitten, den Schluß nicht zu belieben. Sie sehen, Fauth behauptet dies, und Dr. Künkler das, und es steht Behauptung gegen Behauptung. Wir müssen aber unter allen Umständen darüber Klarheit haben, und darum bitte ich Sie: verweilen Sie bei der Sache noch zehn Minuten!

Der Schlußantrag wird angenommen.

Hoskamp (M.-S.) (Schlußwort): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß feststellen, daß alle Redner, die nach mir gesprochen haben, nicht gegen meinen Antrag gesprochen haben. Auf die Ausführungen des Herrn Schmalfeldt können wir bei der Beratung des Gesetzes zurückkommen. Ich bitte, dem Antrage zuzustimmen.

Der durch den Antrag Hoskamp erweiterte Antrag Peine wird angenommen.

Nr. XVI der Tagesordnung:

A n t r a g
auf Erlass eines Gesetzes,
betr. Zwangsversicherung gegen Viehdiebstähle.
(Dazu Mitteilung des Senats vom 22. April 1919.)

Depken (L. B.) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da der vorliegende Gesetzentwurf Bedenken begegnet, wird es das richtigste sein, wenn wir über den Entwurf heute nicht verhandeln, sondern ihn zunächst an eine größere Kommission verweisen. Ich stelle den Antrag,

den Gesetzentwurf zur Prüfung an eine 13gliedrige Kommission zu verweisen, und diese Kommission, weil es sich um eine dringliche Angelegenheit handelt, sofort zu wählen.

Die verschiedenen Fraktionen haben sich ja bereits mit der Sache beschäftigt, und sie sind mit einer Kommissionsberatung einverstanden, sodaß die Wahl schon heute erfolgen kann.

Massolle (D.) Auch meine politischen Freunde sind mit der Niederlegung einer Kommission einverstanden.

Busse (M.-S.) Dem vorliegenden Gesetzentwurf können wir im allgemeinen nicht zustimmen, wir sind aber dafür zu haben, daß er einer Kommission überwiesen wird.

Bögeding (U. S.) Meine Damen und Herren! Auch wir müssen die Vorlage in der jetzigen Form ablehnen, sind aber bereit, in einer Kommission mitzuarbeiten und weitere Vorarbeiten zu leisten.

Der Antrag Depken wird angenommen.

Es werden vorgeschlagen von

- | | |
|------------------|---------------------------------|
| Busse (M.-S.) | 1. Niecke, |
| | 2. Geßten, |
| | 3. Meßter, |
| | 4. Wulf, |
| | 5. Busse, |
| Wenhold (D.) | 6. Massolle, |
| | 7. Steding, |
| | 8. Scheide, |
| Bögeding (U. S.) | 9. Fritsch, |
| | 10. Fangmann, „und als Dritten“ |
| | 11. Böttger, |

„da wir annehmen, daß die U. S. in diesem Falle, der Stärke der Fraktion entsprechend, das dritte Mitglied stellen müßten.“

- | | |
|-------------------|-------------|
| Hagemeyer (L. B.) | 12. Depken, |
| | 13. Köhler. |

Präsident: Ich nehme an, daß der von Herrn Bögeding als Dritter vorgeschlagene Herr Böttger Ersatzmann für den Abgeordneten der Komm., wenn diese keine Wahl vornehmen wollen, sein soll. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß, wenn die Kommunisten verzichten, es zwei Wege gibt: entweder den Platz freizulassen oder derjenigen Partei diesen Platz zu geben, der er zustehen würde, wenn die Kommission aus 14 Mitgliedern bestehen sollte. Das sind die U. S. Ich möchte deshalb der Versammlung anheimstellen, darüber zu entscheiden, ob der Platz freizuhalten oder den U. S. eingeräumt werden soll.

Hagemeyer (L. B.): Ich setze voraus, daß nicht festgelegt werden soll, daß jedesmal so zu verfahren ist, wenn die K. Partei ein Mitglied zu wählen hat, es aber nicht will, sondern nur für diesen Fall.

Präsident: Nur für diese Kommission!

Bögeding (U. S.) Die Ausführungen, des Herrn Hagemeyer stimmen insofern nicht, als, wenn eine Kommission aus 14 Mitgliedern bestehen sollte, die U. S. ohne Zweifel diejenigen wären, die Anspruch auf einen weiteren Sitz hätten. Aus diesem Grunde hat sie, glaube ich, auch Anspruch darauf, wenn bei einer 13gliedrigen Kommission die Kommunisten keinen Vertreter entsenden wollen.

Wenhold (D.) Wir können uns generell noch nicht entscheiden, stimmen dem Vorschlage aber für diesen Fall zu.

Präsident: Ich bitte diejenigen, die dafür sind, daß im vorliegenden Falle der Platz der Kommunisten den U. S. eingeräumt werden soll, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Weitere Vorschläge erfolgen nicht. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, daß die Kommission per Akklamation gewählt wird. Ich höre keinen Widerspruch — Die vorgeschlagenen 13 Herren sind gewählt. Ich bitte Herrn Depken, die erste Sitzung der Kommission zu berufen.

Präsident: Wir kommen zu Punkt IV, dem früheren Punkt

Nr. XVII der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 17. April 1919:

1. Ergänzung der Deputationen.

Als Senatskommissar ist Herr Senator Spitta erschienen.

Ich eröffne zunächst die Generaldebatte.

Blome (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses Gesetz ist zweifellos nur ein Übergangsgesetz. Im allgemeinen könnten wir uns nicht damit einverstanden erklären, daß die Deputationen so, wie sie heute sind, bestehen bleiben sollen. Wir

alle haben wohl den Wunsch, daß die Deputationen der Stärke der Fraktionen gemäß besetzt werden. Wir alle wissen, daß in den Deputationen Umstände zu verzeichnen sind, die den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Wir haben schon bei früheren Anlässen darauf hingewiesen, daß in die Deputationen ein anderer Geist einziehen muß. Da diese Vorlage hier aber ein Notgesetz ist und wir annehmen, daß die niederzusetzende Kommission für Vereinfachung der Regierung und des Verwaltungswesens recht bald tagen wird, und daß wir dann eine gründliche Reform des Deputationsgesetzes vernehmen können, würden wir uns mit diesem Gesetz vorläufig einverstanden erklären. Für den Absatz, der in § 1 eingeschaltet werden soll, wo es heißt: „Die Nationalversammlung wählt in die Deputationen, bei denen die gesetzliche Zahl der nicht dem Senat angehörenden Mitglieder mehr als sieben beträgt, je fünf und in die übrigen Deputationen drei Mitglieder zu den bisherigen Mitgliedern hinzu“ möchten wir setzen: „Die Nationalversammlung wählt in die Deputationen mindestens je die Hälfte zu den bisherigen Mitgliedern hinzu.“ Diesen Antrag möchte ich bitten anzunehmen. Im übrigen möchte ich noch darum bitten, daß die Regierung mit ihrer Neuordnung des Deputationswesens recht schnell arbeite.

Schmidt (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorlage, die uns von der Regierung zugegangen ist, zeigt auf den ersten Blick, daß es sich um einen Kompromiß handelt zwischen der Regierung des Achtklassenstaates und der neuen Zeit. Und zwar ist dieser Kompromiß ganz und gar zu Ungunsten der neuen Zeit ausgefallen. Die Deputationen sollen die Kontrolle der höheren Verwaltungsbureaucratie in der Hand haben. Die Deputationen in ihrer jetzigen Zusammensetzung sind nicht in der Lage, die Tätigkeit der Verwaltung so zu führen, daß das Haus damit einverstanden sein kann, weil die Mitglieder der Deputationen ja aus dem Achtklassenwahlrecht hervorgegangen sind und nicht den Geist kennen, der nach der Revolution in dieses Haus einziehen sollte. Die Mitglieder der Deputationen verdanken ihre Stellung der vorigen Bürgerschaft, und zwar sind sie gewählt worden unter Ausschluß der Sozialdemokratie überhaupt. Und das hatte seine besonderen Gründe. Die Mitglieder der Bürgerschaft waren der Meinung, daß die Sozialdemokratie die Tätigkeit der Verwaltung nicht beeinflussen sollte, und daß sie dann im gegebenen Augenblick auch die Tätigkeit der Deputationen für sich nicht benutzen werde, weil sie ja auf dem Gebiet der Verwaltung gar keine Erfahrungen hatte. Und daraus erklärt sich ja auch die Stellungnahme der vorläufigen Regierung. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die vorläufige Regierung nun mit Ueberzeugung dieser Vorlage zugestimmt hat. Die Mitglieder der Deputationen

waren ja auch Angehörige des Parlaments, das auf Grund des Klassenwahlrechts gewählt war, das den Besitz in den Vordergrund stellte. Die Mitglieder der Deputationen sind privatkapitalistisch orientiert und auch interessiert, und die Tätigkeit der Deputationen ist ja auch im kapitalistischen Sinne stets orientiert und immer auf die Privatwirtschaft eingestellt gewesen. Man braucht sich nur die Deputationen für die Erleuchtungs- und Wasserwerke, für die Friedhöfe und für das Stadttheater anzusehen. Ueberall spielt die Profitwirtschaft eine große Rolle. In der heutigen Zeit ist es aber nicht mehr angängig, die Staatsbetriebe auf die Profitwirtschaft einzustellen. Die Mitglieder der Deputationen sind ja gar nicht in der Lage, in den Geist der neuen Zeit einzudringen. Und dieses Haus muß in erster Linie darauf dringen, daß Leute, auf die es in erster Linie Einfluß ausüben kann, in die Deputationen entsendet werden. Wir sollten uns wirklich einmal die Tätigkeit der Deputationen vor Augen führen, so z. B. die der Deputation für die Stadterweiterung. Wenn wir hinausgehen in die Viertel der Großbourgeoisie und betrachten uns die Planierung der Straßen und Plätze, so müssen Sie mir doch zugeben, daß das alles im Sinne des Klassencharakters geschaffen ist, daß alles das auf die Unterdrückung der arbeitenden Klassen eingestellt ist. Wir dagegen müssen darauf bestehen, daß die Tätigkeit dieser Verwaltungskörperschaften der Wichtigkeit und Bedeutung der arbeitenden Klassen entsprechend umgestaltet wird, und daß die Deputationen vor allem der Wichtigkeit der arbeitenden Klassen entsprechend ihre Tätigkeit ausüben. Meine Freunde sind daher der Meinung, daß wir der Vorlage in dieser Form nicht zustimmen können. Wir müssen unbedingt darauf bestehen, daß die Deputationen im Sinne der neuen Zeit umgestaltet werden, und stellen deshalb den Antrag, dem § 1 folgende Fassung zu geben:

Die Nationalversammlung wählt die nicht dem Senat angehörenden Mitglieder der Deputationen.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Spitta: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Senat hatte, wie aus der Vorlage, die Ihnen bekannt ist, hervorgeht, anfangs Bedenken, die Verwaltungskörperschaften zu groß werden zu lassen. Und der Senat hatte daher für die größeren Deputationen, also für die Deputationen, in denen 14 oder 12 nicht dem Senat angehörende Mitglieder vorhanden sind, vorgeschlagen, nur fünf neue Mitglieder hinzuzuwählen. Der Senat ist aber bereit, der Anregung, die heute aus der Nationalversammlung gegeben wird, zu folgen und auch bei den größeren Deputationen zuzustimmen, daß die Hälfte hineingewählt wird, obgleich der Verwaltungskörper dadurch wegen seiner Größe etwas schwerfällig wird und vielleicht auch einige Schwierigkeiten wegen der räumlichen Unterbringung entstehen werden. Der Senat will aber diese Bedenken zurück-

stellen. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf annehmen, daß auf die genaue Formulierung noch bei der Spezialdebatte zurückgekommen wird. Ich habe gegen die Formulierung des Antrages, wie er von Herrn Blome gestellt ist, einige kleine Bedenken, die nur die Fassung selbst betreffen. Darauf kann ich aber nachher noch eingehen. Im übrigen stellt sich die Vorlage des Senats und ja auch der Antrag Blome auf den Boden des von der Nationalversammlung genehmigten Gesetzes über die vorläufige Ordnung der Staatsgewalt. In diesem Gesetz war schon vorgesehen, daß die Deputationen an sich weiter arbeiten sollten in ihrem bisherigen Bestande für die Uebergangszeit. Auf diesen Boden stellt sich die Vorlage und will nur dadurch eine bessere Kontrolle und Mitwirkung der Nationalversammlung herbeiführen, daß eine Hinzuwahl von Mitgliedern der Nationalversammlung stattfindet. Die früheren Mitglieder des Senats sind ja aus den Deputationen ausgeschieden, und neue sind an deren Stelle getreten. Es muß also bei Berücksichtigung der Stärkeverhältnisse — wenn man einmal überhaupt politische Gesichtspunkte dabei zugrunde legen will — berücksichtigt werden, daß auch die Senatsmitglieder, die ja zum großen Teil Mitglieder der Nationalversammlung, im übrigen aber durchaus abhängig von der Mehrheit der Nationalversammlung sind — Mitglieder der Deputationen sind und zusammen mit den zugewählten Mitgliedern gewissermaßen das neue Element in den Deputationen in genügendem Umfange repräsentieren. Das aber die früheren Bürgerchaftsmitglieder, die noch in den Deputationen sind und zum Teil wohl bereit sein werden, noch weiter mitzuarbeiten, nun, wie es der Herr Vorredner will, ganz ausgeschaltet werden, das ist für den ständigen, regelmäßigen Fortgang der Verwaltung nicht zu wünschen. Diese Männer, die in den Deputationen jahrelang gewesen sind, haben immerhin noch einen Schatz an Erfahrungen, der der Verwaltung zugute kommen kann. Es handelt sich in diesen Deputationen in den seltensten Fällen um wirklich politische Fragen, sondern in der Regel um Zweckmäßigkeitsfragen, um Fragen der laufenden Verwaltung. Und auf diesem Gebiet ist es erwünscht, wenn auch Leute, die Erfahrungen in der Verwaltung haben, noch mitwirken. Sie sollen nicht den Ausschlag geben, nicht allein maßgebend sein, aber noch mitwirken. Ich will nun dem Herrn Vorredner nicht folgen auf seinem Exkurs in die Vergangenheit. Ich glaube, es hat keinen Zweck, uns hier darüber zu unterhalten, ob in der Vergangenheit alles nicht nach den Wünschen der Herren gegangen ist. Soviel kann aber gesagt werden und möchte ich noch ausdrücklich feststellen, daß die Ansicht des Herrn Vorredners, daß Sozialdemokraten überhaupt nicht in die Deputationen gewählt worden sind, offenbar unrichtig ist. Es sind in verschiedenen Deputationen Sozialdemokraten gewesen — ob in genügender Zahl, ist ja eine andere

Frage; jedenfalls aber ist die Ansicht des Herrn Vorredners nicht zutreffend. Im übrigen, meine ich, sollte man es bewenden lassen mit der Vorlage in Verbindung mit dem Vorschlage des Herrn Blome. Damit ist eine genügende Kontrolle der Nationalversammlung für die ganze Verwaltung gegeben und eine genügende Mitwirkung des neuen Elements. Hinzu kommt, daß die eigentliche Führung der ganzen Verwaltung ja in den Händen eines Senats liegt, der ganz von der Mehrheit der Nationalversammlung abhängig ist und zum großen Teil gewissermaßen nur ein Ausschluß der Nationalversammlung selbst ist. Ich bitte also, der Vorlage in der Weise zuzustimmen, daß Sie auch der Aenderung des Herrn Blome zustimmen, vorbehaltlich der Fassung, auf die ich noch zurückkommen werde.

Professor Dr. Tjaden: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sehen in der Vorlage eine Uebergangsbestimmung, die unbedingt notwendig ist, um den ruhigen Fortgang der Geschäfte zu gewährleisten. Wir freuen uns, daß eine Reihe Mitglieder der Nationalversammlung noch Gelegenheit hat, mit früheren Mitgliedern der Deputationen zusammen zu arbeiten. Einmal wird dadurch die Sachkenntnis der früheren Mitglieder zur Geltung kommen, und dann werden Sie sich auch durch das Zusammenarbeiten überzeugen können, daß die Deputationen nicht so schlecht waren, wie es hier vielfach zum Ausdruck gekommen ist. Wir stellen uns auf den Boden des Antrages Blome, vorbehaltlich der Aenderung der Fassung.

Waigand (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als die Vorlage uns bevorstand, da habe ich seinerzeit die Mängel der alten Deputationen kritisiert und habe entsprechende Vorschläge auf Zuwahl der Hälfte als Ergänzung gemacht. Weil kein Widerspruch erfolgte, glaubte ich, daß auch Sie einverstanden wären, und wir sind infolgedessen heute noch der Meinung, daß die Tätigkeit der neuen Mitglieder innerhalb der Deputationen die beste Lösung ist, weil einmal Verwaltungsgeschäfte auch gelernt sein müssen, und weil — wie auch Herr Schmidt sagte — man uns früher keine Gelegenheit gegeben hat, uns da hinein zu arbeiten, um später die Deputationen besetzen zu können.

Klawitter (U. S.): Zur Sache möchte ich nicht sprechen, ich möchte nur Herrn Senator Spitta etwas zu Gemüte führen. Im Laufe seiner Ausführungen sagte er, daß unser Fraktionsredner Schmidt einen Exkurs in die Vergangenheit vorgenommen habe. Aber ich glaube, gerade Herr Senator Spitta lebt noch an der Vergangenheit, wenn er sagt, der Senat sei bereit, die Aenderung der Zahl der Deputationsmitglieder zu genehmigen. Herr Senator Spitta, jetzt ist die Sache so, daß wir bestimmen! Sie haben uns

einen Vorschlag gemacht, und wir bestimmen, ob wir darauf eingehen wollen. Der Senat hat sich nicht mehr bereit zu erklären, auf unsere Wünsche einzugehen, er hat auszuführen, was hier beschlossen wird.

Senator Dr. Spitta: Zunächst möchte ich erklären, daß ich glaube, es ist doch wenigstens für einen Teil der Nationalversammlung nicht ohne Bedeutung, ob die Mitglieder des Senats einverstanden sind mit einem hier gestellten Antrage oder nicht. Zweitens ist Herr Klawitter im Irrtum: tatsächlich steht dem Senat doch ein Einspruchsrecht zu in dem Sinne, daß dann noch einmal verhandelt werden muß. Wenn ich hier also namens des Senats erkläre, daß wir mit einem Antrage, mit der vorliegenden Fassung des Gesetzes einverstanden sind, so bedeutet das eben, daß der Senat von einem solchen Einspruchsrecht keinen Gebrauch machen will. Ich habe mich also durchaus auf den Boden des Gesetzes über die vorläufige Ordnung der Staatsgewalt gestellt, Herr Klawitter nicht.

Schmidt (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung und mit mir meine Freunde, daß die Zusammensetzung der Deputationen, wie sie dann erfolgen würde, wenn die Hälfte der Mitglieder nur neu gewählt wird, genau so reaktionär bleiben würde, wie vorher, denn die jetzigen Mitglieder sind ja alle aus diesem reaktionären Parlament hervorgegangen. Wenn jetzt unter den neuen Mitgliedern die Rechte und nicht allein die äußerste Rechte, sondern auch die demokratische Partei stark vertreten sein würde, so würde die Mehrheit immer noch der Großbourgeoisie angehören, und meine Freunde sind mit mir der Meinung, daß es nicht allein unsere Aufgabe sein sollte, sondern doch auch die Aufgabe der Sozialdemokraten, die rechts von uns sitzen, diesen Einfluß der Reaktion aus den Deputationen auszuschalten. Herr Senator Spitta hat geglaubt, darauf hinweisen zu müssen, daß die Tätigkeit der Deputationen eigentlich nicht eine politische sei. Ja, meine Damen und Herren, wir sind doch willens, diese ganze Verwaltungstätigkeit in unserm Sinne zu gestalten, und damit würde sie doch ohne weiteres politisch sein, wenn man auch zugeben kann, daß das ganze als Kommunalpolitik und nicht als große Politik aufgefaßt werden könnte. Wir würden es jedenfalls nicht verstehen können, wenn die Mehrheitssozialisten der Vorlage zustimmen oder dem Antrage des Herrn Blome auf Ergänzung der Deputationen zur Hälfte, denn damit wäre uns gar nichts gedient. Mitglieder der Deputationen, die von dem vorhergehenden Parlament gewählt worden waren, sind ja auch Angehörige dieses Parlaments, und es würde genügen, wenn, wie Herr Waigand sagte, wir diese Verwaltungstätigkeit nicht beherrschen, daß wir dann diese Mitglieder in die Deputationen mit hinüber-

nehmen. Im übrigen bin ich der Meinung, daß ja das Wesen der Deputationen doch das ist, die Tätigkeit der Verwaltungsbeamten zu kontrollieren. Die gesamten Vorlagen werden ja von den Verwaltungsbeamten ausgearbeitet und vorgelegt, und die Deputationen sollen doch begutachten, ob diese Vorlagen nun auch dem entsprechen, was die heutige Zeit von den Deputationen verlangen muß. Und das können die Deputationen nicht, diese Kontrolle können sie nicht ausüben, wenn sie nur zur Hälfte neu besetzt werden, deshalb möchte ich Ihnen noch einmal sagen: Stimmen Sie unserm Antrage bei, damit die Neuwahl der Deputationen ganz vorgenommen wird von diesem Parlament. Es ist das unbedingt notwendig. Es kommt auch hinzu, daß die Erledigung der Beamtenangelegenheiten, die doch letzten Endes entscheidend von den Deputationen beeinflusst wird, immer wieder in reaktionärem Geiste erfolgen wird, wenn die Mitglieder zur Hälfte aus der alten Bürgerschaft stammen. Und darum bitte ich Sie nochmals: stimmen Sie unserm Antrage zu und wählen Sie die Deputationen ganz neu.

Präsident: Die Generaldebatte ist geschlossen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Senator Dr. Spitta: Ich darf vielleicht bitten, daß der Antrag Blome zu § 1 noch einmal verlesen wird. Er ist in seiner Fassung nicht ganz einwandfrei. (Geschieht.)

Präsident: Wir treten in die Beratung der einzelnen Punkte ein.

Ueberschrift.

§ 1.

Präsident: Hierzu liegen die Anträge Schmidt und Blome vor.

Senator Dr. Spitta: Zunächst, was den Antrag Blome betrifft, so führt der Ausdruck „mindestens“ zu Schwierigkeiten, weil wir bei jeder Deputation nicht wissen, wieviel Mitglieder gewählt werden sollen. Sonst müßte bei jeder einzelnen Deputation ein Beschluß gefaßt werden, wieviel hineingewählt werden sollen. Ich möchte empfehlen, die Fassung vielleicht so zu ändern: Die Nationalversammlung wählt in die Deputationen, bei denen die gesetzliche Zahl der nicht dem Senat angehörenden Mitglieder mehr als sieben beträgt, die Hälfte der gesetzlichen Zahl und in die übrigen Deputationen je drei Mitglieder zu den bisherigen Mitgliedern hinzu. Bei den großen Deputationen sind entweder 12 oder 14 nicht dem Senat angehörende Mitglieder vorhanden. Das würde als die Hälfte sechs oder sieben ergeben. Bei den kleinen Deputationen sind zum Teil sieben Mitglieder, da würde man mit der Hälfte nichts anfangen können,

und da würde es genügen, wenn drei gewählt werden. Dann sind verschiedene Deputationen mit vier Mitgliedern vorhanden. Auch da würden drei neu gewählt werden. Außerdem sind acht Deputationen mit sechs Mitgliedern, da wäre drei die Hälfte. Ich glaube, daß das dem Sinne dessen entspricht, was Herr Blome beabsichtigt.

Blome (M.-S.): Mit dieser Auffassung kann ich mich nicht einverstanden erklären. Gerade wegen der ungeraden Zahl haben wir das Wort „mindestens“ hineingetragen. Die Zahl sieben ist schlecht zu teilen, deshalb wollten wir vier hineingewählt haben, und darum haben wir „mindestens“ gesagt. Meines Wissens bestehen nicht viele Deputationen, die unter sieben Mitgliedern haben. Es gibt eine einfache, siebengliedrige Deputation, und eine doppelte Deputation mit 14 Mitgliedern.

Präsident: Ich darf annehmen, daß Sie mit folgender Aenderung einverstanden sind: Die Nationalversammlung wählt in die Deputation mindestens je die Hälfte zu den bisherigen nicht dem Senat angehörenden Mitgliedern hinzu.

Blome (M.-S.): Einverstanden.

Wenhold (D.): Ich wollte gegenüber Herrn Blome nur bemerken, daß die Zahl der kleinen Deputationen größer ist als er annimmt. Es sind acht Deputationen mit sechs, vier mit sieben und zwei mit vier Mitgliedern vorhanden. Sein Antrag ist bei den Deputationen mit vier Mitgliedern eine Verschlechterung gegenüber der Senatsvorlage. Diese sieht drei Mitglieder vor, Herr Blome in den kleinen Deputationen mit vier Mitgliedern aber nur die Hälfte, also zwei Mitglieder. Es ist zweckmäßiger, die Hälfte der gesetzlichen Zahl festzusetzen.

Schmidt (U. S.): Die Fassung der Senatsvorlage und auch der Vorschlag Blome sind nicht ganz klar. Im zweiten Absatz der Senatsvorlage heißt es: „Soweit Deputationsmitglieder der früheren Bürgerschaft aus einer Deputation ausgeschieden sind oder ausscheiden werden, treten die von der Nationalversammlung gemäß Absatz 1 hinzugewählten Mitglieder an deren Stelle, bis die gesetzliche Zahl der nicht dem Senat angehörenden Deputationsmitglieder wieder erreicht ist.“ Nach diesem Wortlaut müßte es ja so sein, daß diese neu gewählten Mitglieder erst dann voll berechnete Mitglieder werden, wenn ein bisheriges Mitglied ausscheidet. Da müßten die Mehrheitssozialisten doch Vorsorge treffen, daß das verhindert wird. Das ist auch ein Grund mehr für die Annahme unseres Antrages. Der Vorredner befindet sich in diesem Punkte im Irrtum. Die Fassung

des Absatz zwei ist völlig klar. Besteht eine Deputation aus 14 Mitgliedern, so sollen aus der Nationalversammlung sieben hinzugewählt werden. Scheiden aber vier der alten Deputationsmitglieder aus, so werden im ganzen nicht 21 Mitglieder der Nationalversammlung in der Deputation sein, sondern es kommen zu den verbleibenden zehn Mitgliedern nur sieben hinzu, so daß die Deputationen aus 17 Mitgliedern besteht. Scheiden dann noch mehr alte Mitglieder der Deputation aus, so wird für sie keine Neuwahl vorgenommen, bis die gesetzliche Zahl wieder erreicht ist. Das ist der Sinn des Absatz 2.

Dr. Kunkler (U. S.): Was der Herr Senatskommissar ausgeführt hat, ist richtig, aber die Ausführungen des Herrn Schmidt zeigen doch, daß Bedenken bestehen können, es müßte richtiger heißen: Wenn Mitglieder ausscheiden, so finden solange keine Neuwahlen statt, bis die gesetzliche Zahl erreicht ist.

Präsident: Ich habe Sie nicht recht verstanden: wollen Sie den Vorschlag des Senats annehmen?

Wenhold (D.): Der einzige Unterschied zwischen unserem Antrage und dem des Herrn Blome tritt zutage bei Deputationen von 7 Mitgliedern, und diese Differenz wird beseitigt, wenn wir beschließen, daß bei Deputationen von 7 Mitgliedern 4 Mitglieder von der Nationalversammlung hinzuzuwählen sind.

Ich beantrage das.

Blome (M.-S.): Damit bin ich einverstanden.

Präsident: Dann würde der § 1 lauten:

Die Nationalversammlung wählt in die Deputationen, bei denen die gesetzliche Zahl der nicht dem Senat angehörenden Mitglieder mehr als sieben beträgt, die Hälfte der gesetzlichen Zahl in die Deputationen mit sieben nicht dem Senat angehörenden Mitgliedern je vier und in die übrigen Deputation je drei Mitglieder hinzu.

Wir kommen zur Abstimmung. Wenn der Antrag Schmidt angenommen wird, so ist § 1 damit festgelegt. Wird der Antrag abgelehnt, so kommt der Antrag Blome-Wenhold zur Abstimmung. Wird auch dieser Antrag abgelehnt, so kommt der Paragraph in der vom Senat vorgeschlagenen Fassung zur Abstimmung.

Der Antrag Schmidt wird abgelehnt.

Der Antrag Blome-Wenhold wird angenommen.

§ 2

§ 3.

Das ganze Gesetz wird mit der beschlossenen Aenderung in § 1 angenommen.

2. Entlastung des Senats.

Senatskommissar Senator Dr. Spitta.

Zur Geschäftsordnung

Wenhold (D.): Ich möchte zur Geschäftsordnung vorschlagen, mit der Debatte über diesen Gegenstand den Punkt XIX, Antrag betreffend Vertretungsbefugnisse der Deputationsbeamten, zu verbinden, weil durch Annahme dieses Antrages einige materielle Änderungen des Gesetzes notwendig werden.

Zur Geschäftsordnung

Dr. Kunkler (U. S.): Ich möchte beantragen, die Verhandlung über diesen Punkt zu vertagen.

Es ist richtig, daß der Punkt auf der Tagesordnung steht, aber erst an 17. Stelle, und meine Freunde, die nicht annehmen konnten, daß der Antrag noch zur Verhandlung kommen werde, sind in ihren Vorbesprechungen nicht bis zu diesem Antrage gekommen. Es war ja auch nicht anzunehmen, daß die Tagesordnung geändert und dieser verhältnismäßig nicht dringliche Punkt weiter vorangestellt werden würde.

Präsident: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir eigentlich jetzt gar nicht mehr über die Vertagung dieser Sache reden können, da wir vorher die Tagesordnung festgesetzt, die Reihenfolge festgelegt haben, in der die verschiedenen Gegenstände zur Verhandlung kommen sollen. Damals hätte nach meiner Auffassung ein solcher Antrag gestellt werden müssen. Ich bin aber damit einverstanden und werde die Versammlung fragen, ob sie es wünscht, daß die Beratung dieses Gegenstandes vertagt wird.

Waigand (M. S.): Meine Damen und Herren! Ich muß es als einen berechtigten Wunsch ansehen, daß die Beratung ausgesetzt wird, wenn sich eine Fraktion noch nicht damit beschäftigt hat. Wir sind deshalb mit dem Vertagungsantrage einverstanden, beantragen aber,

daß er als erster Punkt auf die nächste Tagesordnung gesetzt wird.

Hormann (D.): Es ist ja in jedem Parlament üblich, wenn eine Partei des Hauses einen derartigen Antrag stellt, ihm zuzustimmen, ich kann es aber nicht für richtig anerkennen, daß dieser Antrag an sich begründet ist. Der Antrag hat doch schon auf der Tagesordnung der vorigen Sitzung gestanden und zwar als achter Punkt, und es ist damals doch anzunehmen gewesen, daß er zur Verhandlung kommen werde, so daß die Fraktionen schon damals Stellung zu ihm hätten nehmen müssen. Ich will aber gegen den Vorschlag keinen Widerspruch erheben.

Präsident: Wer damit einverstanden ist, daß dieser Punkt vertagt wird, den bitte ich, sich zu er-

heben. — Das ist die Mehrheit. Der Gegenstand wird also als erster Punkt auf die nächste Tagesordnung kommen, schon mit Rücksicht auf den Senatskommissar. Sind Sie damit einverstanden? (Zustimmung.)

Wenhold (D.): Der Antrag unter XIX steht mit dieser Vorlage „Entlastung des Senats“ in einem gewissen Zusammenhang. Ich bitte daher, diesen Antrag als zweiten Punkt auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Präsident: Ich nehme an, daß die Versammlung damit einverstanden ist. (Zustimmung.) Es ist dann noch folgender genügend unterstützter Antrag der Herren Tjaden und Wahnschaffe eingegangen:

Die Nationalversammlung setzt eine Kommission von 13 Mitgliedern ein mit der Aufgabe, unter Mitwirkung der Regierung und unter Hinzuziehung von Beamten und anderen Sachkundigen die bremische Verwaltung daraufhin zu prüfen, wie weit sich eine Vereinfachung und Beschleunigung des Geschäftsganges herbeiführen läßt.

Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Nr. I der Tagesordnung:

Antrag, betreffend Friedensbedingungen.

Präsident: Herr Runoth hat seinen Antrag etwas abgeändert.

Der Antrag lautet jetzt:

„Die bremische Nationalversammlung kann nur einen Gerechtigkeitsfrieden gutheißen; der die 14 Programmpunkte des Präsidenten Wilson zu uneingeschränkter Geltung bringt, der insbesondere dem deutschen Volke sofort seine gefangenen Brüder zurückgibt, die Abtrennung deutschen Gebiets ausschließt, die elsass-lothringische Frage durch eine Volksabstimmung löst, die Rückgabe unserer Kolonien gewährleistet, die Hungerblockade völlig aufhebt, die Zuführung von Rohstoffen in ausreichender Menge nicht unterbindet, der uns ferner nicht wirtschaftlich und finanziell, besonders auch nicht durch Ausbüdung von Kriegsschädigungen erdroffelt und unseren Handel, unsere Schifffahrt und unsere Arbeit international schützt.“

Die bremische Nationalversammlung ist überzeugt, daß, wenn die Deutschen vergewaltigt und zu Arbeitsklaven der westlichen Völker gemacht werden, der Welt niemals der Friede erhalten bleiben kann, daß das deutsche Volk aber mit allen Völkern dauernde Verständigung und Versöhnung herbeiführen will.“

Runoth (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Friedensvertrag wird wahrscheinlich

im Laufe der nächsten Woche bekannt gegeben werden. Aus taktischen Gründen habe ich deshalb aus meinem Antrage den ersten Absatz fortgelassen, worin es heißt, daß die Reichsregierung ihre Unterschrift für jeden Frieden der Vergewaltigung verweigern möge. Es ist besser, wenn dieser Satz aus dem Antrage herauskommt und wir uns auf diese Weise nicht festlegen. Und es ist ebensogut, wenn ich über diesen Punkt gar nicht weiter spreche. Durch die Fortlassung des ersten Satzes habe ich auch der äußersten Linken die Möglichkeit geben wollen, dem Antrage zuzustimmen.

Meine Damen und Herren! Wir befinden uns, wie sich der Reichsminister David ausdrückte, in der weltgeschichtlichen Stunde. Aber nicht nur das deutsche Volk, es handelt sich auch um das Schicksal aller Völker, um die Frage, ob Zukunftskriege unmöglich gemacht werden sollen. Selbst wenn viele Nachrichten von jenseit des Rheines übertrieben sein sollten, so steht doch fest, daß unsere Feinde in ihren Forderungen kein Maß und kein Ziel finden und damit die 14 Punkte des Präsidenten Wilson zu unserem Schaden auf den Kopf stellen. Der deutsche Reichspräsident hat ausgeführt, daß wegen des Friedensvertrages das deutsche Volk befragt werden soll. Für die Bevölkerung Bremens wollen wir in letzter Stunde die Stimme erheben. Deshalb habe ich im Namen der deutschen demokratischen Fraktion den vorliegenden Antrag eingebracht.

Bremen ist schwer durch den Krieg betroffen worden. Wenn Handel und Schifffahrt nicht bald wieder in Gang gebracht werden, wenn wir keine ausreichenden Rohstoffe bekommen, wenn wir unsere Kolonien nicht zurückerhalten, dann kann Bremen nicht wieder aufblühen. Bremen hat opferbereit die Leiden des Krieges auf sich genommen, mit dem ganzen deutschen Volke zusammen will es leiden, aber auch wieder aufbauen und der heiligen Sache des Vaterlandes dienen. Meine Damen und Herren! Die Feinde müssen sich darüber klar sein, daß die Leidenszeit des deutschen Volkes, das zum Kriege gezwungen worden ist (Laute Zurufe von links.) das zum Kriege gezwungen worden ist, einmal ein Ende nehmen muß. Wir können uns — — — (Ruf: Sie haben geheht!)

Präsident: Ich bitte um Ruhe! Herr Müller, ich bitte Sie, Zwischenrufe zu unterlassen.

Kunoth: Wir wollen keine Arbeitsklaven unserer Gegner werden. Unsere Enkel und Enkelkinder würden es uns niemals verzeihen, wenn wir uns widerspruchslos einen Gewaltfrieden aufdiktieren lassen, wenn wir uns dagegen nicht mit allen unseren Kräften zur Wehr setzen würden. Die Feinde halten uns für besiegte, und sie haben uns behandelt, wie man im Altertum eine besiegte Bevölkerung behandelte. Wir haben die Waffen niedergelegt, weil wir der Uebermacht unserer Feinde an Zahl und technischen Hilfsmitteln nicht gewachsen waren und weil die Hungerblockade uns lahm

gemacht hat. (Zurufe von links) Ganz Deutschland hat gehungert. (Zurufe. Unruhe.) Unsere heldenmütigen Krieger haben die Waffen niedergelegt und einen Waffenstillstand geschlossen unter der Voraussetzung, daß ein Friede geschlossen werden sollte auf Grund der 14 Punkte in Wilsons Programm, das deshalb für uns ein heiliges Evangelium war, für das wir es bis zu diesem Augenblick gehalten haben, das die Entente aber jetzt nicht einhalten will. Das Unrecht, das unsere Feinde durch Umgehung der 14 Punkte an uns begehen, schreit zum Himmel, wo wir doch fest darauf vertraut haben, daß das, was in diesen Punkten gesagt wird, aufrecht erhalten werden würde. (Zurufe.) Vergewaltigen lassen wir uns nicht. Ueber die Köpfe der Gewalthaber der Entente hinweg rufen wir den Arbeitern und Bürger zu, daß wir uns niemals dem unehrlichen Beginnen ihrer Politiker und Militärs, ihrer im Siegesrausch schwelgenden Imperialisten fügen werden. Die Arbeiter und Bürger der Ententevölker wollen auch nach unserer Ueberzeugung keinen Zündstoff für neue Kriege schaffen, sie wollen einen wirklichen Frieden, der für das deutsche Volk keine Vergewaltigung, keine Beraubung seiner Freiheiten und seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit und Existenzmöglichkeit bedeute. (Sehr richtig!) Meine Damen und Herren! Die Entschädigungssummen, die von jener Seite in der feindlichen Presse genannt werden, sind so ungeheuer groß, daß wir von vornherein sagen müssen, das können wir nicht akzeptieren, nicht tragen. (Zurufe von links.) Das Saarbecken, Oberschlesien und Danzig wollen wir uns nicht nehmen lassen. Dagegen müssen wir protestieren. Was deutsch ist, soll deutsch bleiben. (Sehr richtig!) Die elsass-lothringische Frage soll nicht einseitig durch unsere Gegner, sondern durch eine Volksabstimmung gelöst werden. Wir betrachten Elsaß-Lothringen als deutsches Land, das uns einst durch welsche Raubgier genommen worden ist. (Zurufe von links.) Sie sind anderer Ansicht, Sie auf jener Seite, auf der Seite der Radikalen. Wissen Sie nicht — —

Präsident: Wir wollen keine Zwiesgespräche halten.

Kunoth: Noch einmal, wir betrachten Elsaß-Lothringen als deutsches Land, das uns einst von welscher Raubgier genommen worden ist, und wir sind der Meinung, daß durch eine Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen bekundet werden muß, wohin die elsass-lothringische Bevölkerung gehören will. (Zuruf von links: Zu Frankreich!) Das ist noch gar nicht ausgemacht — — —

Präsident: Ich bitte die Herren, die Zurufe zu unterlassen. Die Herren können sich ja zum Worte melden und haben dann Gelegenheit sich zu äußern.

Kunoth: Soweit ich unterrichtet bin, will die Mehrzahl der Elsaß-Lothringer nicht zu Frankreich, sie wollen, daß Elsaß-Lothringen einen selbständigen

Staat bilde, der dann einen Pufferstaat zwischen dem Erbfeind und uns bilden würde. (Ruf von links: Erbfeind? Präsident: Ich bitte um Ruhe.) Die radikale Seite moniert das Wort Erbfeind. Haben Sie denn noch nichts davon gehört, daß der Ausdruck auch dort in bezug auf uns gebraucht wird? (Miller: Kriegsheer!)

Alle unsere Forderungen, die ja jedem Deutschen geläufig sind, haben wir in der Entschliebung kurz zusammengefaßt. Es wäre verkehrt, ihnen nicht zuzustimmen, in der Annahme, daß sie ja doch keinen Eindruck auf die Entente machen würden. Wenn wir nicht von allen Teilen des deutschen Reiches aus dagegen protestierten, würden die Sieger uns als ein entnervtes Volk ansehen, das nur dazu da sei, getreten zu werden. Mit Recht würden sie sagen, der Protest der deutschen Regierung stehe auf tönernen Füßen, weil die breiten Massen des Volkes nicht dahinter ständen. (Sehr richtig!) Wenn die äußerste Linke nicht mit protestieren will, gibt sie zu, daß sie einen Gewaltfrieden für Deutschland will, daß sie will, daß Deutschland mit Füßen getreten wird. (Lärmende Zurufe von links.) Wir aber rufen schon jetzt der Entente zu, daß sie im Falle eines Gewaltfriedens allein die Verantwortung für die Zukunft trägt, daß sie eine verderbliche Kriegspolitik treibt und in Wirklichkeit keinen Frieden will. Wir appellieren an die Volksmassen der Entente und reichen ihnen über die Köpfe der Gewalthaber und der militärischen und politischen Imperialisten hinweg die Friedenshand. (Zuruf von links: Schneiden Sie sich nicht in die Finger!) Wir bitten die breiten Massen der Ententevölker, sich für die sofortige Entlassung unserer schwer duldbenden Kriegsgefangenen einzusetzen (Zuruf von links: In Oslebshausen sitzen noch mehr!) und dadurch Tausende von leidenden Eltern, Frauen und Kindern zu beglücken. Wir appellieren an das Gewissen der Welt und verlangen einen Frieden der Gerechtigkeit und Versöhnung, der uns nicht zu Sklaven und der Kriege in Zukunft unmöglich macht.

Meine Damen und Herren! Ich beantrage,

daß das Präsidium diesen Antrag, der zweifellos Annahme finden wird, an den Reichspräsidenten und das Präsidium der deutschen Nationalversammlung telegraphisch übermittele.

Stimmen Sie dem Antrage zu: Seien wir uns unseres guten Rechts bewußt! (Lebhafter Beifall.)

Tiedermann (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nicht in den Fehler des Herrn Runoth, des Antragstellers verfallen, will nicht gegen vergangene Zeiten polemisieren, sondern will mich nur sachlich an den Antrag halten. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Forderungen dieses Antrages vollständig unseren Forderungen entsprechen. Es entspricht unseren Anschauungen, daß der Antrag

einen Gerechtigkeitsfrieden fordert, der im Einklang mit den 14 Programmpunkten Wilsons steht, 2. die sofortige Rückgabe unserer gefangenen Brüder fordert, 3. die Abtrennung deutschen Gebiets ausschließt, 4. die Rückgabe unserer Kolonien gewährleisten will. Das alles sind Forderungen in einer Richtung, die wir längst vertreten haben: Auch wir wollen die Aufhebung der Blockade im Interesse der ganzen Bevölkerung und im besonderen der gesamten Arbeiterschaft, keine Erdrosselung des Volkes durch übermäßige Kriegsschädigungen. Wir sind weiter damit einverstanden, daß Handel und Schifffahrt und die Arbeiten der Nationalversammlung geschützt werden. Wir würden nicht dafür sein können, daß in Versailles ein Frieden geschlossen würde, der uns solche schweren Bedingungen auferlegte. Außerdem kommt hinzu, daß die Internationale Sozialistenkonferenz in Amsterdam neuerdings ebenfalls solche Forderungen aufgestellt hat und in einer Entschliebung einen Völkerbund gefordert hat. Auch dort wurde gefordert, daß ein Frieden geschlossen werden möge auf Grund der 14 Punkte Wilsons, 2. eine Organisation der Arbeiter aller Länder, um einen dauernden Frieden herbeizuführen, 3. die internationale Festlegung von Arbeiterschutzbestimmungen. Das alles sind Forderungen, die auch der Antrag Runoth enthält. Wir können also dem Antrage Runoth zustimmen. Im übrigen möchte ich auch von dieser Stelle betonen, daß diese Forderungen auch am 1. Mai erhoben worden sind. Die Zustimmung zu dem Antrage bedeutet eine Unterstützung der Forderungen des 1. Mai, der den Weltfrieden und die Verbrüderung der Völker verlangt. Ich bitte, dem Antrag einstimmig zuzustimmen.

Miller (R.): Meine Damen und Herren! Ich glaube, es wäre für Herrn Runoth eine der schwersten Strafen, wenn er das, was er zu Anfang und während des Krieges geschrieben hat, jetzt wieder durchlesen müßte und mit seiner heutigen Rede vergleichen könnte (Sehr gut!). Als der Krieg ausgebrochen war, hat Herr Runoth sich gleich am ersten Tage auf den Pegasus gesetzt und Knittelverse geschrieben, die anfangen: Gottlob, die Würfel sind gefallen! Herr Runoth, Sie werden sich dessen hoffentlich erinnern! Sie glaubten damals, daß nun die Zeit, die große Zeit gekommen ist, um einen großen Raubzug durchzuführen (Sehr gut! links). Es kam aber anders. Es wurde zu Anfang des Krieges dem Volke vorgeschwindelt, als ob dieser Krieg ein Verteidigungskrieg sei. Meine Damen und Herren! Das wurde nicht nur in Deutschland so gemacht, das wurde in allen Staaten so gemacht. Und das wurde deshalb so gemacht, weil alle Staaten die arbeitenden Klassen, die arbeitende Bevölkerung zur Durchführung des Krieges notwendig hatten. Leider sind die Vertreter der arbeitenden Bevölkerung auf diesen Schwindel zum größten Teile mit hereingefallen. Ich bitte Sie, meine

Damen und Herren, welcher Staat hat nur Verteidigungskriege geführt? Wir sind uns nicht im Zweifel über die Ursachen des Krieges. Wir wissen, daß nicht Personen die direkte Ursache des Krieges sind, — wiewohl Personen die Mitschuld am Kriege tragen, — wir wissen, daß das kapitalistische System den Krieg verursacht hat, und wir wissen, daß das kapitalistische System notwendigerweise immer zu neuen Kriegen führen muß.

Meine Damen und Herren! Es wäre für die Arbeiter, glaube ich, besser gewesen, wenn die sozialdemokratische Partei, in der ja schon vor dem Kriege Gegensätze grundsätzlicher Art bestanden, zu Anfang des Krieges schon getrennt gewesen wäre (Sehr gut!). Ich glaube, es wäre dann etwas anders gekommen. Durch diese überfeste Disziplin, die dort geherrscht hat, hat die sozialdemokratische Fraktion seinerzeit den großen Fehler gemacht, sich restlos für die Kriegspolitik der damaligen Gewalthaber zu erklären. (Zuruf: Ist ihr gar nicht eingefallen!) Es ist Ihnen doch eingefallen, wir wissen es doch ganz genau alle miteinander, Herr Rhein! (Rhein ruft: Schwindel!)

Präsident: Herr Rhein. Sie haben eben den Ausdruck „Schwindel“ gebraucht. Ich muß das rügen.

Miller (R.) fortfahrend: Ich nehme ihm das garnicht übel, er kann nicht anders. Wenn das das schlimmste Vergehen wäre, das er begangen hat, dann würde ich sagen: Herr Rhein ist ein feiner Mann! Er hat aber ganz andere Dinge auf dem Gewissen. Meine Damen und Herren! Die Rede des Herrn Runoth ist tatsächlich nichts als ein Winseln von Anfang bis zu Ende (Sehr richtig!). Dem gegenüber, Herr Runoth, erinnere ich Sie an alle Ihre Hege während des Krieges, an alle die Hegepreden, an all die Hegereien, die Sie in Ihrer Presse betrieben haben. Ich erinnere Sie daran, daß Sie an den Engländern kein gutes Haar gelassen haben, daß Sie den ganzen Wortschatz, der Ihnen zur Verfügung stand, gegen England angewandt haben. Ich erinnere Sie, daß Sie Sprichwörter aufgebracht haben: Gott strafe England usw., daß Sie dem englischen Minister Grey die Nachttöpfe sinnbildlich an den Kopf geworfen haben. Und heute kriechen Sie auf dem Bauche vor diesen Leuten. Ich werde Ihnen nachher noch klar machen: auch wir wünschen nicht eine Vergewaltigung Deutschlands. Aber mit Ihrer Politik werden Sie das nicht abwenden. Ich werde Ihnen am Schluß klar machen, wie wir eine Vergewaltigung Deutschlands abwenden wollen. Was sollen unsere Kinder und Kindeskinde sagen? meint Herr Runoth. Ach, wie hört sich das so wundervoll an, Herr Runoth. Die Kinder und Kindeskinde werden noch schamrot werden, Herr Runoth, in späten Jahren über die Verbrechen, die Sie am Volke begangen haben. Sie haben während des Krieges eine Politik getrieben, die alles

unterbunden hat, was irgendwie auf die Beendigung des Krieges hinwirken konnte. Ich erinnere Sie daran, daß die Arbeiter mehr als einmal einen Anlauf genommen haben, diesem Norden ein Ende zu machen. Und was ist dann mit diesen Arbeitern geschehen? Man hat sie einfach in den Schützengraben gesteckt oder in das Zuchthaus. Hätten Sie damals der Stimme der Vernunft Gehör geschenkt, es stände heute anders um das deutsche Volk (Sehr richtig!). Und dann die grenzenlose Ausbeutung während des Krieges! Nur die Kapitalisten haben sich während des Krieges gesund gemacht, sie haben das Volk ausgeraubt, haben Gold auf Gold gehäuft, während das Volk hungerte und darbt und verblutete. Das ist die Wahrheit. Jetzt winseln und schreien Sie nach einem gerechten Frieden auf der Grundlage der Wilsonschen Punkte. Was haben Sie denn in Brest-Litowsk gemacht? Es ist wohl an der Zeit, sich dessen einmal zu erinnern. Davon hat aber Herr Runoth kein Wort gesagt. Warum schicken Sie denn jetzt nicht den General Hoffmann nach Frankreich zu den Friedensverhandlungen, damit er da auch einmal auf den Tisch schlägt? Jetzt sind die Herren Generale auf einmal mäusenstill geworden, nachdem sie die gesamte Menschheit ins Unglück gestürzt haben. Und was hätten Sie getan, Herr Runoth, wenn wir Sieger geblieben wären? Nach all dem, was Sie geschrieben haben, wäre es unsern Feinden zehnmal schlechter gegangen als uns jetzt, davon bin ich fest überzeugt. Jetzt schreien Sie nach einem gerechten Frieden, jetzt winseln Sie nach Volksabstimmung. Was haben Sie denn getan, als Finnland sich der russischen Revolution anschloß? Da sind die Deutschen hinübergegangen und haben die finnischen Arbeiter zu Zehntausenden niedergeschossen. Das alles haben Sie vergessen. Estland, Lettland sollte anektiert werden, Polen sollte unter deutschen Einfluß, ganz Nordfrankreich und Belgien dazu. Ich erinnere Sie, Herr Hormann, an die Vaterlandspartei. Die haben Sie wohl ganz vergessen? Sie fordern jetzt eine Volksabstimmung, meine Herren. Wir sind uns klar über den großen Schwindel der Volksabstimmung. Kapitalistische Räuber werden niemals irgend einem Volke Gerechtigkeit widerfahren lassen können, und Sie müssen sich nicht wundern, wenn ein Räuber einem anderen keinen Pardon gibt. Das ist ausgeschlossen, die Leute können gar nicht anders. Den Schwindel der Volksabstimmung benutzen die Ententemächte dazu, um Europa aufzuteilen, um selbst stark zu bleiben und Europa zu regieren, Europa auszubeuten, und nicht nur Europa, sondern die ganze Welt. Meine Damen und Herren! Das ist genau so, wie Sie es gemacht haben würden, wenn Sie in die Lage gekommen wären. Und jetzt wimmern Sie, wenn die Franzosen es genau so machen. Die Kapitalisten können gar nicht anders, die müssen so handeln. Der verschärfte U-Bootkrieg, durch den der Eintritt Amerikas in den Krieg erfolgte, war auch

eine Sünde erster Güte. Ich erinnere Sie an die Plakate, die Sie aufhängten, mit den schwarzen Punkten. Und da freuten Sie sich, wenn Schiffe über Schiffe versenkt wurden. Und heute? Die letzten Schiffe, die wir noch haben, die holt sich die Entente. Aber nicht die Arbeiterklasse hat das gewollt, sondern Ihre Klasse, und wenn Ihre Klasse am Ruder bleibt, dann werden wohl sicher bald neue Kriege folgen. Herr Kunoth sprach ja auch schon vom Erbfeinde. Meine Herren! Ich kann Ihnen sagen: der Kapitalismus wird garnicht imstande sein, einen gerechten Frieden abzuschließen. Einen gerechten Frieden kann nur das Weltproletariat schließen. Nur die arbeitenden Klassen der gesamten Völker können einen wirklich gerechten, einen dauernden Frieden abschließen. Meine Damen und Herren! Es wird soviel geschimpft auf Spartakus, es wird soviel geschimpft auf den Bolschewismus usw. Aber gegen die Sache selbst ist keines, selbst nicht das geringste Argument vorgebracht worden. Es wird Ihnen nicht möglich sein, einen gerechten Frieden abzuschließen, das wird der arbeitenden Klasse vorbehalten bleiben. Ich habe hier wiederholt gewünscht, daß die arbeitende Klasse den Sieg davon tragen werde. Aber wenn hier in Deutschland die arbeitende Klasse den Sieg davon trägt, dann wird die Revolution hinüber getragen in die westlichen Staaten. Ich bin übrigens mit dieser Meinung nicht mit meinen Freunden allein, selbst Graf Brockdorff-Rantzau hat erklärt, daß die Entente eher in der Lage sein werde, durch ein Plakat an der Grenze die Grippe von ihren Ländern fernzuhalten als den Bolschewismus, der durch die deutsche Retorte gegangen ist. Und das ist unsere Meinung. Sie wissen, daß, wenn Deutschland bolschewistisch wird, daß dann die Weltrevolution zur Tatsache wird. Sie wissen auch, daß es garnicht anders möglich sein wird, einen gerechten Frieden zu erzielen. Wenn aber der Bolschewismus kommt, dann werden Sie Ihre Vorrechte aufgeben müssen, und damit werden Sie sich vertraut machen müssen auf alle Fälle. Sie werden sich vertraut machen müssen mit dem Gedanken, daß Sie Ihre Vorrechte endlich aufgeben müssen, damit eine wirkliche Gerechtigkeit zum Durchbruch kommt. Meine Herren! Ihre Gerechtigkeit und Demokratie ist eben Ihre Gerechtigkeit und Demokratie. Mit dieser Demokratie, die Sie vertreten, werden Sie nie und nimmer zur wirklichen Demokratie gelangen. Sie sagen: wir haben das freieste Wahlrecht der Erde. Wir aber sagen: von Demokratie kann dabei gar keine Rede sein. Wenn zur Wahl geschritten wird, so steht Ihnen erst einmal die gesamte Presse zur Verfügung, ferner das gesamte Kapital, und dazu die Machtmittel des Staates, um die Bevölkerung in Ihrem Sinne zu beeinflussen. Also von Demokratie kann keine Rede sein, das ist eitel Schwindel, was Sie von Ihrer Demokratie sagen.

Präsident: Ihre letzten Ausführungen gehörten aber ganz gewiß nicht zum Antrage Kunoth.

Miller (R.) fortsetzend: Es gehört auch mit dazu, Herr Präsident. Also ich sagte: ein gerechter Friede kann nur durch den Sieg der arbeitenden Klasse errungen werden, aber kapitalistische Räuber werden nie und nimmer einen gerechten Frieden schließen können. Wir haben es heute in der Sitzung gesehen, wie Sie die Minderheit stets vergewaltigen. Und so suchen Sie die arbeitende Klasse immer zu vergewaltigen, um sie auszubeuten in Ihrem Sinne. Das ist Ihr Wunsch und Ihre Politik. Herr Kunoth appelliert sogar an die Volksmassen der Entente. Herr Kunoth, das Recht dazu spreche ich Ihnen ab, Ihnen, der Sie gehegt haben während des Krieges so gut wie Sie konnten in jeder Zeile, die Sie geschrieben haben. Sie appellieren jetzt an die Volksmassen der Entente. Das ist eine Unverschämtheit.

Präsident: Herr Miller, Sie haben gesagt: Wenn Herr Kunoth an die Volksmassen der Entente appelliert, so sei das eine Unverschämtheit. (Zuruf: Ist es auch!) Ich rufe Sie zur Ordnung. (Eigen zur Rechten: Sie sind ja so ruhig geworden!)

Miller (R.) fortsetzend: Ich wiederhole, meine Herren, Sie haben nicht das Recht, an die Volksmassen zu appellieren. Sie haben nichts getan als die Volksmassen von jeher auszubeuten bis aufs Blut, Sie haben nichts getan als die Volksmassen zu unterdrücken und zu knebeln nach allen Regeln der Kunst. Und jetzt appellieren Sie, nachdem Sie am Boden liegen, an die Volksmassen der Entente. Herr Kunoth, das sind doch unsere Feinde, und jetzt appellieren Sie auf einmal an das Gerechtigkeitsgefühl unserer Feinde. Früher hatte das ganz anders geklungen, es ist noch garnicht so lange her. Als hier die Volksmassen ihr Wahlrecht zum preussischen Abgeordnetenhaus verlangten, hat man es ihnen vorenthalten. Als man die Abschaffung des Achtklassenwahlrechts der Bürgerschaft verlangte, hat man es verweigert. Jetzt auf einmal appellieren Sie an die Volksmassen. Wenn es gilt, Ihre Interessen zu retten, den Kapitalismus zu retten, da sollen Ihnen die Volksmassen dort zuhülfe kommen. Aber die Volksmassen der Entente werden Ihnen etwas huten, darauf verlassen Sie sich. Aber auf den Ruf des gesamten Proletariats, auf den Ruf der Proletarier aller Länder, auf den werden die Volksmassen der Entente reagieren.

Meine Damen und Herren! Die Revolution, die Weltrevolution wird unbedingt kommen müssen, wenn wir überhaupt Frieden und ruhige Zustände haben wollen. Sie ist auf dem Marsche. Es wird uns von Irland gemeldet, daß der Streik in Irland scharfe Formen angenommen hat. In verschiedenen Städten Irlands — — —

Präsident: Herr Miller, ich möchte Sie bitten, zur Sache zu sprechen, ich kann nicht zulassen, —

Miller: Das gehört zur Sache!

Präsident: Das habe ich zu entscheiden.

Miller: Ich will sagen, daß nur eine Weltrevolution uns auf die Dauer friedliche Zustände bringen kann, und überall macht die Revolutionierung der Arbeiterschaft Fortschritte, in Rußland, Deutschland, Deutschösterreich, Ungarn usw. Es wird nicht lange dauern, da werden Sie sehen, daß Sie werden abtreten müssen, und gerade auf Grund unerhört harter Friedensbedingungen wird der Zusammenbruch bald erfolgen.

Der Bolschewismus soll allgemein als Waffe gegen die Entente gebraucht werden, und insofern freuen sich die Herren darüber, daß der Bolschewismus solche Fortschritte macht. Ich erinnere daran, daß Pastor Bode in der Union gesagt hat, daß wir in dem Bolschewismus eine Waffe gegen England hätten, eine Waffe, die besser sei als Maschinengewehre und Kanonen. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Herren überhaupt den Bolschewismus fördern möchten, nein, sie wollen den Bolschewismus nur gebrauchen, um bessere Friedensbedingungen zu erzwingen, sie wollen aber auf keinen Fall den Bolschewismus zum Durchbruch gelangen lassen, sie wollen alles tun, damit er ja nicht zum Durchbruch kommt. Wellmann, Sie lachen, es ist aber doch so! Dieser Pastor Bode, der jetzt Engelmacherei betreibt, der im Streikabwehrausschuß hier besonders dafür sorgt, daß die Bevölkerung und besonders die Kinder ausgehungert werden — das ist eine neue Aufgabe eines Pastors, als Engelmacher zu wirken, Kinder aushungern zu lassen — dieser Pastor Bode hat England und Frankreich mit dem Bolschewismus bedroht, er möchte, daß der Bolschewismus England und Frankreich erfaßt. Es liegt aber im Interesse der gesamten Menschheit, daß die ganze Welt von ihm erfaßt wird. Nur dadurch kann verhindert werden, daß immer wieder ein Völkermorden stattfindet. Ich erinnere daran, daß durch Ihre Politik 20 Millionen Menschen auf der Erde jetzt umgebracht sind, ebenso viele zu Krüppeln geworden sind, viele Frauen sind zu Witwen geworden, viele wissen nicht mehr, wohin sie ihr Haupt legen sollen, das Leben hat für sie nichts mehr zu bedeuten, unzählige Tränen werden vergossen, Waisen rufen vergeblich nach ihrem Vater, alles das ist die Folge der Politik des Kapitalismus, die auch die Mehrheitssozialisten in jeder Weise während des Krieges unterstützt haben. (Widerspruch bei den M.-S.)

Sie haben das alles mitgemacht, Sie haben den Burgfrieden geschlossen, Sie haben die Kriegskredite bewilligt, Sie haben das alles mitgemacht. Sie haben eine Kriegspolitik betrieben von Anfang bis Ende, und Sie sind darum mit verantwortlich für die Greuel

des Krieges und für die Leiden, die durch den Krieg über die Menschheit gekommen sind, Ihre Schuld steht fest vor dem Forum der Weltgeschichte. Sie haben im Interesse des Kapitals gehandelt, nicht im Interesse der arbeitenden Klassen. Sie haben dazu beigetragen, daß der Kapitalismus diejenigen in die Schützengräben geschickt hat, die sich irgendwie gemückt haben, Sie haben solche Genossen Ihrer Partei den Kapitalisten namhaft gemacht. Gewerkschaftsbeamte sind zu diesem Zwecke von der Bourgeoisie reklamiert worden. (Zuruf aus der Mitte: Und wo waren Sie denn?) Das alles können Sie nicht bestreiten, das ist wahr, und was wahr ist, muß wahr bleiben.

Besonders hat sich die Weser-Zeitung und Herr Runoth hervorgetan. Sie haben auch fortwährend vom Durchhalten gesprochen. Wir müssen durchhalten, durchhalten! Aber „Durchhalten“ ist doch nicht „Maul halten“, wenigstens jetzt brauchen wir nicht mehr das Maul zu halten, jetzt kann man diejenigen, die nicht das Maul halten wollen, nicht mehr in den Schützengräben schicken. Wenn es möglich wäre, würde man uns ja das Maul verbieten.

Was soll nun der Antrag Runoth? Er wird uns den Frieden, der im Interesse der ganzen Menschheit liegt, auch nicht bringen, sondern wir werden den Gewaltfrieden annehmen müssen. Die Entente wird uns nie und nimmer einen Gerechtigkeitsfrieden angeheihen lassen. Meine Damen und Herren! Ich wiederhole, daß nur die Weltrevolution einen Frieden herbeiführen kann, der im Interesse der ganzen Menschheit liegt. Nur die Weltrevolution kann den Frieden bringen, der im Interesse der Arbeiterklasse, der aber auch im Interesse der gesamten Menschheit liegt. Darum ist es unsere heiligste, hehrste Aufgabe, die Weltrevolution herbeizuführen, wenn Herr Hormann auch darüber lacht. (Hormann: Das ist ein Irrtum!) Ja, das glaube ich Ihnen: das Lachen wird Ihnen noch vergehen! Es wird nicht lange dauern, daß Ihnen das Lachen vergeht, verlassen Sie sich darauf! Sie werden es von den Arbeitern erleben, die werden es nie vergessen, Herr Hormann und Herr Runoth, wie Sie für die Interessen des Kapitalismus eingetreten sind. Sie wollen einen Gerechtigkeitsfrieden. Wir wollen alle Kräfte daransetzen zur Weltrevolution, zum endgültigen Siege der Revolution, dann erst werden wir einen Gerechtigkeitsfrieden, einen Weltfrieden haben, dann wird ein dauernder Friede zustande kommen. (Lebhafter Beifall links.)

Heute (U. S.) Meine Damen und Herren! Ich finde es ganz in der Ordnung, daß Herr Tiedermann Arm in Arm mit Herrn Runoth die Resolution vertritt. Herr Runoth hat während des Krieges die Kriegstrompete geblasen und Herr Tiedermann hat mit seinen Freunden während des Krieges die Kapitalisten mit allen Kräften unterstützt. Da ist es selbstverständlich,

daß die Herren Tiedermann und Kunoß auch heute Arm in Arm gehen. Herr Kunoß und seine Parteifreunde sind es im wesentlichen gewesen, die die Kriegsfurie aufs neue haben aufleben lassen, die während des Krieges alles getan haben, um zu verhindern, daß der Krieg ein Ende nahm. Herr Kunoß hat insbesondere in seinem Presborgan dafür einen Beleg nach dem andern gebracht, daß er und seine Leute vom Frieden nichts wissen wollten. Herr Müller hat vollkommen recht, wenn er Herrn Kunoß einen Spiegel vorhält, und Herr Kunoß und seine Freunde werden noch öfters daran erinnert werden, was sie während des Krieges getan haben. Ich erinnere an Sitzungen der früheren Bürgerschaft, wo insbesondere Herr Hormann mit einem Pathos, das ihm so schön steht, eintrat für die Vaterlandspartei, die damals in der unverschämtesten Weise den Krieg geschürt hat. Herr Dr. Wilkens hat ihm dabei hilfreich zur Seite gestanden, und die Nachrichten waren ganz entzückt von den Reden der beiden. Heute verlangt Herr Kunoß einen Gerechtigkeitsfrieden? Versteht er darunter vielleicht einen Frieden nach Art des Bukarester Friedens? Wenn man die Schlusssätze des Herrn Kunoß genau betrachtet, so kann man zu keinem anderen Schluß kommen, daß das ganze nichts anderes ist als eine Komödie. Es soll wieder verkleistert werden, was während der 4 1/2 Jahre des Krieges auseinandergefallen ist oder auseinanderzufallen drohte. Herr Kunoß aber darf sich nicht wundern: die Arbeiter werden auf seine Worte nicht hereinfallen.

Werte Versammlung! Was wird in dieser Resolution gefordert? Es wird verlangt, das die gefangenen Brüder freigelassen werden sollen. Ja, hat denn Deutschland nicht noch russische Gefangene ständig festgehalten? Und wenn das deutsche Reich in der Lage wäre, in der sich jetzt Frankreich befindet, in der Lage eines Landes, dessen Gebiet aufs ungeheuerlichste verwüstet worden ist, so möchte ich wirklich einmal sehen, ob ein siegreiches Deutschland auch nur im entferntesten daran gedacht hätte, die Kriegsgefangenen frei zu geben. Die Kriegsgefangenen, die es freigegeben hat, hat es gezwungenermaßen freigegeben, und nur gezwungenermaßen werden die Ententemächte die Kriegsgefangenen freigegeben. Man sollte nicht mit schönen Redensarten die Volksmassen glauben machen, daß solche Proteste zur Freigabe der Kriegsgefangenen führen könnten. Sie allerdings haben ein Interesse daran, solche Täuschungen immer und immer wieder hervorzurufen. Aber wir haben ein Interesse daran, zu sagen: Sie, die Vertreter des deutschen Kapitalismus und die Vertreter des Ententekapitalismus, sind von einerlei Art, von gleichem Fleisch und Blut. Der Kapitalismus, der uns heute seinen Fuß in den Nacken setzt, der amerikanische, der englische, der französische Kapitalismus, ist seiner Wesenart dem deutschen Kapitalismus gleich, er will daselbe, was dieser will, was der österreichische Kapitalismus will, was der Kapitalismus der Mittelmächte will. Und das begreifen

hier die Volksmassen sehr wohl, sie begreifen, daß sie in ganz schamloser Weise in den Krieg getrieben worden sind, der nicht um ihre Interessen, sondern um die Kapitalsinteressen ging. Während des Krieges durfte man in diesem Raume so etwas garnicht sagen, dann hätten einen die Herren, die heute die demokratische Partei und die Rechte bilden, einfach niedergeschrien. Wenn während des Krieges so etwas hier auch nur angedeutet worden ist, dann sind die Herren aufgesprungen und haben in sittlicher Entrüstung gemacht. Wir waren damals überzeugt, daß die Herren den guten Glauben gehabt haben bei dem, was sie sagten. Aber heute können sie diesen guten Glauben doch eigentlich nicht mehr haben, wenn sie in einer Resolution vom Gerechtigkeitsfrieden reden. Nein, meine Damen und Herren, nachdem man sich so den Russen und Rumänen gegenüber benommen hat, nachdem man in der Ukraine und in Finnland die Revolution niedergeschlagen hat und keine Opfer dabei gescheut hat, darf man nicht mehr von Gerechtigkeitsfrieden reden. Nachdem ein General Hoffmann in Brest-Litowsk auf den Tisch geschlagen und damit die bekannte Auflösung hervorgerufen hat, darf man nicht mehr von Gerechtigkeitsfrieden reden. Und überhaupt darf kein Vertreter der herrschenden Klassen von Gerechtigkeitsfrieden reden. Denn die herrschenden Klassen in Deutschland sind es gewesen, die die große Schuld tragen am Ausbruch des Krieges. Es ist zweifellos richtig von Herrn Müller, daß ein solcher Krieg nicht allein auf die Schuld einzelner Personen zurückzuführen ist. Aber es darf doch nicht vergessen werden, daß immerhin die Schuld einzelner Personen sehr groß gewesen ist, insbesondere die Schuld der den herrschenden Klassen angehörenden Personen, die, wie Herr Hormann und Herr Kunoß, jetzt der demokratischen Partei angehören. Werte Versammlung! Wenn man hier also Resolutionen einbringt von seiten einer solchen Partei, dann soll man gefälligst an solche Dinge denken, die da hinter uns liegen, und man soll denken an die Zustände, in die die Politik dieser Herren uns hineingebracht hat, und dann wird man nicht mehr die Stirn haben können, eine solche Resolution einzubringen. Wer solche Resolution einbringt, kann nur entschuldigt werden mit Unwissenheit oder mit einer Rücksichtslosigkeit — ich will keinen anderen Ausdruck gebrauchen — sondergleichen, ich möchte lieber gesagt haben: Schamlosigkeit. Sie dort auf der Rechten hätten eigentlich alle Ursache, hübsch stille zu sein und nicht mit solchen Resolutionen an die Öffentlichkeit zu treten. Was steckt denn dahinter? Ein bißchen Aufmunterung Ihres Nationalismus, darauf führt doch das ganze hinaus. Sie wollen die nationalen Instinkte wieder wachrufen. Das wird Ihnen aber so leicht nicht helfen, das ist ein für alle Mal vorüber. Selbst die Adonisgestalt des Herrn Hormann wird das nicht fertig bringen. Sie sollten sich ein Beispiel nehmen an Hindenburg, der das jetzt eingesehen hat, und der nun völlig in der Verfertigung

verschwindet. Was von der demokratischen Partei gesagt werden mußte, das mußte im gleichen Umfange gesagt werden von den Mehrheitssozialisten, die diese Politik des Kapitalismus unterstützt haben. Auch Herr Baigand hat das nach Kräften getan. Diese Politik wird nun auch heute noch getrieben, und Sie werden damit dieselben Erfahrungen machen, wie die Demokraten. Die Demokraten haben sich ein neues Programm gegeben, und darin versuchen sie die Arbeiter ebenso wieder zu sich herüberzuziehen, wie sie es früher immer wieder versucht haben. Was steht denn hinter Ihnen heute, und was wird in Zukunft hinter Ihnen stehen, wenn Sie nicht aus dem Kleinbürgertum Zuluß erhalten? Nun bringen Sie eine solche Resolution ein. Damit werden Sie aber höchstens erreichen, daß selbst die dümmsten der Arbeiter sich von Ihnen abwenden. Wenn Sie nun weiterhin die Rückgabe der Kolonien fordern, so können wir dieser Forderung natürlich nicht zustimmen. Können Sie die Rückgabe der Kolonien erzwingen? Soll denn etwa der Friede daran scheitern, daß wir entsprechend der Resolution verweigern, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, der uns die Kolonien nimmt? Wir wissen ja noch gar nicht, wie der Friedensvertrag aussehen wird. Und in die Lage wird das deutsche Volk wohl kommen, einen Vertrag unterschreiben zu müssen, der den breiten Massen zunächst allerdings nicht nach der Mühe sein wird und insbesondere den Vertretern der ausbeutenden Klasse nicht nach der Mühe sein kann. Aber die Schuld dafür, daß es so sein wird, liegt bei der herrschenden Klasse und bei den Parteien, die diese Klasse vertreten. Aber es hat oft in der Geschichte sich ereignet, daß eine besiegte Macht einen Friedensvertrag unterschrieben hat, der eben zu ihren Ungunsten ausfiel. Und in dieser Lage sind auch wir. Und Proteste in der Lage, in der sich Deutschland heute befindet, haben gar keine Bedeutung, sie sind eine Komödie, eine Theateraufführung angesichts der Tatsache, daß wir doch gar nichts anbieten können als einen Protest. Und darum wäre es richtiger gewesen, Sie hätten eine solche Resolution nicht eingebracht, das wäre der Ehre des deutschen Volkes — wenn ich mich einmal einer solchen Tonart bedienen will — entsprechender gewesen; es wäre besser gewesen, wenn Sie hübsch still gewesen wären und einmal darüber nachgedacht hätten, daß man sich mit den Völkern wohl oder übel verständigen muß, damit Deutschlands Wirtschaft wieder in Gang kommt. Darum handelt es sich und muß es sich allein handeln, und eine Wiederbelebung des Wirtschaftslebens erreichen wir nur durch eine Verständigung mit den Völkern. Wie ist denn nun die Schuld, die die herrschende Klasse abzutragen hat den Völkern gegenüber? Viel wichtiger als solche Resolution ist die Frage: wie kann man an dem französischen Volke wieder gut machen, was unsere Heere dort angerichtet haben? Wenn ein Volk von 40 Millionen auch jetzt immer wieder hört, daß man in Deutschland von ihm als Erbfeind redet, und wenn

es sieht, wie durch den Anschluß Deutsch-Oesterreichs das Deutsche Volk zu einem 80 Millionen-Volke werden soll, dann muß es unter solchen Umständen doch gewärtig sein, daß das stärkere deutsche Volk ihm eine Gefahr ist. Darum sollten wir alles tun, um uns zu überlegen, die Völker wieder zusammenzubringen, das wäre eine dankbare Aufgabe. Was nun die Rückgabe der Kolonien betrifft, so sind meine Freunde dagegen, daß überhaupt kapitalistische Kolonialpolitik betrieben wird. Im Gegensatz zu den Mehrheitssozialisten sind wir nach wie vor grundsätzlich dieser Auffassung; wir sind auch in dieser Beziehung unseren Grundsätzen treu geblieben. Der internationale Kongreß hat beschlossen, hat wiederholt beschlossen, daß die Arbeiterklasse sich nicht für die kapitalistische Kolonialpolitik ins Zeug legen soll aus dem sehr einfachen Grunde: die Arbeiterklasse ist ausgebeutet und unterdrückt, und wenn sie die kapitalistische Kolonialpolitik unterstützt, so trägt sie dazu bei, daß andere Völker oder Volksstämme unterdrückt, oder ausgebeutet werden. Aus diesem Grunde waren wir immer gegen die Kolonialpolitik und sind es heute noch. Und wenn die Mehrheitssozialisten mit Herrn Kunoth dahin einig sind, daß wir die Kolonien wieder haben müssen, dann haben sie eben einen ihrer Grundsätze aufgegeben. Und selbst wenn wir die Kolonien wieder bekämen, würden sie uns wahrhaftig nicht in den Stand setzen, in den sie uns angeblich versetzen sollen, uns mit den nötigen Rohstoffen zu versorgen. Ich will nicht auf den Unsinn eingehen, der darin besteht, daß man meint, daß, wenn man etwas Baumwolle oder Tabak aus den Kolonien bezieht, man den Weltmarktpreis regulieren könnte. Die Baumwolle aus Amerika, Ägypten und Indien, das Gummi aus Afrika und anderen Ländern, die bestimmen den Weltmarktpreis. Das ist für jeden selbstverständlich, der sich damit beschäftigt, und die wenigen Umsätze aus unsern Kolonien sind demgegenüber absolut bedeutungslos. Nun muß ich allerdings sagen, daß ich erwartet hätte, nachdem jetzt eine solche Resolution eingebracht ist, daß die bremischen Kaufleute auch ein Interesse hätten oder gehabt hätten für die deutschen Kolonien. Ich habe aber gelegentlich einmal in einem Buche von einem Dr. Gehrke gelesen, daß gerade die bremischen Kaufleute gar keinen Eifer an den Tag gelegt hätten, die Produkte aus den deutschen Kolonien abzuholen. Sie waren garnicht bereit dazu, und das haben sie ausgedrückt mit den Worten, daß da nicht viel zu holen wäre aus den deutschen Kolonien für unsere Kaufleute. Aber wenn etwas zu holen war, haben sie sich an der Kolonialpolitik beteiligt auf ihre Weise, und das ist ein interessantes Kapitel, über das ich nicht eingehend reden will. Aber wollten wir einmal darauf eingehen, und wollten wir darauf hoffen, einen Gerechtigkeitsfrieden auch in Bezug auf die Kolonien zu erhalten, so müßte diese Gerechtigkeit doch in erster Linie geübt werden gegenüber den Hauptlingen, denen diese Kolonien gegen Schnaps und andere Kultur-

güter abgeschwindelt worden sind. Es wäre sehr interessant, darauf weiter einzugehen. Ich will nur darauf aufmerksam machen, daß im Jahre 1914 das Witzblatt der Mehrheitssozialisten „Der wahre Jakob“ einmal ein Bild brachte mit der Überschrift, „So wollen wir sie dreschen!“ Es war so arg, daß der Parteivorstand die Nummer einziehen und einstampfen ließ. Gegenwärtig kommt „Der wahre Jakob“ mit einem anderen Bilde, da sind ein Franzose, ein Engländer und ein Deutscher versammelt unter einer Fahne — es fehlt nur noch Scheidemann als Bannerträger. So wechseln die Dinge. Aber zu einer Verständigung, zu einer Versöhnung der Völker auf die Dauer wird es doch nicht kommen. Es wird immer ein Gegensatz zwischen den Völkern bestehen, und einen Frieden der Gerechtigkeit gibt es nicht. Ein jeder Friede, und besonders ein Friede, wie ihn die Entente will, trägt in sich schon den Keim zu einem neuen Kriege. Wir sehen ja schon jetzt wieder die Flammen aufzüngeln. Denken Sie an Japan und Amerika! Die Arbeiter aber werden dafür sorgen, daß wir trotz aller üblen Erfahrungen, die sie gemacht haben, zu einem Weltfrieden kommen. Das wird ihnen gelingen. Sie werden den Kapitalismus zu Sturz bringen, und dem Staat eine andere Organisation geben. Die Arbeiter werden einsehen, — ob es auf dem Wege des Bolschewismus geschieht oder auf einem anderen Wege, das ist gleichgültig — daß das notwendig ist, daß sie die beherrschende Klasse in dem Staat werden müssen. Sie werden in dem neuen Staat die Diktatur des Proletariats ausüben, bis ihre Herrschaft in dem Staate vollständig gefestigt ist. Die Arbeiter werden diesen Kampf führen, sie rüsten sich für diesen Endkampf. Das ist wertvoll für unsere Friedensaussichten. Begeistert ziehen sie in diesen neuen Kampf, der uns den wahren und dauernden Frieden bringen wird. Das ist keine Komödie wie dieser Antrag Kunoth. Der Kampf der Arbeiter wird unsere ganze Staatenordnung umgestalten und uns den Frieden bringen. (Beifall links.)

Stüger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die langen Ausführungen der Herren Miller und Henke ändern an der Tatsache nichts, daß ein Waffenstillstand auf Grund der 14 Programmpunkte Wilsons abgeschlossen ist, und wir geben uns der Hoffnung hin, daß diese 14 Punkte auch für den Friedensvertrag maßgebend sein werden. In dem Friedensvertrag wird auch über das Schicksal von Elsaß-Lothringen entschieden werden. Dazu möchte ich einige Ausführungen machen. Ich habe bei dem Infanterieregiment Nr. 99 gestanden. Diesem Regiment gehörten viele Elsaß-Lothringer an. Ich war mit vielen von diesen im Felde und habe Gelegenheit gehabt, die Ansichten der Elsässer kennen zu lernen. Die Ansicht der Elsässer geht dahin, daß sie selbständig sein möchten, aber Anschluß an Deutschland fordern. Ein besonderes Interesse, zu Frankreich zu kommen,

besteht bei ihnen nicht. Deswegen würde es nicht gerecht sein, wenn in dem Friedensvertrag Elsaß-Lothringen Frankreich zugesprochen würde. Wunsch der Elsaß-Lothringer ist es nicht. Auf jeden Fall müßte eine Volksabstimmung stattfinden. Eine solche ist notwendig, wenn den 14 Punkten Wilsons Rechnung getragen werden soll.

Prof. Dr. Dietz (L. B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nicht in den Fehler des Herrn Henke verfallen und Sie durch eine lange Rede ermüden, sondern ich will nur im Namen meiner Freunde eine kurze Erklärung abgeben. Wir stimmen dem Antrage Kunoth zu. Wir glauben freilich nicht, daß der Antrag bei der gegenwärtigen Lage eine große Bedeutung haben wird. Ich darf daher nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Lage, in der sich unser deutsches Vaterland jetzt befindet, ganz wesentlich mit herbeigeführt worden ist durch die Politik, die die sozialdemokratische Partei und die Fortschrittliche Volkspartei, die Vorgängerin der Demokratischen Partei, im Reichstage getrieben haben und die vor allen Dingen durch die Hauptorgane dieser Partei, die Frankfurter Zeitung und das Berliner Tageblatt, während des Krieges stets verteidigt worden ist. Diese Politik hat es verschuldet, daß Deutschland jetzt hilflos dem Feinde gegenüber steht, sie trägt die Schuld für die gegenwärtige Lage.

Weiter muß ich darauf hinweisen, daß wir auf der rechten Seite dieses Hauses stets der Ansicht gewesen sind, daß die Verständigungspolitik, wie sie von jenen Parteien und ihren Zeitungen getrieben wurde, ein großer Fehler war. Es konnte keine Rede von Verständigung sein in der Lage, in der wir uns befanden. Es war ausgeschlossen, daß die Engländer und die Franzosen, die bewußt und gewollt diesen Krieg herbeigeführt haben, sich jemals mit uns verständigt hätten, wie Herr Miller und Herr Henke glauben. Ich will im übrigen nicht gegen die Herren polemisieren. Bei dem Unfehlbarkeitsbewußtsein des Herrn Henke, und darin wenigstens scheint Herr Miller sein gelehriger Schüler zu sein, hätte das ja keinen Zweck. Nur eine Behauptung möchte ich doch ausdrücklich zurückweisen. Herr Miller hat gesagt, dem deutschen Volke sei etwas vorgegeschwindelt worden im Jahre 1914, als man ihm gesagt habe, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führe. (Sehr richtig! Zurufe von Miller!) Lassen Sie mich doch ausreden. Wir haben Sie doch auch ruhig angehört. (Lärm links.) Ich muß Sie wirklich bitten, uns doch auch reden zu lassen: bisher haben wir doch so wenig geredet, im Gegensatz zu Ihnen! Also, Herr Miller hat gesagt, dem deutschen Volke sei vorgegeschwindelt worden, daß es einen Verteidigungskrieg führe und Herr Henke hat ungefähr dasselbe gesagt, sich nur wenig anders ausgedrückt, als er sagte, wir trügen doch die Hauptschuld am Kriege. Ja, meine Damen und Herren, wer die politische

Entwicklung in Europa in den letzten 30 Jahren aufmerksam verfolgt hat und dann noch behauptet, daß Deutschland diesen Krieg herbeigeführt habe, mit dem ist über diese Dinge überhaupt nicht zu reden. Wer die englische Politik der letzten 300 Jahre überblickt und sieht, wie England stets den gefährlichsten Nebenbuhler niedergeschlagen hat, der weiß, daß dieser Krieg von England planmäßig herbeigeführt worden ist, so gut es auch seine Diplomatie stets verstanden hat, andern die Schuld zuzuschreiben. England trägt daher auch die Hauptschuld an diesem Kriege.

Nur noch eine Behauptung möchte ich richtigstellen. Herr Henke hat über unsere Kolonien gesprochen, und er hat gemeint, daß die Bremer Kaufleute in Bezug auf die Erschließung der Kolonien sehr wenig getan hätten. Herr Henke hat sich zur Begründung seiner Behauptungen auf einen Artikel eines Herrn Dr. Gehrke, wenn ich ihn recht verstanden habe, berufen. Ja, wenn Herr Henke etwas liest, was ihm in den Kram paßt, dann trägt er es uns hier mit unfehlbarer Sicherheit vor, ohne zu prüfen, ob solche Behauptungen auch zutreffen. Meine Freunde wissen aber, daß die bremischen Kaufleute gerade in den letzten Jahren vor dem Kriege wertvolle neue Beziehungen zu den Kolonien angeknüpft und bestehende Beziehungen weiter ausgebaut haben, und daß der Handel Bremens mit unseren Kolonien sich durchaus in aufsteigender Linie bewegte.

Diese beiden Feststellungen waren nötig. Im übrigen will ich mich an der Diskussion nicht weiter beteiligen. Ich überlasse Herrn Runoth auf die gegen ihn gerichteten Angriffe zu antworten und will nur nochmals erklären, daß wir seinem Antrage zustimmen werden.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Zum Wort angeschrieben sind noch Fauth, Schönfeld, Eigen, Dopler, Tiedermann und Achelis.

Der Schlußantrag wird genügend unterstützt.

Zum Schluß meldet sich niemand zum Wort.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Runoth (D.) (Schlußwort). Herr Präsident! Geehrte Damen und Herren! Herr Henke hat am Schluß seiner Ausführungen gesagt, wir führten eine Komödie auf. (Sehr richtig! links.) Ich danke Ihnen. Ich kann aber den Spieß umdrehen und sagen: die Komödie wird von der radikalen Seite aufgeführt. Ihnen ist der Antrag unangenehm, darum ziehen Sie dagegen Gründe bei den Haaren herbei, Gründe, die nicht stichhaltig sind.

Herr Miller hat einleitend gesagt, es wäre ein Winseln, das durch meinen Antrag und durch meine Worte gehe. Nein, meine Damen und Herren, das ist kein Winseln, sondern ein Protest, die Forderung,

daß die Voraussetzungen erfüllt werden, unter denen das deutsche Volk, nachdem es heldenmütig in den Kampf gegangen und ihn durchgeführt hat, den Waffenstillstand abgeschlossen hat. Ist es so oder nicht? Ja. Es ist eine Verdrehung der Sache, was mir da gesagt ist. Herr Miller hat mir zum Vorwurf gemacht, was ich früher geschrieben habe, und er hat gemeint, meine Enkel würden einst schamrot werden, wenn sie das läsen. Nein, Herr Miller, was ich geschrieben habe und was ich schreibe, das lassen Sie meine Sorge sein, und ich hoffe, meine Enkel werden noch einmal stolz darauf sein, daß ich so etwas geschrieben habe, daß ich das deutsche Volk in schwerer Zeit zum Durchhalten aufgefordert habe. Das deutsche Volk mußte durchhalten und alles daran setzen. Denn wenn wir nicht durchgehalten hätten, wenn wir schwach geworden wären, so wäre der Feind in unser Land eingedrungen und hätte alles verwüstet. (Sehr richtig!) Mit Hilfe unserer tapferen Truppen ist es gelungen, zu verhüten, daß der Feind über die Grenzen gekommen ist. Vom Vaterland habe ich geschrieben (Zuruf von links.) Lassen Sie mich ausreden. Was ich geschrieben habe, meine Damen und Herren, dem haben Tausende von Arbeitern begeistert zugestimmt. Ich weiß ja, wenn man vom Rathause kommt, ist man klüger, und da können Sie auf der Linken leicht Angriffe machen. Aber Sie werden zugeben, daß ich aus bester Ueberzeugung geschrieben habe, und ich habe es getan als Deutscher für das deutsche Vaterland. (Zuruf: Um mehr Abonnenten zu bekommen!) Herr Miller fragt, was ich getan hätte, wenn wir gesiegt hätten. Ich will den Herren antworten. Ich habe ja eine Rede gehalten am 1. Mai vorigen Jahres in der Bürgerschaft, die klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hat, was unsere Forderungen sein sollten. Ich meine, die Berechtigung dieser Forderungen müßten auch die Herren Miller und Henke anerkennen. Ich habe, wie Herr Henke genau weiß, zur Vaterlandspartei nicht gehört, so daß ich ganz frei und unabhängig geblieben bin, und ich habe in dieser Rede mich ausdrücklich für die Friedensrevolution von 1917 eingesetzt, indem ich alle ihre Vorzüge aufgezählt habe. Das wissen Sie genau, und Sie suchen mir jetzt Meinungen und Worte unterzuschreiben, die ich nie gebraucht habe. Meine Damen und Herren! Herr Miller meint, ich dürfte mich nicht an die Volksmassen wenden und einen Gerechtigkeitsfrieden könne nur das Proletariat erzielen. Ich darf mich wohl an die Volksmassen wenden und gerade an die der Entente, denn diese wollen nicht, daß die Feindschaft fortgeführt werde. Gerade die Volksmassen, die aufgeklärt sind, aber auch die Kommunisten und die U. S. müssen einen Gerechtigkeitsfrieden wollen. Herr Miller meint, die Kriege müßten unmöglich gemacht werden. Aber sie können nicht unmöglich gemacht werden, wenn ein Gewaltfrieden geschlossen wird, und die Herren von der äußersten Linken wissen das genau, sie reden nur über alles

hinweg, um ihre Angriffe auf die Parteien der Rechten anbringen zu können. (Sehr richtig!) Herr Miller sagt, und darin bin ich mit ihm einig — es ist wohl der einzige Punkt, in dem wir mit ihm einig sind — er sagt, wir müssen verhindern, daß wieder das Völkermorden kommt. Das wollen wir verhindern, und deshalb wollen wir Proteste einlegen, es soll nur ein Gerechtigkeitsfrieden kommen. (Zuruf Eigen: Und da reden Sie von Erbfeinden?) Meine Damen und Herren! Herr Miller nimmt den Antrag nicht an. Wir werden später noch oft Gelegenheit haben, wenn er wieder mit solchen Angriffen kommt, mit ihm abzurechnen und den Arbeitern zu zeigen, wie Sie (zur äußersten Linken gewendet) gegen die Interessen der Arbeiter handeln. (Zustimmung.) Aus der Rede Millers und Henkes geht nichts anderes hervor, als daß das deutsche Volk sich hinlegen soll, um getreten zu werden. Meine Damen und Herren! Die radikalen Redner sprachen gegen den Kapitalismus. (Zurufe.) Zunächst das eine, ich bin kein Kapitalist, Herr Henke weiß das genau. (Zuruf: Aber Kapitalsknecht!) Ich bin auch kein Beauftragter des Kapitals. Was ist überhaupt Kapitalismus? Die Herren von der Linken vergessen, daß wir in Bremen kapitalistische Unternehmungen nötig haben, wenn wir Bremen wieder zum Aufblühen bringen wollen. Es ist eine verkehrte Arbeiterpolitik, die die Herren betreiben. (Sehr richtig.)

Präsident: Herr Runoth, Sie gehen in Ihren Ausführungen zu weit. Sie wollten in Ihrem Schlufantrag zum Antrage sprechen.

Runoth, fortsetzend: Ich darf wohl darauf aufmerksam machen, daß die Herren Henke und Miller auf den Kapitalismus öfter eingegangen sind. Bremen wird ein Dorf werden, auf dessen Gassen das Unkraut wachsen wird, wenn wir keine Kapitalisten mehr haben, die die Waren heranholen. Es ist doch klar, daß Bremen nicht leben kann, wenn es nicht Waren von draußen hereinbekommt, die uns die Kaufleute, die Pioniere des Handels, holen müssen. Gerade in Bremen haben wir sie nötig. Wenn die Kapitalisten zuviel verdienen, sollen Sie mehr Steuern zahlen. Mit dem, was Herr Henke sagte, verderben Sie auf der äußersten Linken den Arbeitern alles und nehmen ihnen den Verdienst. (Sehr richtig!) Herr Henke hat von den Kolonien gesprochen. Die Entente will uns die Rohmaterialien nicht in dem Maße zuführen, wie wir sie brauchen. Da sind uns die Kolonien erst recht notwendig, und es wäre ein furchtbarer Schlag für die Hansestädte, wenn uns die Kolonien genommen werden würden. Die Entente hält sie für sehr wertvoll. Wenn man sie uns nimmt, ist es ein Raub am deutschen Volke. (Sehr richtig!) Herr Henke hat weiter gesagt, man dürfe nicht von einem Gerechtigkeitsfrieden reden. Was ich in dem Antrage ausgeführt habe, ist das, was der Gerechtigkeitsfriede bedeutet. Es sind die Voraussetzungen, unter denen wir den Waffenstillstand abgeschlossen haben. Die beiden Redner

von der äußersten Linken haben indirekt zugunsten der Feinde gesprochen. Das wollen wir nicht. Ich teile mit Herrn Dr. Diez die Ansicht, wir wollen uns nicht vergewaltigen lassen, wir protestieren und wollen mit diesem Antrage demonstrieren. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Stimmen Sie im Interesse Bremens und des ganzen deutschen Vaterlandes diesem Antrage zu. (Lebhafte Bravo.)

Zur Geschäftsordnung

Eigen: Ich habe mich zum Worte gemeldet, um vor der Abstimmung zu protestieren, daß eine Minderheit vergewaltigt wird, um nicht mit verantwortlich gemacht zu werden, daß so ein bürgerlicher Schmot. (Unruhe) die Resolution der Bürgerlichen begründet.

Präsident: Zu solchen Ausführungen kann ich Ihnen zur Geschäftsordnung das Wort nicht erlauben. (Eigen redet weiter, während der Präsident spricht.)

Präsident (Mit erhobener Stimme): Ich kann Ihnen das Wort nicht geben. (Eigen redet weiter.)

Präsident: Ich bitte diejenigen, die für den Antrag Runoth sind, sich zu erheben. (Geschlecht.)

Der Antrag wird gegen die Stimmen der U. S. und Kommunisten angenommen.

Eigen spricht weiter. Schlußrufe von allen Seiten.

Präsident: Herr Eigen hat eben den Ausdruck gebraucht „bürgerlicher Schmot“. Herr Runoth meint, er müsse das so auffassen, als ob er damit getroffen werden sollte. Ich habe nicht das Gefühl, als ob Herr Runoth damit getroffen ist. (Widerspruch.) Wenn Sie aber dieser Meinung sind, dann rufe ich Herrn Eigen zur Ordnung.

Die Kommunisten verlassen den Saal.

Nr. XIV der Tagesordnung:

Antrag auf Errichtung von Fortbildungskursen für die weiblichen Arbeitslosen.

Die vorläufige Regierung wird ersucht, die Kriegsdeputation zu beauftragen, einen schleunigen Bericht vorzulegen des Inhalts, analog der schon getroffenen Einrichtungen für männliche Arbeitslose auch für die weiblichen Arbeitslosen Fortbildungskurse einzurichten.

Sie sollen, soweit der Materialmangel es zuläßt, Koch- und Nähunterricht, Gesundheits- und Säuglingspflege, sowie Turn- und Spielunterricht umfassen. Wenn möglich, ist auch fachgewerbliche Weiterbildung zu gewähren.

Frau Bardenheuer (M.-S.): Sehr geehrte Herren und Damen! Der Antrag ist dadurch, daß er öfter auf der Tagesordnung gestanden hat, aber

nicht zur Verhandlung gekommen ist, etwas alt und gebrechlich geworden. Und wenn er heute gestellt würde, würde er eine etwas andere Form bekommen haben. Um ihn heute zur Verhandlung zu bringen, möchten wir ihn in dieser Form behandelt wissen. Der Antrag fordert von der Kriegsdeputation einen Bericht über die Mittel und Wege, die es ermöglichen, auch für die weiblichen Erwerbslosen Fortbildungskurse zu schaffen. Und Absatz 2 führt aus, wie diese Fortbildungskurse beschaffen sein sollen. Die Fortbildung soll erstrebt werden einmal für den eigenen Bedarf in den speziell weiblichen Arbeiten der Hausfrau. Weiter soll das, was die Gesundheit fördern kann, in der Form des Gesundheitsunterrichtes und des Turnens und der Turnspiele in den Lehrplan aufgenommen werden, und wenn es möglich ist, soll Fachunterricht gewährt werden. Der bisher in der Volksschule gegebene Hauswirtschaftsunterricht ist in den letzten Jahren eingeschränkt worden oder ganz ausgefallen wegen Mangel an Material: die jetzigen 15/16 jährigen jungen Mädchen haben diesen Unterricht überhaupt nicht gewossen. Für diese jungen Mädchen, soweit sie erwerbslos sind, könnte die Zeit des Wartens auf Anstellung im Erwerb nicht besser angewendet werden, als damit das Versäumte jetzt nachzuholen. Für diejenigen, die diese Kurse schon einmal besucht haben, wäre es erriprißlich, sie durch Wiederholung zu vertiefen.

Die Knappheit und Kostspieligkeit der Kleidung erfordert unbedingt den Unterricht im Stopfen und Nähen. Sollte es möglich sein, eine Ausbildung oder eine Anleitung im Schneidern zu geben, so wären die jungen Mädchen gewiß dankbar dafür, wenn sie auf diese Weise lernen könnten, sich selbst eine Bluse und ein Kleid zu nähen, sodaß sie nicht gezwungen sind, sich die teure Konfektion zu kaufen. Die große Bedeutung, die jetzt im Augenblicke daran liegt, unsere Frauen zur Hauswirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu erziehen, muß es ermöglichen, daß die technischen Schwierigkeiten, die der Ausführung dieser Kurse entgegen stehen, und die ich wohl anerkenne, überwunden werden.

Was nun die Forderung nach Unterricht in der Gesundheitslehre anbetrifft, sowie die Anleitung zum Turnen und zu Turnspielen, so meine ich, daß damit, wenn auch nur im geringem Maße, ein kleines Gegengewicht geschaffen wird gegen die ungeheure innere Zersetzung der Volksgesundheit, die der Krieg gebracht hat. Besonders das Turnen halte ich für diejenigen jungen Mädchen, die während des Krieges Anforderungen an ihren Körper haben stellen müssen in der Kriegsarbeit, die eigentlich das Maß dessen, was man von einem weiblichen Körper fordern darf, bei weitem übertreffen, für besonders erriprißlich. Außerdem erhoffe ich von dieser körperlichen Beschäftigung der jungen Mädchen einen Abzug von den jetzt geradezu im schlimmen Maße auftretenden Tanzvergünstungen, und ich glaube, wenn ein Mädchen sich müde geturnt

hat, es wohl nicht so große Lust haben wird, sich auf dem Tanzboden Körper und Seele verderben zu lassen. Der Antrag fordert auch Unterricht in der Säuglingspflege. Ich habe mit Herrn Prof. Tjaden gesprochen, und er sagte mir, daß des wechselnden Besuches wegen schlecht in dieser Richtung etwas zu machen sei, daß er aber die Sache im Auge behalten werde, und wenn sich genug Interessenten dafür fänden, würde er solche Kurse einrichten. Ich gebe zu, daß gerade auf diesem Gebiete Liebe und Lust zur Sache erforderlich sind; ich möchte bitten, diesen Punkt zu streichen aus dem Antrage, wenn ich nur die Gewißheit habe, daß falls geeignete Schülerinnen sich finden, auch diese Sache aufgenommen wird.

Mit diesen Fortbildungskursen möchte ich die Wartezeit der Erwerbslosen ausgefüllt wissen, zum Nutzen für diese jungen Mädchen selber und für die Allgemeinheit. Weiter müßten fachgewerbliche Kurse eingerichtet werden, soweit sie heute eingerichtet werden können. Ich möchte aber damit die Forderung verbinden, daß diese fachgewerblichen Kurse erstklassig geleitet werden und wirklich erstklassiger Unterricht gegeben wird. Ist das nicht möglich, dann lieber gar nichts einrichten. Dilettanten und halbausgebildete weibliche Kräfte können wir nicht gebrauchen. Sie drücken den Lohn und stehen der alten Forderung der Frauenbewegung und der Sozialdemokratie, gleichen Lohn für gleiche Leistung, hemmend im Wege. Wenn die Kurse, die der Frauenerwerbsverein im Augenblicke mit Hilfe des Fürsorgeausschusses für die Erwerbslosen eingerichtet hat, diesen hohen Forderungen entsprechen, die wir an eine solche Stelle stellen müssen, dann können sie als grundlegend angesehen werden für den weiteren Ausbau.

Fachkurse sind augenblicklich eingerichtet für Frisieren, Glanzplätten und Weißnähen. Auch für erwerbslose weibliche Handelsangestellte müßten Fortbildungskurse geschaffen werden. Wenn es nicht möglich ist, für diese besondere Kurse einzurichten, wenn für den Unterricht keine Räume zur Verfügung stehen, so sehe ich nicht ein, warum die erwerbslosen weiblichen Handelsangestellten nicht teilnehmen könnten an dem Fortbildungsunterricht für männliche Handelsangestellte, mit denen sie doch auch im Beruf in denselben Räumen zusammen arbeiten. Ich sehe keinen Grund, weshalb das nicht geschehen sollte. Die von leitender Stelle dagegen angeführten Gründe sind nicht stichhaltig. Mit Einwänden wie: „Da wird kotettiert“ oder „die jungen Mädchen sollen ja heiraten“ lassen wir uns jetzt nicht mehr abspeisen. Die Zeiten sind vorbei. Seit Dezember und Januar sind die Mädchen heraus aus ihrem Beruf. Sie haben ihre im Kriege errungene günstige Position, aufgebaut allerdings auf der Not ihrer männlichen Berufsgenossen, räumen müssen. Ich meine das Opfer ist groß genug, man soll sie nicht immer weiter zurückdrängen.

Präsident: Herr Sommer hat das Wort.

Frau Vardenheuer: Ich bin noch nicht fertig! (Präsident: O, ich bitte um Entschuldigung.) Bei der Einrichtung solcher Kurse müßte die Frage des Schulzwangs ins Auge gefaßt werden. Vielleicht wäre er zu beschränken auf die jugendlichen Erwerbslosen bis zu einem Alter von 20 Jahren. Durch die Verbindung von Schulbesuch und Kontrolle könnte eine Dezentralisation und damit eine Erleichterung der Kontrolle herbeigeführt werden. Die betreffende Lehrerin oder Leiterin könnte die Erwerbslosenarten abtempeln. Auch ließe sich durch Aushang der offenen Stellen die Stellenvermittlung erleichtern, da die Lehrerin ihre Schülerinnen besser kennen kann als eine fremde Schalterbeamtin. Ein Besuch der Fachkurse würde natürlich von dem Besuch der allgemeinen hauswirtschaftlichen Schule dispensieren. Zu wünschen wäre, daß die Kriegsdeputation bei Fertigstellung der Pläne durch fachverständige Frauen ergänzt wird. Ich empfehle Ihnen die Annahme des Antrages. (Lebhafter Beifall.)

Sommer (U. S.): Meine Damen und Herren! Meine Freunde werden den Antrag annehmen. Auch wir sind der Ansicht, daß für die weiblichen Arbeitslosen mehr getan werden muß als bisher. In Bremen sind augenblicklich 2400 weibliche Arbeitslose, und ihre Zahl nimmt noch ständig zu, weil wenig offene Stellen für die weiblichen Angestellten vorhanden sind. Die weiblichen Angestellten wechseln oft ihre Stellung. Die Arbeitslosenfrage ist zum Teil eine Lohnfrage. Es liegt nicht allein in der Vorbildung. Es wird nichts helfen, wir werden die Arbeitslosen nicht dazu bringen können, daß sie an den Kursen regelmäßig teilnehmen. Ein Teil der Erwerbslosen wird dauernd in einem Beruf nur zu erhalten sein, wenn sie anständig entlohnt werden: Es handelt sich in der Hauptsache nicht darum, Kurse einzurichten, sondern darum, die ausgebildeten Mädchen zu anständigen Lohnbedingungen unterzubringen. Die jungen Mädchen wollen Stellen als Friseurinnen, Schneiderinnen, auch in der Hauswirtschaft im allgemeinen nicht annehmen, weil sie da keine Existenzmöglichkeit haben. Auf diesem Gebiet muß etwas getan werden. Der Demobilisierungsausschuß hat auch schon mit verschiedenen Herren die Frage besprochen, ob für weibliche Angestellten Mittel für Kurse zur Verfügung gestellt werden könnten. Es bestehen aber in der Frage noch Differenzen. Es wird vielfach die Ansicht vertreten, daß das weibliche Personal mehr und mehr aus den kaufmännischen Geschäften auszuschließen sei, um den Männern, die aus dem Felde zurückgekommen sind, Platz zu machen. Das hat eine gewisse Berechtigung. Die Tendenz darf aber nicht soweit gehen, daß die weiblichen Elemente brotlos gemacht werden. Die Frauen sind gleichberechtigte Mitglieder in der Bürgerschaft und haben Ansprüche auf alle Möglichkeiten, die es gibt. Das muß auch für die Bureautätigkeit gelten, darum bin ich der Auffassung, daß gerade für diese Kreise in der Ausbildung etwas geschehen muß. Ich

hoffe, daß in der Kriegsdeputation in dieser Hinsicht alsbald etwas geschieht. Wie gesagt kommt dabei die Ausbildung und die Lohnfrage in Betracht. Es muß den Mädchen die Möglichkeit gegeben werden, daß sie, wenn sie etwas gelernt haben, auch angestellt werden zu einem Lohn, von dem sie existieren können. Wenn nicht auch dafür gesorgt wird, dann ist alle Mühe und Arbeit von vornherein nur Sisyphusarbeit. Der Lohn muß den Zeitverhältnissen angepaßt werden. Nur auf diese Weise können wir die Ueberleitung in einen geordneten Friedenszustand ausführen und die weiblichen Arbeiter, von denen jetzt in Bremen über 2000 erwerbslos sind, zu nützlichen Mitgliedern unserer Bürgerschaft machen.

Frau Heineken (D.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich kann mich kurz fassen, da ich den Ausführungen von Frau Vardenheuer und Herrn Sommer im allgemeinen durchaus zustimme. Kurse in dem Sinne, wie der Antrag es wünscht, bestehen schon. Sie sind auf Anregung des Ausschusses für Erwerbslosenfürsorge und der Zentrale für den Arbeitsnachweis vom Demobilisierungsausschuß durch den Frauen-Erwerbs- und Ausbildungsverein eingerichtet worden. Es kam damit ein Plan zur Ausführung, der einem lebhaften Wunsche in den Kreisen unseres Vereins entsprach. Zwei Kurse in Hauswirtschaft, drei im Schneidern, einer im Weißnähen, drei im Frisieren und Ondulieren, zwei in Glanzplätten sind eingerichtet worden. Ein Putzkursus ist in Aussicht genommen, er wird in der nächsten Woche beginnen. Der Kochkursus dauert 6 Wochen. Es wird dreimal in der Woche 4 Stunden Unterricht im Kochen erteilt. Die Schülerinnen werden außerdem im Waschen und Plätten, im Nähen und Flickern und anderen hauswirtschaftlichen Arbeiten unterwiesen. In den Kursen in Weißnähen und Schneidern liegen die Dinge so, daß die Schülerinnen das Material selbst mitbringen, bis auf das Garn, das ihnen geliefert wird. Eine sehr starke Nachfrage zeigte sich für den Friseur- und Ondulierungskursus. Die Einrichtungen sind geschaffen worden, um möglichst schnell der geistigen und wirtschaftlichen Not und der sittlichen Gefahr, in der sich ohne Zweifel ein nicht geringer Teil der weiblichen Erwerbslosen befindet, abzuwehren, soweit es möglich ist. Weder nach Absicht noch nach Einrichtung konnte es sich aus diesem Grunde um eine längere „Zeit in Anspruch nehmende“ fachgewerbliche Ausbildung handeln, sondern entweder nur um eine Vorbereitung dafür, oder zweitens um die Ausbildung für eine besondere Fertigkeit zu Erwerbszwecken, oder aber um Weiterbildung und Auffrischung früher befehrter Fähigkeiten und Kenntnisse. So bedeuten z. B. die hauswirtschaftlichen Kurse für die vielen weiblichen Erwerbslosen, die früher auf hauswirtschaftlichem Gebiete tätig gewesen sind und sich dann einer anderen Arbeit zugewandt haben, eine große und glückliche Erleichterung für die schwere Zeit des Uebergangs.

Es besteht die Möglichkeit und bei all denen, die an der Einrichtung und Durchführung dieser Kurse arbeiten, der Wunsch und die Absicht, diese Einrichtungen in dem Sinne weiter auszugestalten, wie der Antrag sagt. Verschiedene Beratungen haben schon stattgefunden, und eine Erweiterung steht bevor. Nicht gesorgt ist bis jetzt für eine große Gruppe der weiblichen Arbeitslosen, für die kaufmännischen Angestellten. Selbstverständlich ist dabei nicht an solche zu denken, die ihre Arbeit aufgegeben, sich auf einer Presse sehr kurze Zeit oder garnicht vorbereitet haben und dann am Kontor geholfen haben. Diese zum Teil noch sehr jungen Mädchen sollen möglichst ihre frühere Arbeit wieder aufnehmen oder auf einen andern Beruf sich vorbereiten. Wenn wir Fortbildungskurse für die erwerbslosen weiblichen kaufmännischen Angestellten fordern, so denken wir an solche, die nach gründlicher Ausbildung sich diesen Beruf als Lebenserwerb gewählt haben. Die geistige und wirtschaftliche Not dieser stellenlosen weiblichen kaufmännischen Angestellten ist ebenso groß wie die ihrer männlichen Kollegen. Hier muß geholfen werden, entweder durch Öffnung der für die männlichen kaufmännischen Angestellten bestimmten Kurse oder durch Einrichtung gleicher Kurse für sie. Wenn gesagt wird, die Frauen können eher etwas anderes werden als die Männer, so ist das nicht richtig. Jeder, der häufig in die Lage kommt, eine Antwort geben zu sollen auf die Frage: Was lasse ich meine Tochter werden, damit sie später auf eigenen Füßen stehen kann? weiß, wie schwer da augenblicklich zu raten ist. Spiel- und Turnkurse fehlen auch. Diese Erweiterung kann aber wie manche andere sehr wünschenswert geschaffen werden; sie sind zum Teil schon geplant. Kurse in Gesundheitslehre, häuslicher Krankenpflege einschl. Säuglingspflege standen gleich anfangs auf unserem Programm, sie haben aber bis jetzt sehr wenig Anklang gefunden. Es wäre von großem Werte, wenn für die Schülerinnen der Zwang eingeführt würde, diese Kurse zu besuchen. Aus unserer Erfahrung in der Arbeit heraus wünschen wir die Einführung der Verpflichtung für den Besuch der Fortbildungskurse im allgemeinen. Wirklicher Nutzen ist nur bei regelmäßigem Besuch zu erreichen, und nur bei Einführung des Zwanges hat man die Gewähr, daß auch die arbeitsunlustigen Elemente erfaßt werden können. In anderen Städten ist man zu demselben Ergebnis gekommen, z. B. in Karlsruhe, München, Kassel, Bielefeld, Hanau, und hat mit der Einführung des Zwanges durchaus gute Resultate erzielt.

Aus meinen Ausführungen werden Sie ersehen haben, daß im Sinne des Antrages gearbeitet und eine Durchführung der Aufgabe im Sinne des Antrags beabsichtigt und in die Wege geleitet worden ist. Wenn es so ist, so schlage ich vor, aus diesem Grunde auf einen Extrabericht zu verzichten, zumal jede Kraft- und Zeiterparnis zu gunsten des Notwendigsten im Augenblick zu begrüßen ist. (Bravo!)

Frau Plate (L.B.): Herr Präsident! Geehrte Herren und Damen! Im Namen des Landes-Vereins möchte ich folgendes erklären: Der Landes-Verein begrüßt die vorgeschlagenen Kurse freudig als eine wirtschaftliche und zugleich sittliche Notwendigkeit, besonders im Hinblick darauf, daß einerseits sehr viele tüchtige junge Mädchen, die jetzt nicht Gelegenheit haben, ihre Arbeitskraft anzubringen, dann für ihre Ausbildung sorgen können, und da andererseits gerade die jetzige Art der Arbeitslosenfürsorge unter den weiblichen Arbeitslosen Zustände geschaffen hat, die ein Hohn auf Eberts Worte sind, daß Arbeit die Religion des Sozialismus ist. Wir begrüßen es, daß diejenigen Einrichtungen, die bis jetzt in mustergiltiger Weise bereits im Frauen-Erwerbsverein geschaffen sind, auf breiter staatlicher Unterlage weiter ausgebaut werden sollen, und zwar unter Zugrundlegung folgender Gesichtspunkte: Verbindlich für alle Teilnehmerinnen muß ein Kursus sein zur Ausbildung in einem Berufe, der heute mehr als je schwer ist, in dem Berufe der Hausfrau und Mutter, der gerade heute in unserer Zeit der unbegrenzten Unmöglichkeiten mehr Umsicht und Durchbildung erfordert als je vorher. Für die Ausbildung in diesem Berufe erscheint es ganz besonders notwendig, daß neben den Kursen, die bisher bestanden haben, auch der Kursus als obligatorisch eingeführt wird, bei dem Frau Heiniken allerdings konstatieren mußte, daß bisher keine Nachfrage danach war. Daneben ein Kursus in Nahrungsmittelkunde und hauswirtschaftlichem Rechnen. Als zweite Gruppe halten wir für besonders wünschenswert diejenigen Kurse, die der Umschulung dienen. Der Krieg hat eine ganze Reihe von Frauen in Berufe gebracht, die entweder, wie die Herstellung von Munition, völlig fortgefallen sind, oder in dem die Frau, ohne dafür geeignet zu sein, nur notgedrungen für den Mann einsprang, und diese Frauen müssen jetzt durch gründliche Fachausbildung für solche Berufe geschult werden, die der weiblichen Eigenart zusagen und Aussicht bieten, ihnen Stellung zu verschaffen. Bei diesen Umschulungskursen haben wir dieselben Bedenken, wie Frau Heiniken, gegen den massenhaften Zustrom von Halbausgebildeten zu dem so beliebten kaufmännischen Berufe. Es ist unbedingt erforderlich, daß zu den weiteren Ausbildungskursen im kaufmännischen Berufe für weibliche Arbeitslose allein oder für sie gemeinschaftlich mit den Männern Kurse veranstaltet werden, und daß unbedingt nur solche Teilnehmerinnen zugelassen werden, die entweder längere Zeit vor dem Kriege in einem derartigen Berufe tätig waren, oder eine regelrechte dreijährige Lehrzeit durchgemacht oder sonst eine gründliche Fachbildung genossen haben, aber nicht die vielen, die heute mit einer Ausbildung von nur wenigen Wochen in einen Beruf hineingezwungen worden sind. Es ist durchaus keine Härte, wenn man diese jungen Mädchen aus diesem Berufe fernhält, denn an der Produktion eines kaufmännischen Proletariats hat weder die Allgemein-

heit, noch der Einzelne ein Interesse. Wenn im weiteren Verlaufe der Ausbildung zu diesen Kursen praktischer Arbeit noch Kurse hinzukommen, in denen für die geistige Vertiefung gesorgt wird, in der Weise, wie es der Bericht der Kriegsdeputation vorschlägt, durch Vorträge oder Vortragsreihen aus bestimmten Wissensgebieten, oder vielleicht durch Führungen durch Museen usw., wäre es außerordentlich zu begrüßen. Wir wünschen unter allen Umständen, daß das Alter für diese Kurse möglichst hoch hinauf gesetzt wird, auf 20 Jahre mindestens, lieber noch höher. Und dann unterstützen wir unbedingt den Vorschlag, daß diese Kurse Pflichtkurse sein müssen, d. h., daß diejenigen, die eine Teilnahme verweigern, die Unterstützung entzogen wird. Dann wird das junge Mädchen, das den Unterricht abweist, — genau so wie ein junges Mädchen, das eine angebotene Arbeit abweist — kein Anrecht auf Unterstützung haben. Wenn diese Kurse so gehandhabt werden, so hoffen wir, daß sie ein Volkserziehungsmittel ersten Ranges werden können, und wir erhoffen davon, was unserem Volke not tut, die Erstarkung des Willens zur Arbeit, und deshalb werden wir diese Kurse lebhaft unterstützen. (Bravo!)

Frau Thiele (D.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich möchte mir gestatten im Namen einer besonderen Gruppe, speziell der kaufmännischen weiblichen Angestellten, einige Worte zu dem gestellten Antrage zu sagen. Ich greife auf das von Frau Plate gesagte zurück. Frau Plate sagte, daß der Mangel an guten Arbeitskräften sehr zu Tage getreten sei und daß man nur solchen Angestellten eine bessere Ausbildung geben solle, die schon eine gründliche Fachbildung genossen hätten. Ich möchte die Sache genau umgekehrt darstellen, wie Frau Plate und tadeln, daß in Bremen bisher keine Fortbildungsschule für Frauen da war. Leider fehlte in Bremen, was von vielen Frauengruppen gefordert wurde, die allgemeine Fortbildungsschule. Heute haben wir es erlebt, daß aus Mangel an Fortbildungsgelegenheit sehr viele halbausgebildete Kräfte in die Berufe hineinströmen. Weil sie keine gute Ausbildung genossen haben, sollen sie jetzt noch aus den Berufen herausgedrängt werden, und man will ihnen noch die Fortbildungsmöglichkeit für Erwerbslose vorenthalten. Das ist ein Unrecht, das ich nicht durchgehen lassen kann. Ich möchte mir gestatten, zu dem Antrage Peine, einen Zusatzantrag einzubringen, dahingehend, daß für die kaufmännischen weiblichen Erwerbslosen, die bereits längere Zeit im Berufe sind, sofort und ohne weiteres auch die Kurse für die männlichen Angestellten geöffnet werden. Es war bisher keine Neigung dafür. Ich weiß, man hat sogar die Absicht, diese Kurse nicht einzurichten. Dagegen müssen wir uns verwahren. Die kaufmännischen Frauen haben doch auch im Kriege ihre Pflicht getan und die Plätze, die die Männer heute einnehmen, frei gehalten; es

würde mancher seinen Platz nicht wieder gefunden haben, wenn die Frauen nicht durch ihre Tüchtigkeit ihn offen gehalten hätten. Aus diesem Grunde darf man den Frauen die Erwerbslosenkurse nicht entziehen. Deshalb gestatte ich mir folgenden Zusatzantrag und bitte um dessen Annahme:

Da auch den weiblichen kaufmännischen Erwerbslosen, aus Gerechtigkeitsgründen, Gelegenheit zu ihrer fachlichen Weiterbildung gegeben werden muß, so ist zu beschließen, daß, falls die Einrichtung gesonderter kaufmännischer Kurse für die Frauen technische Schwierigkeiten bereiten sollte, die Kurse der männlichen Erwerbslosen auch für die Frauen geöffnet werden.

Präsident: Frau Thiele, das ist ein direkter Auftrag, während der Antrag Peine doch nur um einen Bericht gebeten hat. Sind Sie einverstanden, wenn wir Ihren Antrag entsprechend redigieren?

Frau Thiele: Ich möchte erreichen, daß etwas geschieht.

Präsident: Vorläufig aber müßte doch ein Bericht gefordert werden?

Frau Thiele: Wenn der Zweck dadurch erreicht wird, bin ich einverstanden.

Präsident: Wir könnten es auch so machen, daß wir in den letzten Satz des Antrage Peine hineinsetzen:

Wenn möglich, ist auch fachgewerbliche, insbesondere kaufmännische Weiterbildung zu gewähren.

Frau Thiele: Einverstanden.

Hagemeyer (L.-B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann für die Kriegsdeputation erklären, daß sie von jeher für alle Arten von Fortbildungskursen, für alt und jung, Interesse gehabt hat und sie in jeder Weise fördern will. Auch hat sie dem Demobilisierungsausschuß gern Mittel für diese Zwecke zur Verfügung gestellt. Ich erkläre auch, daß die Kriegsdeputation gern bereit sein wird, der Rationalversammlung einen Bericht zu erstatten.

Wenhold (D.): Es ist in der Debatte auch die Frage des Schulzwanges angeschnitten, zu der Stellung genommen werden muß. § 10 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge heißt:

Die Gemeinden oder Gemeindeverbände können die Erwerbslosenfürsorge von weiteren Voraussetzungen (Teilnahme an der Allgemeinbildung dienenden Veranstaltungen, fachlicher Ausbildung, Besuch von Werkstätten und Lehrkursen und dergleichen), insbesondere für Jugendliche abhängig machen.

Ich bitte darum, den Antrag der Frau Thiele anzunehmen, wonach alles für die weiblichen Handelsangestellten getan werden muß, was möglich ist, und

daß die Einbeziehung der weiblichen Handelsangestellten in die Fortbildungskurse der männlichen Angestellten zugelassen wird, wenn nicht besondere Kurse eingerichtet werden können.

Der Zusatzantrag Thiele wird angenommen.

Der so erweiterte Antrag Peine wird angenommen.

Nr. XV der Tagesordnung:

Antrag auf Einführung der Einheitschule.

Die Nationalversammlung beschließt, für das bremische Staatsgebiet die Einheitschule einzuführen. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Ausschuß von 13 Mitgliedern, den sie beauftragt, in Verbindung mit der Lehrerkammer einen entsprechenden Entwurf auszuarbeiten.

Lüdekking (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag betreffend die Errichtung von Fortbildungskursen für die weiblichen Erwerbslosen, mit dem wir uns soeben beschäftigt haben, ist ein kleines Stückchen aus der Einheitschule. Die Not hat uns veranlaßt, uns nach derartigen Maßnahmen umzusehen. In Zukunft soll aber grundsätzlich und planmäßig für alle, die irgend ein Bildungsbedürfnis haben, auch eine Bildungsgelegenheit vorhanden sein. Ich bitte, das Wort „Schule“ nicht in dem Sinne zu nehmen, wie es gewöhnlich verstanden wird. Das Lernen soll nicht mehr an irgend ein Lebensalter gebunden sein, sondern bis in das höchste Lebensalter hinaus soll jeder Gelegenheit haben, das zu lernen, wozu er Neigung oder Bedürfnis empfindet, und ebenso soll jeder, der etwas zu lehren weiß, befugt sein, das zu tun. Das würde der allerweiteste Begriff der Einheitschule sein, wie ich ihn eben mit einigen Worten skizziert habe. Bis dieses Ideal verwirklicht wird, wird natürlicherweise noch manches Jahr in den Schoß der Zeit hinabrinnen, und wie weit wir mit der Verwirklichung des mit dem Namen „Einheitschule“ bezeichneten Zieles gelangen werden, weiß niemand, und man kann, soweit Bremen dabei in Frage kommt, Zweifel hegen, ob wir auf diesem Gebiet große Fortschritte machen werden in dem neu zu errichtenden Staat, da wir in den letzten Wochen und Tagen gesehen haben, daß unsere Regierung verschiedene Maßnahmen getroffen hat, — ich erinnere besonders an die in der letzten Zeit getroffenen allerältesten Stiles — die es uns nicht möglich machen, zu dieser Regierung Vertrauen zu haben. (Sehr richtig! links.) Wir müssen der mehrheitssozialistischen Regierung das Vertrauen vorenthalten, da diese ihre Macht in dem neuen Staatsgebilde zu Ungunsten der Arbeiter mißbraucht hat. Man wird es mir daher nicht übelnehmen, wenn ich auch dieser Sache etwas recht skeptisch gegenüberstehe und mir nicht allzuviel von der Mithilfe der Regierung

verspreche. (Zuruf: Helfen Sie doch mit!) Ja, wir sind ja dabei, dieser Antrag beweist, daß wir helfen wollen! Vielleicht, daß auch dieser Schritt, den wir unternommen haben mit dem Antrage, der von uns ausgegangen ist, nur zeigen wird, was diese Nationalversammlung nicht bewilligen wird, möglich, daß der Ausgang der Sache ein anderer ist, aber so oder so wird es an unserm guten Willen in dieser Sache nicht fehlen.

Meine Damen und Herren! Die heutige Schule oder ich will sagen das ganze heutige Bildungswesen ist ein Abbild des kapitalistischen Klassenstaates. (Sehr richtig! links.) Wir wissen, daß die Kinder sich die Bildung nur erwerben können, die ihnen die Standeszugehörigkeit und die wirtschaftlich-ökonomischen Verhältnisse der Eltern zu gewähren vermögen. Etwaige Anlagen, Talente, etwaige Neigungen spielen dabei im großen und ganzen keinerlei Rolle. Auf der einen Seite sehen wir eine große Menge von Gaben und Talenten, nicht zur Ausbildung kommen. Die beste natürliche Begabung nützt manchem Kinde nichts. Das wissen namentlich wir Lehrer an den unentgeltlichen Volksschulen, daß fast jedes Jahr viele der brauchbarsten Kräfte daran scheitern, daß die Eltern nicht das nötige Geld haben, ihrem Kinde eine angemessene Ausbildung zu ermöglichen. Jungen z. B., die besonders geeignet wären, Lehrer zu werden, können selbst das nicht erreichen, nicht weil die Ausbildung zum Lehrer viel kostete, sondern weil die Jungen 6 Jahre lang unterhalten werden müssen. Auf der anderen Seite wird die große Menge derjenigen, die das Glück haben, begüterte Eltern zu besitzen, durch die höheren Schulen hindurchgepreßt. (Sehr richtig!) Wir wissen, wir Lehrer vor allen Dingen, daß zwar die höheren Schulen den übrigen Kreisen der Bevölkerung nicht verschlossen sind, aber daß die Mehrzahl derjenigen, die die höheren Schulen besuchen, ihrer Befähigung nach nicht dorthin gehören. (Prof. Dieß: Woher wissen Sie das?) Ich will bemerken, Herr Prof. Dieß, daß neulich einer ihrer Kollegen erklärt hat, — es mag das vielleicht übertrieben sein — daß 95% der Schüler der höheren Schulen nicht dorthin gehörten. (Hört! Hört!) Ich hatte keine Gelegenheit, dem Herrn, dessen Namen ich Ihnen, Herr Prof., privatim gern nennen werde, vor der Öffentlichkeit möchte ich es nicht (Prof. Dieß: Interessiert mich nicht!) — die betreffende Äußerung fiel nicht in einem Privatgespräch, sondern in einer Konferenz von Schulmännern — entgegenzutreten, sonst würde ich ihm gesagt haben: Wenn dies zutrifft, so liegt die Schuld nicht allein an dem Schülermaterial, sondern die Hauptschuld liegt an der Schule, wenn es Tatsache ist, daß 95% der Schüler nicht hineingehören. Also diese beiden Mängel, auf der einen Seite das Scheitern vieler Talente, die nicht an den Platz kommen, wohin sie gehören, und wo sie der Allgemeinheit die größten Dienste leisten würden, und andererseits dieses Hindurchpressen von nicht Befähigten aus den bevor-

zugten Schichten durch die höheren Schulen, charakterisiert so recht das heutige Schulwesen. Damit sollte endgültig Schluß gemacht werden. Nicht mehr soll in Zukunft die Bildung davon abhängig sein, ob jemand in einem reicheren oder ärmeren Hause geboren ist, sondern allein die natürliche Begabung, die natürliche Befähigung, die Anlage, die Reigung und der Wille, der Trieb zum Lernen sollen maßgebend sein.

Wenn wir das Schulwesen in Bremen im besonderen ansehen, so sehen wir, daß da die verschiedensten Schulen nebeneinander bestehen; wir haben Schulen jeder Art, sie alle stehen selbständig nebeneinander, aber von keiner führt der Weg nach der anderen hinüber. Wenn die Eltern eines Schülers wirtschaftlich gut gestellt sind, tritt der Schüler in eine höhere Schule ein und durchläuft die Schule bis zu den oberen Klassen, wenn er nicht in einer Klasse hängen bleibt, wenn er nicht abgehoben wird nach einer anderen höheren Schule oder nach einer Presse. Ein Schüler aber, der, weil seine Eltern nicht vermögend sind, in die Volksschule geschickt wird, bleibt in dieser Schule, wenn er auch noch so begabt ist, und nur wenige dieser Schüler haben die Gelegenheit, in eine höhere Schule zu kommen, wohin sie ihrer Befähigung nach gehören. Meine Damen und Herren! Das soll nun anders werden, insofern die Bildungsmöglichkeiten allen zugänglich gemacht werden sollen. Die Rationalversammlung in Weimar hat ein gewisses Gerippe für diese Einheitschule aufgestellt. Die neue Verfassung bestimmt darüber, daß die Schule zunächst eine unentgeltliche Grundschule umfassen soll, deren Besuch für alle verbindlich ist, und dann soll sich diese Grundschule teilen in Volksschule, Mittelschule und Hochschule. Das ist das mindeste, was jeder Einzelstaat in Bezug auf Schuleinrichtungen zu leisten hat, und darunter könnten wir in Bremen auch nicht bleiben. Wir müßten eine Grundschule einrichten, d. h. eine Schule, die für alle Kinder, einerlei welchen Standes die Eltern und welches ihre Vermögensverhältnisse sind, gleicherweise verpflichtend ist. Alle müssen hinein. Danach soll sie sich teilen. Was für einzelne Anstalten bleiben werden und müssen, das ist eine Frage, die in dem betreffenden Ausschuß gründlich geprüft werden muß, und darauf werden wahrscheinlich die nächsten Redner eingehen. Es bestehen darüber die verschiedenartigsten Ansichten. Wenn sich im großen und ganzen über das Grundsätzliche der Einheitschule der deutsche Lehrerverein mit seinen 120 000 Mitgliedern einig ist, über die Art des Ausbaues ist eine ganz verschiedene Auffassung noch vorhanden. Wieviel Jahre diese Grundschule umfassen soll, ob 3, 4, 5 oder 6 Jahre, wie sich das Schulwesen nachher teilen soll, ob vielleicht nach Durchlaufen dieser Grundschule, wie ich es für ausführbar halte, schon völlige Freiheit und Freiwilligkeit im Lernen eintreten kann, darüber gibt es hunderte verschiedene Meinungen, und es wird in dem betreffenden Ausschuß keine leichte Arbeit sein, zu einem einheitlichen Ergebnis zu kommen. Aber bei

einigem guten Willen und der Erkenntnis, daß es nicht anders geht, als daß man sich über diese Sache verträgt, — dekretieren kann sie ja niemand — muß es ja gelingen, daß auch für Bremen ein einheitliches Schulwesen geschaffen wird. Der Antrag verlangt, daß sich der betreffende Ausschuß mit der Lehrerkammer ins Einvernehmen setzen soll. Ich denke, über diese Forderung brauche ich kein Wort der Empfehlung zu verlieren. Ich hoffe, das findet Ihrer aller Zustimmung. Es handelt sich darum, den Rat der Sachverständigen in dieser Frage einzuholen. Ich will nur wünschen, daß die Lehrerkammer ihre Arbeiten in etwas schleunigerem Tempo erledigen möge, als es in der letzten Zeit geschehen ist. Sie würde vielleicht um einen Plan anzugehen sein, oder wie der Ausschuß die Verbindung herstellen will. Ich denke, daß wir über den Antrag selbst hier wahrscheinlich einer Meinung sein werden und ich mich auf weitere Einzelheiten nicht einzulassen brauche. Wenn gewünscht wird, kann das in der Aussprache noch geschehen. (Bravo!)

Sonnemann (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Tendenz des Antrages Lüdeling stimmen wir rückhaltlos zu. Unsere Bedenken richten sich nur gegen die Fassung, die Herr Lüdeling seinem Antrage gegeben hat. Wir stoßen uns vor allen Dingen an dem Ausdruck: „Einführen“. Und wenn ich bisher schon Bedenken gegen die Form dieses Antrages hatte, so sind diese Bedenken durch die Ausführungen des Herrn Lüdeling bedeutend verstärkt worden. Wenn die Verhältnisse so liegen, wie sie Lüdeling darstellt, das heißt, wenn die endgültige Durchführung der Einzelheiten solchen Schwierigkeiten begegnen wird, wie Herr Lüdeling richtig sagt, dann kann man umsoweniger dazu kommen, von der Rationalversammlung zu verlangen, sie soll die Einheitschule „einführen“. Die Einheitschule kann ebenso wenig eingeführt werden, wie man etwa den Sozialismus einführen kann. Man kann die Einheitschule nicht einführen, wie ein Lehrbuch oder die Sommerzeit. Die Einheitschule ist das Resultat einer Entwicklung und voraussichtlich einer sehr langen Entwicklung. (Sehr gut!) Ich wundere mich einigermaßen, muß ich in diesem Zusammenhange sagen, daß Herr Lüdeling seinem Antrage bei seiner eben geäußerten Ansicht diese Form gegeben hat, und ich wundere mich auch ein wenig, daß Herr Henke, der sonst auf entwicklungsgeschichtliche Voraussetzungen so entscheidenden Wert legt, diesen Antrag unbeanstandet passieren ließ. Nach unserer Auffassung kann die Einheitschule nur entstehen als das Resultat einer Entwicklung. Meine Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich meine Auffassung kurz begründe. Ich werde mich nicht, wie Herr Lüdeling, in Erörterungen von Einzelheiten einlassen. Das wissen wir alle, wenn 100 Schulmeister aufgefordert würden, einen klaren Begriff des Wortes Einheitschule zu geben, da würden wir 100 verschiedene Erklärungen

haben. (Hört! Hört! Zuruf: 200!) Das Thema ist allerdings ausgiebig erörtert worden seit Jahren, aber Klarheit über die Ausführung im einzelnen, über die praktische Ausgestaltung, ist keineswegs bis auf den heutigen Tag erzielt worden. Ich werde mich also ganz kurz beschränken auf die Darlegung unseres grundsätzlichen Standpunktes. Das Schulwesen eines Volkes und eines Landes ist nach unserer Auffassung das Spiegelbild der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse dieses Landes. Unser Schulwesen kann tatsächlich nichts anderes widerspiegeln als den kapitalistischen Geist unserer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse. Das kann nicht anders sein nach unserer Auffassung. Wie sehr das Schulwesen unserer Zeit allgemein dieses kapitalistische Prinzip widerspiegelt, erkennen wir aus der Scheidung in höhere Schulen und Volksschulen. Die Volksschule als die Schule der Besitzlosen, die höhere Schule als die der Besitzenden. Hier ist das Prinzip des Besitzes das leitende Prinzip, das ausschlaggebende Prinzip. Bei der Einheitschule, wie wir alle sie durchgeführt wünschen, fällt dieses Prinzip fort. Im Gegensatz dazu kommt das Prinzip der Befähigung zum Ausdruck. Lediglich das Prinzip der Befähigung soll ausschlaggebend sein für den Besuch der verschiedenen Unterrichtsanstalten. Wenn die Verhältnisse so sind, daß auf der Grundlage einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung gar kein anderes Schulwesen entstehen kann, als das kapitalistische Schulwesen, in dem das Prinzip des Besitzes ausschlaggebend ist, wie kann man, solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung besteht, verlangen, daß wir auf dieser Grundlage eine Einheitschule errichten sollen? (Widerspruch links.) Das heißt mit anderen Worten, bei dem Fortbestand gleicher Ursachen verlangt man eine verschiedene Wirkung. Gleiche Ursachen erzielen stets die gleiche Wirkung, und da ist zu folgern: auf der Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird die Einheitschule niemals entstehen können. Es ist also nicht möglich, von uns zu verlangen, daß wir sie „einführen“. Dieser Sachlage gegenüber, die auch von Ihnen, meine Damen und Herren, grundsätzlich nicht bestritten werden kann, dieser Sachlage gegenüber kann man eine doppelte Haltung einnehmen. Man kann entweder sagen. Nun gut, wenn die Einheitschule auf der bestehenden wirtschaftlichen Grundlage nicht in ihrer Reinheit durchgeführt werden kann, warten wir solange, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Gestalt angenommen haben, die die Einheitschule möglich machen. Das wäre der eine Weg. Den lehnen wir ab. Der zweite ist dieser: Man sagt sich, wenn ich das Ganze nicht gleich haben kann, begnüge ich mich mit einem Teile, das heißt, man stellt sich auf den Standpunkt, auf dem meine Partei, auch als wir noch eine Partei waren, stets gestanden hat, man stellt die grundsätzlichen Forderungen auf, die auch in dem Erfurter Programm zum Ausdruck gekommen sind, und weiß: die sind in

unserer Zeit nicht zu erreichen, und stellt daneben sogenannte Gegenwartsforderungen auf, von denen man überzeugt ist, daß sie sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchführen lassen. Diesen Weg halten wir für den richtigen. Diese Stelle wäre nun allerdings der geeignete Ort, der alten Regierung ein gerüttelt Maß von Vorwürfen zu machen, daß sie, was diese Teilforderungen anlangt, von denen wir überzeugt sind, daß sie sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchführen lassen, es nach jeder Richtung hin hat fehlen lassen. Dahin gehört z. B. eine Forderung, die jetzt in Hamburg ihrer Verwirklichung entgegen geführt werden soll, die Aufhebung des Schulgeldes. Es ist ein lächerlicher, ich möchte sagen, atavistischer Zustand, daß wir in Bremen noch entgeltliche und unentgeltliche Volksschulen nebeneinander haben; (Sehr richtig!) und es ist geradezu unwürdig, daß jahrzehntelang es möglich gewesen ist — wir haben jahrzehntelang dagegen Sturm gelaufen — daß in dieser Richtung hin auch nicht der kleinste Schritt vorwärts zu kommen war. Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, es mögen vielleicht einige unter Ihnen sein, die meine Ausführungen nur für Theorie halten. Indessen hat diese Sache auch eine praktische Seite. Wenn man heute von der Nationalversammlung, beziehungsweise von der Regierung verlangt, sie soll die Einheitschule einführen, wird man nachher leicht mit Vorwürfen kommen, wenn die Regierung eine Forderung nicht erfüllt, die sie nicht erfüllen kann. Und auf Grundlage dieser Auffassung sind wir der Meinung, daß wir dem Antrage in der vorliegenden Form nicht zustimmen können. (Heiterkeit links.) Ich begreife nicht, warum Sie darüber lachen können! (Zuruf: Beruht auf Gegenseitigkeit!) Ich bin sehr begierig, nachher Ihre Ausführungen zu hören. Ich habe mir erlaubt, einen Gegenantrag einzubringen, der unserer Auffassung besser Rechnung trägt als der Antrag Lüdeking. Der Antrag lautet:

Die verfassungsgebende Bremische Nationalversammlung beschließt, das bremische Schulwesen im Sinne der Einheitschule umzugestalten. Sie setzt einen 13gliedrigen Ausschuß ein, der in Verbindung mit der Regierung und der Lehrerkammer einen entsprechenden Entwurf ausarbeitet.

Zum ersten Teile meines Antrages brauche ich weiter nichts hinzuzufügen. Sie sehen an dem zweiten Teile, daß er sich sachlich unterscheidet von dem Antrage Lüdeking, und zwar in einem wesentlichen Punkte. Der Antrag Lüdeking schaltet die Regierung vollkommen aus. Herr Lüdeking ist, wie aus seinem Antrage hervorgeht, der Meinung, daß das Sache der Nationalversammlung allein sei. Ich fordere zwar auch in meinem Antrage, daß ein Ausschuß eingesetzt werde, aber dieser soll sich in Verbindung setzen mit der Regierung und der Lehrerkammer, nicht nur mit der Lehrerkammer allein, aus praktischen Gründen. Denn

in den Händen der Regierung befindet sich das gesamte Material. Wie ich höre, ist man in der Regierung auch schon beschäftigt, praktische Arbeit zu leisten. Man hat schon die eine oder andere praktische Frage bezüglich der Privatschulen und des Schulgeldes in Angriff genommen, und es wäre doch nur eine unnötige Beiseiteschiebung der Regierung, wollte man auf ihre Mitwirkung vollständig verzichten. Ich habe in dem Antrag bewußt gesagt „die Regierung“ und nicht, wie manche vielleicht gewünscht hätten „die Schuldeputation“, und ich will offen sagen, warum: weil die Schuldeputation in der bremischen Lehrerschaft einen nicht gerade guten Ruf genießt. Herr Karrenberg hat für seine politischen Freunde etwa den gleichen Antrag eingereicht und sich mit dem Inhalt und Form meines Antrages einverstanden erklärt. Daher ist es notwendig, daß dieser Antrag auch den Namen Karrenberg trägt. (Beifall.)

Karrenberg (D.) Meine Damen und Herren! Die demokratische Partei hat sich in der Frage der Einheitschule auf den Boden des deutschen Lehrervereins gestellt. Sie stellte in ihren ersten Aufrufen nach ihrer Gründung folgende Forderungen auf:

Wir treten ein für die Einheitschule und für das unbeschränkte Recht jedes Kindes auf Bildung und Erziehung nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und seines Bildungswillens, ohne Rücksichtnahme auf Vermögen, Stand und Glauben der Eltern, sowie für volle staatsbürgerliche Freiheit der Lehrer.

Meine Damen und Herren! Wir halten die Einheitschule für eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit. Es ist nicht zu bestreiten, daß das ganze Schulwesen bisher einen ausgesprochen unsozialen Charakter getragen hat. Damit muß endgültig Schluß gemacht werden. Die innere Festigung des deutschen Volkstums muß gesichert werden. Dazu ist es notwendig, daß die Schranken beseitigt werden, die ein geschlossenes Zusammenarbeiten verhindern und die Angehörigen der einzelnen Stände von Jugend auf voneinander absondern. In dieser Hinsicht denke ich vor allem an die sogenannten unentgeltlichen Volksschulen; es würde schon einen Schritt nach vorwärts bedeuten, wenn diese aufgehoben würden und der Besuch aller Volksschulen unentgeltlich gemacht würde. Die Einheitschule ist zugleich eine Forderung wirtschaftlicher Notwendigkeit. Wir stehen heute in ganz ähnlichen Verhältnissen da, wie Preußen nach der unglücklichen Schlacht bei Jena. Damals hat der Philosoph Fichte gesagt, was auch heute wieder gilt, daß, nachdem das preussische Reich niedergezungen, nachdem es in seinen Grenzen beschnitten, nachdem ihm ungeheure Kriegskosten auferlegt waren, nachdem es seines Willens entkleidet war und sich seine Grenzen vom Auslande vorschreiben lassen mußte, es nur noch einen Schatz habe: die Jugend. Und Fichte mahnte dann zu einer besseren Erziehung

der Jugend, verwies auf die Notwendigkeit einer solchen. Die Einheitschule ist das Mittel dazu.

Die Einheitschule — das Wort ist ein Schlagwort, sie ist ein Ideal und zugleich ein Problem. Es ist von den beiden Vorrednern schon genügend darüber gesprochen, worin das Ideal liegt, und ich will darauf nicht weiter eingehen. Ein paar Worte aber möchte ich verlieren über das Problem. Es liegt noch nicht einmal, wie schon Herr Lüdeling ausgeführt hat, der Begriff „Einheitschule“ genau fest. Sehr viele verstehen unter Einheitschule weiter nichts als die gemeinsame Grundlage der ersten Schuljahre für alle Schulen. Manche meinen, daß die Einheitschule eine Schule sei, welche die Kinder zwangsweise nach ihrer Befähigung in die für sie passende Schule einführe. Es bedarf einer genaueren Feststellung des Begriffs, ehe man an die Erledigung der Einzelfragen gehen kann. Auf diese Einzelfragen will ich nicht tiefer eingehen. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß u. a. wohl zu überlegen ist, welche Stellung den Privatschulen zu gewähren ist. Es wäre eine Torheit, wenn man die Privatschulen, die doch gewiß ein großes Verdienst um die Erziehung gehabt haben, ganz streichen wollte, es wäre eine Torheit, sie zu beseitigen. Im Gegenteil, ich bin der Ueberzeugung, daß die Privatschulen geschützt, aber unter eine strenge staatliche Aufsicht gestellt werden müssen. Die Frage der Vorschulen erscheint noch nicht geklärt; für mich persönlich steht fest, daß die Vorschulen endgültig aufhören müssen. In Weimar ist beschlossen, daß in den ersten vier Jahren die Volksschule für alle Schulkinder verbindlich ist. Ob sie danach in Privatschulen unterrichtet werden dürfen, unterliegt der Entscheidung der Bundesstaaten. Eine weitere Frage ist, ob wir die Unentgeltlichkeit des Unterrichts auch auf die höheren Schulen ausdehnen wollen, wie es in Hamburg beschlossen ist. Ich persönlich bin dafür, es ist aber nicht zu bezweifeln, daß ein solches Vorgehen eine große finanzielle Last für den Staat bedeuten würde: die Ausgaben unseres Budgets würden damit um eine halbe Million vermehrt werden, die wir vielleicht durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer decken könnten. (Zuruf: Dafür werden die Militärlasten geringer!) Mit der Unentgeltlichkeit des Unterrichts wäre es aber noch nicht getan, sondern wenn Kinder der Unbemittelten die höheren Schulen besuchen sollen, so müßten den Eltern auch Erziehungsbeihilfen gegeben werden. Jedenfalls ist das eine sehr schwierige Frage, deren Lösung in dem Ausschuß langes Nachdenken erforderlich machen wird.

Ebenso wird er sich mit dem Prüfungs- und Berechtigungsweisen zu befassen haben, das bisher eine große Rolle spielte; beides muß gründlichesehen werden. Sie sehen, daß der Ausschuß eine ungeheure Masse von Arbeit zu leisten haben wird, die die Mitwirkung besonders arbeitsfreudiger Mitglieder erfordert.

Meine Damen und Herren! Der Antrag Lüdeling legt dem Ausschuss nichts mehr und nichts weniger auf, als die Verpflichtung, uns für Bremen ein vollständiges Schulgesetz zu schaffen. Das ist ja eine Frage, die uns alle bezieht. Dazu ist aber nötig — und in dieser Beziehung muß ich mich in Gegensatz zu dem Antrage stellen — daß auch die Regierung, die Schulbehörde, zu den Beratungen hinzugezogen wird, da sie über das nötige Material verfügt, das der Ausschuss unbedingt haben muß, um alle schwierigen Fragen lösen zu können. Auch die Lehrerkammer soll nach dem Antrage Lüdeling herangezogen werden. Die Lehrerkammer ist aus der gesamten Lehrerschaft zusammengesetzt, die Verfassung der Lehrerkammer aber unterliegt gegenwärtig noch der zweiten Lesung. Sollte die Lehrerkammer dann endgültig konstituiert sein, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß ihr dann auch eine Stellung eingeräumt wird, die sie gesetzgeberisch und verwaltungstechnisch am Schulwesen mitbeteiligt. Gegen ihre Beteiligung ist also nichts einzuwenden.

Ich möchte Sie bitten, den Antrag Sonnemann anzunehmen. (Beifall)

Prof. Dr. Diez (V. B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kritik des Herrn Sonnemann an dem ersten Teil des Antrages Lüdeling, der verlangt, daß die bremische Nationalversammlung beschließe, die Einheitschule für das bremische Staatsgebiet einzuführen, habe ich wenig hinzuzufügen (Hört! Hört!) Herr Lüdeling hat in seinen Ausführungen selbst zugegeben, daß es einen fest umrissenen Begriff der Einheitschule nicht gibt. Es ist so, wie Herr Karrenberg sagt: das Wort „Einheitschule“ ist ein Schlagwort, hinter dem herzlich wenig steckt, (Widerspruch) wenn man mehr darin sucht, als daß es in Zukunft eine Grundschule für alle Kinder des Volkes geben soll. Ich bin daher erstaunt gewesen, daß Herr Lüdeling seinem Antrage eine solche Fassung hat geben können. Tatsache ist, daß, obwohl seit Jahren so viel und so ausführlich über die Einheitschule geschrieben und geredet wird, es noch heute nicht fest steht, was darunter zu verstehen ist.

Ich möchte dann weiter sagen, daß die Ausführungen des Herrn Lüdeling über die höheren Schulen doch in mehreren Punkten herzlich wenig zutreffen. Er sagte und stimmte darin mit Herrn Sonnemann überein, unser Schulwesen sei ein Abbild unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Ich glaube, daß das doch nicht ganz zutrifft. Beide Herren setzen voraus, daß in den höheren Schulen nur Kinder aus den besitzenden Klassen saßen. (Zuruf: Sehr richtig!) Wer die Schülerlisten der höheren Schulen gesehen hat, weiß genau, daß das in dem Umfang, wie die Herren es behaupten, nicht richtig ist. Ich habe im vorigen Jahre eine Statistik über eine Anzahl Klassen, besonders unterer und mittlerer Klassen, aufmachen lassen, um zu sehen, wie sich

die Verhältnisse in der Beziehung darstellen, und da hat sich herausgestellt, daß mindestens die Hälfte der Schüler durchaus nicht aus den Klassen stammen, die als besitzende Klassen anzusehen sind. Ich gebe zu, daß nicht viele Arbeiterkinder darunter sind, ich kann aber sagen, daß uns in den höheren Schulen jedes begabte Arbeiterkind herzlich willkommen ist. Wenn also Herr Lüdeling und auch Herr Sonnemann gemeint haben, daß unser jetziges Schulwesen ganz nach den Besitzverhältnissen abgegrenzt sei, so liegen die Dinge doch nicht so. Für die Oberrealschule kann ich noch hinzufügen, daß eine erhebliche Anzahl recht tüchtiger Schüler aus den Realschulen zu uns kommt, die aus kleinen Kreisen herstammen. Sie haben in der Oberrealschule zum Teil die Reifeprüfung abgelegt und dann studiert. Sie haben sich also aus einfachen Verhältnissen emporgearbeitet. (Zuruf: Das sind Ausnahmen!) Nein, es gibt viele solche Fälle, und diese legen Zeugnis dafür ab, daß auch bei unserem jetzigen Schulwesen befähigte Schüler aus kleinen Verhältnissen in die Höhe kommen können. Das ist der eine Punkt, den ich richtigstellen muß.

Dann sagte Herr Lüdeling weiter: In unseren unentgeltlichen Schulen sind eine große Anzahl begabter Kinder. Ich habe nicht genau gehört, wie er sich ausgedrückt hat, ich glaube, er sprach von einer großen Menge von Gaben und Talenten, die scheitern. Ich will den Ausdruck nicht weiter beanstanden, aber das eine möchte ich doch sagen, mir ist es nach den Mitteilungen und aus den Gesprächen, die ich im Laufe der letzten Jahre gerade über diesen Punkt öfters mit einer ganzen Anzahl von Volksschullehrern gehabt habe, etwas zweifelhaft, ob in den unentgeltlichen Volksschulen die Talente einfach so wild wachsen, wie Herr Lüdeling behauptet. Ich weiß, denn es sind uns gelegentlich recht begabte Schüler aus der Volksschule zugeführt worden, daß es gewiß solche begabte Schüler gibt; aber es sind verhältnismäßig recht wenig, so daß man von einer großen Anzahl von solchen Schülern nicht sprechen kann, die, wie Herr Lüdeling behauptet, jetzt bei unserem Schulwesen nicht vorwärts kommen können oder scheitern. Ich weiß also nicht, ob Herr Lüdeling mit seiner Behauptung recht hat. Im Interesse unserer Volksschule würde ich mich freuen, wenn er recht hätte, aber da möchte ich doch auch sagen, daß ich bedaure, daß die Herren von der Volksschule dann nicht schon seit langen Jahren zu den Direktoren der höheren Schulen gekommen sind und verlangt haben, daß diese begabten Schüler geprüft und aufgenommen werden. Sie können überzeugt sein, daß wir das mit der größten Freude getan hätten. Man soll ja nicht von sich selbst reden und ich sage das nicht, weil ich es mir irgendwie als besonderes Verdienst anrechne, ich darf aber verraten, daß eine Anzahl solcher begabter Schüler (6 bis 8 Fälle, also immerhin einige) mir aus den Volksschulen zugeführt worden sind und sie sind dann durch die höhere Schule teilweise hindurchgegangen.

Darunter war ein ganz vorzüglicher Schüler, der bis zur Reifeprüfung kam, und von dem ich glaube, (er ist im Krieg leider schwer verwundet worden) daß er seinen Weg gehen wird. Aber in den anderen Fällen sind diese Schüler bereits in den mittleren Klassen abgefallen und sind nach Erreichung des Einjährigen-Beugnisses abgegangen. Und das waren Schüler, die von der Volksschule als besonders begabte Schüler bezeichnet worden waren.

Dann noch ein weiterer Punkt. Herr Lüdeking hat gesagt, ein Kollege von mir habe behauptet, in den meisten höheren Schulen seien 95% von Schülern, die in diese Schulen nicht hineingehörten. Wenn das dieser Herr behauptet hat, dann muß ich sagen, er hat sich entschieden geirrt. Er hat übertrieben, denn so schlimm ist die Sache nicht. Diejenigen meiner Herren, die mit mir in der früheren Bürgerschaft gesessen haben, wissen, daß ich vor 5 oder 6 Jahren schon einen Antrag gestellt habe, in dem die Schuldeputation aufgefordert wurde, Maßnahmen vorzuschlagen, wie man dem Zustrom von nicht geeigneten Schülern zu den höheren Schulen steuern könnte. Die Schuldeputation hat bis zum heutigen Tage leider noch nicht berichtet. (Zuruf: Deputationsnagel!) Aber wenn ich auch damals diesen Antrag eingebracht habe, so ist damit doch nicht gesagt, daß 95% unfähiger Schüler in den höheren Schulen wären. Nein, so liegen die Dinge nicht. Wir haben eine große Anzahl von Schülern, die bei uns nicht besonders vorankommen, die aber deshalb durchaus nicht unbegabt sind, ihre Fähigkeiten liegen nur auf einem anderen Gebiete, als es die höhere Schule pflegt. Die höhere Schule bildet im wesentlichen die theoretischen Fähigkeiten aus. Sie kann nicht, wie sie heute organisiert ist, — und es wird ernstlich zu prüfen sein, ob man daneben nicht Schulen mit anderer Organisation gründen soll — sie kann nicht die praktischen Fähigkeiten der Kinder ausbilden, oder das geschieht doch nur in ungenügendem Maße, und gerade daher kommt es, daß sich mancher, der auf der Schule nicht besonders vorangekommen ist, im praktischen Leben gut bewährt hat. Die praktische Begabung, also vor allem die schnelle Entschlußkraft, die Fähigkeit, sich schnell neuen Verhältnissen anzupassen, das sind Eigenschaften, die die höhere Schule bis jetzt nicht so entwickelt, als die theoretischen Fähigkeiten. Unsere höheren Schulen, besonders die Gymnasien, die Realgymnasien und Oberrealschulen haben noch das alte Bildungsideal der Gelehrtenschule, sie wollen für das gelehrte Studium Vorbildern. Es ist nicht ihr einziger Zweck, aber doch noch ihr Hauptzweck, und da sage ich allerdings: eine große Anzahl unserer Schüler gehört nicht in diese Schulen hinein, weil sie nicht so sehr die theoretischen Fähigkeiten besitzen als vielmehr die praktischen, vielleicht auch die künstlerische Begabung, die jetzt auch in den höheren Schulen zu kurz kommt. In diesen Punkten möchte ich also meinen Herren Vorrednern ausdrücklich widersprechen und das

zur Verteidigung unserer höheren Schule, wie sie heute besteht, gesagt haben.

Herr Präsident! Ich komme nun zu den Anträgen, wie sie vorliegen. Daß ich dem Antrage Lüdeking nicht zustimmen kann, ist selbstverständlich. Man kann nicht die Einheitschule einführen, wie Herr Lüdeking es will. Aber man kann auch nicht den Weg beschreiten, den die Herren von der Mehrheitssozialdemokratie zusammen mit den Demokraten gehen wollen. Die Herren verlangen, daß ein Ausschuß eingesetzt werde, der eine Vorlage für die Reform unseres Schulwesens ausarbeitet. Ja, meine Damen und Herren! Wie liegen denn die Dinge? Wir sind doch hier in Bremen nicht allein. Wir können doch in Bremen unser Schulwesen nicht einfach so gestalten, wie wir wollen. (Widerspruch.) Wir sind abhängig einmal vom Reich und zweitens von den großen Bundesstaaten, mit denen wir Verträge zu schließen haben über die Anerkennung der Zeugnisse, die wir unseren Schülern ausstellen. Es mag wohl kommen, — und ich würde es aufs freudigste begrüßen, denn ich habe es selbst seit langen Jahren in der Presse empfohlen, — es mag also wohl kommen, daß unser Berechtigungsweisen abgebaut wird, und daß man manche Köpfe abschneiden wird, die jetzt zum Schaden unserer höheren Schule noch anhängen. Aber täuschen Sie sich nicht darüber, daß man auch in Zukunft bestimmte Normen festsetzen muß, die z. B. für das Studium auf den Universitäten notwendig sind, nicht etwa im Interesse der Schule oder gar der Lehrer, sondern im Interesse der Schüler selbst; es wäre ein Leichtsinns sondergleichen, wenn man Schüler oder Schülerinnen auf die Universität schickte, die nicht genügend ausgebildet sind. Darüber müssen bestimmte Vereinbarungen zwischen den Bundesregierungen getroffen werden. Wir können also nicht so ohne weiteres machen, was uns beliebt, sondern müssen abwarten, was die großen Bundesstaaten und das Reich tun. Wie da die Dinge liegen, mag Ihnen eine kurze Darlegung sagen, die der bisherige Unterstaatssekretär im preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, so heißt es ja wohl, Herr Dr. Baege, gegeben hat in einer Unterredung, die in Fachzeitschriften mitgeteilt worden ist. Ich glaube gelesen zu haben, ich bin nicht sicher, ob es wahr ist, aber gelesen habe ich es bestimmt, daß Herr Dr. Baege in den letzten Tagen von seinem Posten zurückgetreten ist und ein anderer Herr, der bisherige Referent für das Universitätswesen, Herr Geheimrat Beder an die Stelle von Herrn Dr. Baege gekommen ist. Herr Dr. Baege gehörte, so viel ich weiß, der sozialdemokratischen Partei an. (Zuruf: U. S.!) Ob er U. S. ist, weiß ich nicht. Also Herr Dr. Baege hat in einer Unterredung, die in den letzten Wochen stattgefunden hat, über die Frage der Einheitschule folgendes gesagt, und wenn der Herr Präsident gestatten, will ich einiges wenige verlesen, denn die Ausführungen sind sehr wichtig und dürften wohl

auch auf unsere Entschlüsse etwas einwirken, so daß es notwendig ist, zu erfahren, wie man im preußischen Kultusministerium bisher über diese Frage gedacht hat. Herr Dr. Baege sagte:

„Keineswegs ist beabsichtigt, die Einheitschule ohne genügende Vorbereitung zu forzieren. Der Abbau soll allmählich von unten nach oben gemacht werden, und zwar so vorsichtig wie möglich. Jedenfalls erst, nachdem ausreichende gründliche Vorbereitungen — u. a. für hygienisch einwandfreie Klassenräume und genügend Lehrer für die festzuhaltenden kleinen Klassen — getroffen sind. Der Unterstaatssekretär erklärte, selbst noch andauernd an dem Problem zu arbeiten, sämtliche Schriften sämtlicher Richtungen, die sich mit der Einheitschule befassen, aufs genaueste zu lesen und zu prüfen, kurz selbst noch mitten in den Vorarbeiten zu stehen. Ein anerkannter Einheitschulplan existiert noch nicht.“

Es ist immerhin interessant, daß der Herr Unterstaatssekretär sich jetzt erst mit den Schriften für und wider die Einheitschule befaßt. Früher hätte man ein solches Verfahren einem hohen preußischen Beamten, der eine wichtige Maßregel auf gesetzgeberischem Gebiet vorbereitet, nicht zugetraut. — Ich weiß nicht recht, wie man das mit einem parlamentarischen Ausdruck bezeichnen soll — — — (Zustimmung rechts.)

„Ganz ablehnend verhielt sich der Unterstaatssekretär einem etwaigen Versuch der Städte gegenüber, separatistisch eigene Einheitschulen, womöglich mit eigenem Lehrplan aufstellen zu wollen. Aus der deutschen Einheitschule würden dann lauter Vielheitschulen, das eigentliche Wesen und die Bedeutung der Einheitschule würde dadurch direkt verneint, eine heillose Verwirrung würde damit in das Schul- und Erziehungswesen hineingetragen. Könnte man auch nicht direkt solche Experimente verbieten, so könnte man sie doch ersticken, indem man diesen Einheitschulen — auf eigene Faust — die staatl. Berechtigung verjage.“

Was die Stellung der Eltern der Schule gegenüber betreffe, so sei diese prinzipiell nicht anders als die jetzige. Wenn man seine Kinder in eine Staatsschule sende, so müsse man die Konsequenz der Erziehung durch den Staat und für den Staat ziehen. Eine Zwangseinheitschule sei nicht beabsichtigt, aber wohl eine sehr scharfe Kontrolle aller Privatschulen, die, wenn sie dasselbe leisten wollten wie die Staatsschulen, sich sicherlich außerordentlich kostspielig gestalten würden.“

Herr Präsident! Das sagt Herr Dr. Baege über die Pläne, die im preußischen Ministerium über die Einführung der Einheitschule bis vor kurzem, solange er Unterstaatssekretär gewesen ist, bestanden haben. Ich frage nun, hat es praktischen Wert, daß wir jetzt

den Ausschuß einsetzen, der uns für Bremen einen Plan einer Einheitschule ausarbeiten soll? Das wird nach meiner Ansicht ein reiner Debattierklub, in dem die Lehrer der verschiedenen Richtungen mit einigen Laien, die erstaunte Gesichter machen werden, sich über die Einheitschule unterhalten werden, aber praktische Arbeit wird dabei nicht herauskommen. So kommen wir in der Frage nicht weiter.

Meine Damen und Herren! Herr Peine hat neulich hier in einer vortrefflichen Rede gesagt, er hoffe, daß als Folge der Staatsumwälzung eine höhere Kultur in Deutschland sich entwickeln werde. Ich weiß nicht, ob durch die Einheitschule eine solche höhere Kultur erzielt werden kann, jedenfalls ist sicher, daß wir zu keiner höheren Kultur kommen würden, wenn die „Einheitschule“ Hals über Kopf eingeführt würde. Die Einheitschule ist für die Ausführung noch nicht reif, und auch die heutigen Verhandlungen haben mich nicht davon überzeugen können, daß die Zeit für sie gekommen ist. Es ist alles noch viel zu ungeklärt. Herr Präsident! Nun wird man mir vielleicht sagen: Wenn Ihnen die Vorschläge von Herrn Lüdeking und Herrn Sonnemann nicht gefallen, so machen Sie doch bessere Vorschläge! Ich will einen solchen Vorschlag machen, nämlich beantragen,

die jetzige Schuldeputation zu beauftragen, möglichst bald einen Entwurf eines umfassenden Schulreformprogramms vorzulegen.

Ich bitte Sie ausdrücklich, die Schuldeputation damit zu beauftragen. Herr Sonnemann hat freilich gesagt, daß die Schuldeputation bei der Lehrerschaft nicht sehr gut angeschrieben sei. Und man kann nicht leugnen: mit einem gewissen Recht. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß vieles von dem, was Herr Sonnemann ausgeführt hat, und auch manches von dem, was Herr Lüdeking in seinen Ausführungen gesagt hat — was aber nicht in seinem Antrage zum Ausdruck gekommen ist — von manchem Herrn der alten Bürgerschaft, z. B. von Herrn Hagemeyer, in einer ausführlichen Rede im März 1918 gewünscht worden ist. Herr Hagemeyer hat damals einen Antrag gestellt, der die Schuldeputation aufforderte, ein Programm für die Weiterentwicklung unseres Schulwesens vorzulegen. Leider hat sie das bis heute nicht getan, trotzdem unser Präsident, Herr Dunkel, der ja bis vor kurzem Rechnungsführer der Schuldeputation war, und auch ich immer gedrängt haben, vorwärts zu kommen. Wir kamen aber leider nicht vorwärts. Wie liegen aber die Dinge heute? Wir haben jetzt vier neue Senatoren in der Schuldeputation, davon sind drei Sozialisten, dazu werden demnächst in die Schuldeputation eine Reihe von Herren aus der Nationalversammlung und zwar hauptsächlich aus Ihren Reihen hineingewählt. Die Schuldeputation wird also ein vollständig verändertes Aussehen bekommen. Ich glaube daher, es ist das einzig richtige,

was wir in der gegenwärtigen Lage tun können, die Schuldeputation mit der baldigen Vorlage eines Programms für die Reform des gesamten bremischen Bildungswesens zu beauftragen. Wenn die Deputation die Vorlage ausgearbeitet hat, kann sie meinerseits, wenn Sie wünschen, der Lehrerkammer zur Begutachtung überwiesen werden, wie beispielsweise der Handelskammer Vorlagen, die die Interessen der Kaufmannschaft berühren. Soviel ich aber weiß, wird die Handelskammer nie zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs herangezogen, sie wird nur aufgefordert, ihr Votum abzugeben über einen ihr vorgelegten Entwurf, und es steht dann bei der Regierung, ob sie das Votum der Handelskammer berücksichtigen will oder nicht. Daß also die Lehrerkammer zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs herangezogen werden soll, wie es der Antrag Sonnemann wünscht, ist, wie gesagt, ein Novum, und zwar kein glückliches Novum.

Die Lehrerkammer ist eine Gründung des Herrn Lüdeking, aber es scheint, als ob er neuerdings mit seinem Kinde nicht recht zufrieden ist. Ich kann ihm das nachfühlen. Ich habe den Verhandlungen der Lehrerkammer von Anfang an sehr skeptisch gegenüber gestanden, muß aber jetzt sagen, daß nach den letzten Vorgängen in der Kammer, wo etwa hundert Herren und Damen von zusammen 1300 bis 1400 Lehrern Beschlüsse fassen, die für die ganze Lehrerschaft gelten sollen, die Bedeutung der Lehrerkammer noch geringer geworden ist als bisher und als recht bescheiden erscheint. Ich glaube daher nicht, daß die Lehrerkammer geeignet ist, eine solche Vorlage mit ausarbeiten oder auch nur zur Begutachtung der Vorlage aufgefordert zu werden. Wie Herr Lüdeking sich das denkt, geht es nicht.

Meine Damen und Herren! Ich fasse zusammen. Ich glaube nicht, daß der Antrag Lüdeking, wenn er angenommen wird, eine Verbesserung des Bremer Schulwesens bringt. Ich glaube auch nicht, daß der Antrag Sonnemann-Karrenberg wirklich praktisch ist. Die einzig mögliche Art praktisch vorzugehen ist, sich erst einmal das Material zu verschaffen, auf Grund dessen eine Vorlage ausgearbeitet werden kann. Von allen Seiten wird anerkannt, und auch Herr Lüdeking kann es nicht bestreiten, daß die Regierung allein die Unterlagen hat, die notwendig sind, um eine brauchbare Vorlage zu schaffen. Dann mag diese Vorlage in einem Ausschuß gründlich geprüft werden, und zuletzt zurück an die Nationalversammlung gehen. So allein läßt sich praktisch arbeiten. Ich stelle daher folgenden Antrag:

Die Bremische Nationalversammlung ersucht den Senat, die Schuldeputation mit der baldigen Vorlage eines umfassenden Volksbildungsprogramms zu beauftragen.

Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen. (Zuruf: Da luur up!)

Steding (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Gegensatz zu Herrn Professor Diez bin ich der Meinung, daß der Antrag Sonnemann-Karrenberg heute abend doch angenommen werden sollte und damit eine Kommission niedergesetzt wird, welche über die Frage der Einführung der Einheitschule beraten soll. Für diesen Fall erlaube ich mir den folgenden Zusatzantrag zu stellen:

Die bremische Nationalversammlung wolle beschließen, daß die zur Prüfung der Einführung der Einheitschule niedergesetzte Kommission auch die Frage der Einführung des Esperanto in den Kreis ihrer Beratungen stellt und über das Ergebnis ihrer Beratungen besonders berichtet.

Meine Damen und Herren! Wir stehen vor einer völligen Umgestaltung unseres Schulwesens und vor einer gründlichen Neubearbeitung der Lehrpläne. Da halte ich den Augenblick für gekommen, das Haus auf die Bedeutung des Esperanto, dieser großen, genialen Schöpfung, hinzuweisen. Dasselbe will nicht die Nationalsprachen verdrängen, sondern nur die Möglichkeit schaffen, daß sich die Nationen untereinander verständigen können, es soll eine internationale Sprache werden. Niemand wird in Abrede stellen können, welcher unermesslicher Gewinn und welcher Fortschritt sich auf allen Gebieten der Wissenschaft und Kunst, des Handels und Verkehrs ergeben würde, wenn diese Weltsprache eingeführt würde. Es wäre ein gewaltiger Kulturfortschritt, wenn in allen Ländern eine Sprache verstanden würde. Das Esperanto ist die Sprache, welche einen so hohen Zweck verfolgt. Deshalb habe ich mir erlaubt, diesen Antrag zu stellen.

Der Antrag Steding wird genügend unterstützt.

Präsident: Herr Steding, sind Sie für den Fall, daß der Antrag Lüdeking und auch der Antrag Sonnemann-Karrenberg abgelehnt, der Antrag Diez aber angenommen wird, damit einverstanden, daß auch dieser von Ihnen beantragte Zusatz der Schuldeputation überwiesen wird? (Steding: Ja!) Das würde die Abstimmung erleichtern.

Henke (U. S.): Meine Damen und Herren! Die Frage der Einheitschule hat in früheren Jahren die Bürgerschaft wiederholt beschäftigt, in den Jahren 1898, 1901 und zuletzt 1907. Im Jahre 1907 hat Herr Rhein den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion begründet. In der sich daran anschließenden Debatte hat sich Herr Professor Bapke dahin geäußert:

Die Einheitschule wird, wenn sie kommt, das Resultat einer allmählichen, langsamen Entwicklung sein. Ich bin aus diesem Grunde nicht imstande, für den Antrag zu stimmen, daß wir uns hier schon auf das Prinzip der Einheitschule festlegen.

Herr Sonnemann behauptet — wenn ich ihn recht verstanden habe — daß die Sozialdemokraten, als sie

noch einig waren, über die Einheitschule einer Meinung gewesen seien. Das mag richtig sein. Wenn es aber richtig ist, so empfehle ich Herrn Sonnemann, in den stenographischen Berichten einmal nachzulesen, daß Herr Rhein am 6. März 1907 einen Antrag gestellt hat, der folgenden Wortlaut hatte:

Die Bürgerschaft erklärt sich im Prinzip für die Einführung der Einheitschule usw.

Da heißt es also gleichfalls, daß die Einführung der Einheitschule gefordert wird. Und das haben wir nicht nur einmal sondern wiederholt gefordert. Im übrigen ist es doch nur ein Streit um Worte, wenn man einen Unterschied konstruieren will zwischen „einzuführen“ und „umzugestalten“, Herr Sonnemann! Wenn etwas umgestaltet wird, so wird etwas anderes eingeführt, und wenn etwas eingeführt wird, so gestaltet man etwas um, das läuft auf eins und dasselbe hinaus. Wenn ich auf Grund der Entwicklung in die Zwangslage versetzt werde, etwas umzugestalten, die Form zu ändern, dann führe ich etwas neues ein. Es ist das ein Streit um Worte, den ich von Herrn Sonnemann nicht erwartet hätte. Ihm hat der Antrag Lüdeking nicht gefallen, und da hat er mit Herrn Karrenberg zusammen einen Antrag eingebracht. Ausgerechnet mit Herrn Karrenberg. Wie kann der Name Sonnemann mit dem Namen Karrenberg unter einem Antrag stehen, da bisher die beiden Namen sich nicht haben vertragen können! (Heiterkeit.) Ich muß mich wundern. (Karrenberg: Man kann auch vergessen!) Vielleicht erklärt sich daraus auch — nicht die allmähliche Entwicklung des Herrn Sonnemann, sondern seine rasche Entwicklung.

Was Herr Professor Diez vorgebracht hat, versteht sich am Rande. Herr Professor, wir werden uns nie über solche Fragen einigen. Wir sind Gegensätze, die nicht zu einer Einheit gebracht werden können. Wir hier auf der Linken haben alle verspürt, was es bedeutet, wenn man in seiner Jugend nicht gewisse Bildungselemente in sich hat aufnehmen können, wenn es einem verwehrt worden ist, einen Bildungsgang durchzumachen, der einen vielleicht auf eine andere Bildungsstufe gebracht hätte. Ich kann mir vorstellen, daß man wohl noch etwas Besseres geworden wäre, als Professor Diez, ich meine, man kann Professor sein, aber für politische Dinge eine Stupidität zeigen, wie man sie wohl nur bei Professoren findet. Wir haben die Erfahrung mit Professor Diez gemacht, daß nicht nur diejenigen, die ein Gymnasium durchlaufen haben, nur die Fähigkeit zum abstrakten Denken haben, es gibt auch viele Arbeiter, die eine Volksschule besucht haben, die haben die Fähigkeit dazu mehr als mancher, der in der Nähe von Prof. Diez sitzt. (Zuruf Prof. Diez: Habe ich nie behauptet, daß das nie der Fall ist.) Dann habe ich mich vielleicht verhört und bitte um Entschuldigung. Aber selbst dagegen würde ich mich aufs schärfste verwahrt haben, wenn Sie das ge-

sagt hätten. Es sind unter den Kindern der Arbeiter genau so die Fähigkeiten wie unter den Kindern der Besitzenden. Die Fähigkeiten sind da. Darum kann es sich also nicht handeln. Aber das soziale Element hat Herr Prof. Diez ganz außer acht gelassen. Wenn ein Junge aus dem Hause eines Proletariats aus der Volksschule in ein Gymnasium oder in die Realschule kommt, dann fehlt ihm die Nachhilfe, die die Reichen sich verschaffen können; er kann nicht reisen, wie die Kinder der Besitzenden. Das sind Unterschiede, die von Bedeutung sind. Natürlich kommt der Bildungsgrad der Eltern auch in Betracht und der Bildungsgrad der Geschwister. Wenn man das ganze häusliche Milieu nimmt, in dem ein solcher Junge lebt, ist selbstverständlich ein großer Unterschied da, und zwar zu Ungunsten des Armeren. Das ist ein soziales Element, das man mit in Betracht ziehen muß. Aber die Schule sollte so eingerichtet sein, daß diese Unterschiede ausgeglichen werden. Es soll die Einheitschule eine solche sein, wo die Klassenunterschiede aufgehoben werden, soweit die Ausbildung in Betracht kommt. Ich weiß sehr wohl, daß er dadurch nicht allgemein aufgehoben wird; treten die Kinder nachher ins praktische Leben ein, werden sie den Unterschied gleich wieder fühlen, aber sie sind besser ausgebildet, anders ausgerüstet, und das wollen wir, und wir wollen weiter, daß sie in der Gesellschaft, oder innerhalb des Staates bis zu den höchsten Beamtenstellen vordringen können. Das war bisher unmöglich, solange wir den Obrigkeitsstaat gehabt haben, haben wir ein Bildungsmonopol der oberen Schichten gehabt. Nun, diese Hemmnisse sollen fallen, und das will der Antrag Lüdeking. Nun, wie kann ein solcher Antrag zur Geltung gebracht werden? Es ist Anstoß genommen worden, daß ein Ausschuß eingesetzt werden soll, der sich mit der Lehrerkammer in Verbindung setzen soll. Es steht nichts in dem Antrage, daß die Regierung nicht darum angegangen werden soll. Selbstverständlich kann der Ausschuß sich damit in Verbindung setzen, aber die Regierung soll nicht die Leitung haben und nicht entscheiden, wie weit sie eingeführt wird. Wir, die Mitglieder dieses Hauses, dieses hohen Hauses, wollen entscheiden, wie weit man in Bezug auf die Heranziehung des Materials und der von Sachverständigen gehen kann. Und ich meine, wir sollten das begrüßen. Wenn einmal ein solches Problem angefaßt wird, soll man alles heranziehen, was zur Lösung dienen kann, und es ist das, was Herr Lüdeking will, das weitgehendere und bessere. Was dabei herauskommen wird, darüber kann man sich in Vermutungen hingeben, angesichts dessen, daß wir in einem Klassenkampfe leben: aber herauskommen wird etwas, davon bin ich fest überzeugt. Und zweitens, es wird umsomehr herauskommen aus der Beratung eines solchen Antrages, als ein solcher Ausschuß möglichst Freiheit hat und Unabhängigkeit von staatlichen Organen hat. Das hat uns bewogen, unsern Antrag einzubringen, und ich glaube mich dabei bescheiden zu

können. Herr Sonnemann meinte, daß ein Widerspruch besteht zwischen dem, was er glaubt bei mir wahrgenommen zu haben und dem, was Herr Lüdeking gesagt hat. Ein solcher Widerspruch besteht nicht. Sollte Herr Sonnemann die Absicht gehabt haben, Herrn Lüdeking und mich einander näher zu führen, so will ich gern gestehen, daß ihm das vollkommen gelungen ist.

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt worden.

Rednerliste: Dr. Rossmann, Rhein, Sonnemann.

Der Antrag auf Schluß wird genügend unterstützt.

Professor Dr. Diez (L.-B.): Ich bitte, noch einen Antrag stellen zu dürfen. Ich möchte beantragen, daß, wenn etwa der Antrag Karrenberg-Sonnemann angenommen werden sollte und die Vorlage an einen Ausschuß von 13 Mitgliedern verwiesen wird, es dann möglich sein soll, daß für die Mitglieder, die in diesen Ausschuß gewählt werden, Ersatzmänner gewählt werden.

Es wird den Mitgliedern nicht immer möglich sein, über alle Fragen, die zur Sprache kommen, gleichmäßig sachverständig zu sein. Man muß die Meinungen, die von der einen oder der anderen Seite geäußert werden, genau prüfen. Ich z. B. halte mich nicht für sachverständig für das Volksschulwesen und ebenso wenig für das höhere Mädchenschulwesen.

Präsident: Herr Prof. Diez, wie wollen Sie das formulieren? Sie setzen einen 13gliedrigen Ausschuß ein und wählen gleichzeitig 13 Ersatzmänner?

Wenhold (D.): Ich möchte Gelegenheit haben, darauf hinzuweisen, daß der Antrag Diez kein Antrag ist. Ich möchte bemerken, daß es ein Amendement ist.

Präsident: Gewiß, ein Amendement zu dem Antrage Sonnemann.

Wenhold: Ein Amendement, das geschäftsordnungsmäßig eine vollkommen neue Sache schafft.

Präsident: Dann können Sie den Schluß der Debatte ablehnen und können sich weiter darüber aussprechen.

Diez: Dann erbitte ich zum Schlußantrage das Wort.

Präsident: Bitte.

Diez: Da offenbar noch nicht alle überzeugt sind, ob dieser Antrag zweckmäßig ist oder nicht, möchte ich bitten, daß der Schluß noch nicht beliebt wird, sondern daß man sich noch weiter darüber unterhält.

Der Schluß wird abgelehnt.

Senator Dr. Rossmann (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! — — —

Präsident: Ach, verzeihen Sie einen Augenblick. Ich bitte Herrn Prof. Diez, seinen Antrag genau zu formulieren.

Dr. Rossmann: Nachdem schon eine ganze Reihe von Fachmännern sich über die Einheitschulfrage geäußert hat, möchte ich zum Problem im einzelnen nicht Stellung nehmen. Ich möchte nur sagen, daß mir die Einheitschule etwas mehr ist, als ein Schlagwort, wie Herr Prof. Diez gesagt hat. Für mich umschließt sie allerdings tiefe pädagogische und soziale Probleme. Und ich glaube, für jeden Schulmann, der sich mit der Einheitschulfrage befaßt hat, wird es dasselbe sein. Ich möchte nun dazu Stellung nehmen, daß Prof. Diez meint, eine solche Kommissionsarbeit, wie der Antrag Lüdeking und der Antrag Sonnemann-Karrenberg sie vorsieht, sei praktisch ohne Wert. Ganz dasselbe würde man von einer Deputation wie sie Prof. Diez wünscht, sagen können. Ich wüßte nicht, inwiefern eine solche Deputationsarbeit praktischer sein würde, als die Arbeit der Kommission. Ich glaube, daß man über eine ganze Reihe der hier vorgetragenen Argumente des Herrn Prof. Diez in der Kommission sehr leicht zur Tagesordnung wird übergehen können. Ich spreche mich dafür aus, daß man auf jeden Fall die Lehrerkammer mit heranzieht. Wir sind dafür, daß die Schulreform nicht gegen und nicht ohne die Lehrerschaft, sondern mit der Lehrerschaft gemacht wird, und für mich ist die Lehrerkammer das Organ der Lehrerschaft. Wenn Herr Prof. Diez geglaubt hat, die Lehrerkammer diskreditieren zu können, indem er sagt, daß sie in letzter Zeit mit so wenig Mitgliedern ihre Beschlüsse gefaßt hat, so ist das bedauerlich, aber erklärlich. Es waren einmal Ferien, und zudem kann man es einer Körperschaft nicht verargen, daß sie in ihrem Arbeitseifer erlahmt, wenn sie fortgesetzt Beschlüsse faßt und nirgendwo sieht, daß diese Beschlüsse ins Praktische umgesetzt werden. Im übrigen hat die Lehrerkammer selbst erkannt, daß ihre Zusammensetzung, wie sie heute ist, nicht die richtige ist. Sie ist auf dem besten Wege, sich eine neue Verfassung zu geben, sie wird dann erspriessliche Arbeit leisten, und ich hoffe, daß Herr Prof. Diez an dieser Lehrerkammer noch große Freude erleben wird. Ich möchte warm dafür eintreten, daß die Lehrerkammer als Vertreterin der Lehrerschaft herangezogen wird, möchte ferner aber auch bitten, daß auch die Regierung beteiligt wird an der Arbeit. Ich sehe die Aufgabe der Kommission darin, daß sie Vorarbeiten leistet für die einzuberufende Reichsschulkonferenz in Berlin. Sollte die Regierung nicht beteiligt sein an den Arbeiten der Kommission, so würde sie gezwungen sein, selbständig vorzugehen. Wenn sie in Berlin vertreten sein will, wird sie natürlich auch Vorschläge zur Hand haben müssen. Nimmt sie an den Arbeiten teil, ist sie damit diesen Sonder-

arbeiten überhoben. Sodann ist von verschiedenen Seiten schon darauf hingewiesen worden, daß der Regierung reiches Material zur Verfügung stehen wird, das die Arbeiten der Kommission erleichtern wird. Aber noch ein dritter praktischer Gesichtspunkt bringt mich dazu, die Heranziehung der Regierung zu empfehlen. Wenn die Kommission einen Grundplan ausarbeitet für die Neugestaltung unseres Schulwesens, einen Plan, den man unter dem Sammelworte „Einheitschule“ zusammenfaßt, und man sich bewußt bleibt, daß die Durchführung dieses Planes nicht von heute auf morgen vor sich gehen kann, wird man doch nicht verkennen dürfen, daß jetzt schon praktische Vorarbeiten zu leisten sind auf diesem Gebiete, die der Einführung der Einheitschule vorangehen müssen.

Wenn die Kommission einen Plan für die Einheitschule ausgearbeitet hat, kann natürlich die Einführung nicht von heute auf morgen erfolgen. Es muß erst Vorarbeit geleistet werden. Dabei sind wichtige Arbeiten zu erledigen: die Frage des Prüfungswesens, der Ueberleitung von Volksschülern in höhere Schulen ist zu lösen u. a. Alle diese Probleme können von der Regierung in Zusammenarbeit mit der Kommission besser gelöst werden als von der Kommission allein.

Sodann möchte ich noch eins sagen. Mehrfach ist von Vorrednern der Wunsch geäußert, es möge der Unterschied zwischen entgeltlichen und unentgeltlichen Volksschulen aufgehoben werden. Dazu kann ich mitteilen, daß wir uns mit dieser Frage bereits in der letzten Sitzung der Unterrichtskommission des Senats beschäftigt haben und wir auf dem Standpunkt stehen, daß die Einführung der Unentgeltlichkeit für das gesamte bremische Volksschulwesen schon jetzt, vor der Verwirklichung der Einheitschule, durchaus wünschenswert sei. (Beifall. Hört! hört!)

Senator Rhein (M.-S.): Meine Damen und Herren! Ich hätte keine Veranlassung genommen, nachdem Fachleute auch aus meiner Fraktion zu dieser Frage ihre Meinung geäußert haben, meinerseits das Wort zu nehmen, wenn nicht Herr Lüdeking einen Vorwurf gegen die jetzige Regierung erhoben hätte und von ihr gesagt hätte, daß nach den von ihr in der letzten Zeit getroffenen Maßnahmen nichts rechtes zu erwarten sei. (Sehr richtig!) Ich glaube, Herr Lüdeking hat damit in gewisser Weise unbewußt Kritik an den Zuständen geübt, die sich in diesem Hause gezeigt haben (Sehr richtig!) und die namentlich von der äußersten Linken herbeigeführt worden sind in einer Weise, daß die maßgebende gesetzgebende Körperschaft sich mit allen möglichen Dingen beschäftigen muß, aber praktische Arbeit nicht leisten kann, wenn sie auch solche Arbeit zu leisten den Willen hat. Ich glaube, es ist unrichtig, wenn er sagte, man könne zu dieser Regierung kein Vertrauen haben, daß sie die Einheitschule durchführen werde. Innerhalb der

Sozialdemokratie in der alten Bürgerschaft hat über diese Frage Einigkeit geherrscht. Ich verweise darauf, wie schon Herr Henke getan hat, daß ich im Jahre 1907 Gelegenheit genommen habe, namens meiner Fraktion den Antrag zu vertreten, der die Einführung der Einheitschule forderte und der zunächst den Weg der Abschaffung des Unterschiedes zwischen entgeltlichen und unentgeltlichen Volksschulen aufzeichnete. Weiter habe ich in meiner Einleitungsrede zur Eröffnung dieser Versammlung Gelegenheit genommen, das Schulprogramm der Regierung wenigstens andeutungsweise darzulegen. Ich meine, einer Partei, die 20 Jahre lang ihren Willen bekundet hat, dafür sorgen zu wollen, daß dem ganzen Volke eine möglichst gute Bildung zugänglich gemacht werde, und einer Regierung, die vor allem aus Mitgliedern dieser Partei gebildet ist, darf man wohl Vertrauen schenken. (Sehr richtig!) In der Hauptsache wird man ja einen Teil der Fragen und Probleme, ob diese oder jene Lösung richtig ist, Fachleuten überlassen müssen. Unter ihnen bestehen ja, wie unter den Juristen, verschiedene Meinungen. Uns aber, die wir im praktischen Leben stehen, kommt es zunächst auf das Prinzip der Einheitschule an, darauf, daß es in Zukunft anders sein soll als bis jetzt. In Zukunft soll nicht mehr der Geldbeutel entscheiden, ob ein Kind eine höhere Schule besuchen soll. Hinsichtlich dieses Prinzips können wir heute einen Beschluß fassen, indem wir den niederzusetzenden Ausschuß beauftragen, die Arbeiten in Angriff zu nehmen.

Wenn Herr Professor Dieß meint, es sei aus den heutigen Verhältnissen nicht der Schluß zu ziehen, der behauptet worden ist, da manche Intelligenzen aus den unteren Volksschichten auch heute in der Lage seien, die höheren Schulen bis zum Studium, bis zur Universität zu besuchen, so hat das nur in begrenztem Maße seine Richtigkeit. Wenn Kinder diese Möglichkeit haben, so ist das nur auf dem Wege von Stipendien ermöglicht. Richtig ist, wenn Herr Professor Dieß sagt, daß die Talente unter der arbeitenden Bevölkerung auch nicht so aus dem Boden wachsen. Daß das aber nicht so ist, liegt an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Und ich bin mir bewußt, daß mit der Einführung der Einheitschule wirtschaftliche Maßnahmen Hand in Hand gehen müssen, nur dann kann die Einheitschule Zustände herbeiführen, wie wir sie wünschen. Letzten Endes kann erst die Umwälzung der ganzen wirtschaftlichen Produktionsform zur völligen restlosen Durchführung der Einheitschule führen. Der erste Schritt zur Einführung der Einheitschule ist die Beseitigung der Verschiedenheiten bei den Volksschulen. Es handelt sich dabei vor allen Dingen um eine Finanzfrage. In dieser Frage aber unter allen Umständen eine Lösung herbeizuführen, muß der erste Schritt des Ausschusses sein.

Nun ist noch gestritten über die Form des Antrages. Es ist doch wohl nicht ganz gleich, wenn in dem

Antrag gefordert wird, die Einheitsschule einzuführen oder wenn wir früher gesagt haben: die Bürgerschaft erklärt sich im Prinzip für die Einführung der Einheitsschule. Am besten wäre aber, wenn sich eine Kombination beider Anträge durchführen ließe.

Präsident: Herr Professor Diez hat seinen zweiten Antrag zurückgezogen.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Sonnemann, Karrenberg, Diez.

Der Schlußantrag wird genügend unterstützt.

Wenhold (D.): Ich empfehle Ihnen, den Schlußantrag anzunehmen. Aus den Ausführungen der Redner, die zur Sache gesprochen haben, wird sich jeder über seinen Standpunkt zu der Frage klar geworden sein.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Lüdeling (U. S.) Schlußwort: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir das Schlußwort. Ich würde noch eine Stunde und länger über die Frage reden können, (Zurufe) aber nein, fürchten Sie nicht, daß ich das tue. Ich kann nur nicht unterlassen, auf einige Einwürfe einzugehen. Was Herrn Prof. Diez anbelangt, so möchte ich ein paar Worte über die Lehrerkammer sagen. Herr Prof. Diez hat mich als den Schöpfer der Lehrerkammer hingestellt. Ich habe aber nichts weiter getan, als den Anstoß zur Bildung einer Lehrerkammer zu geben: wenn ich das nicht getan hätte, hätte es ein anderer getan. Herr Prof. Diez hat dann gemeint, daß ich mit diesem meinem Kinde nicht mehr zufrieden sei. Nein, das bin ich allerdings nicht. Trotzdem stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Lehrerkammer eigentlich so zusammengesetzt sein muß, wie sie während der ersten Revolutionstage sich gebildet hat in dem Drange, etwas neues zu schaffen und die Ziele, die die Lehrerschaft seit Jahrzehnten verfolgt hat, zur Durchführung zu bringen. Aber sie hat sich leider — verhandlungsunfähig möchte ich beinahe sagen, — erwiesen. (Hört! Hört! Zuruf von Prof. Diez.) Ja, Herr Professor, wenn man das nachträglich überdenkt, ist das eigentlich nicht zu verwundern. Denn da sind ein paar Pferde vor und hinter den Wagen gespannt, die nach verschiedener Richtung ziehen. Wir hatten Jahrzehnte lang für unsere Ideen gewirkt, sie sozusagen an den Schuhen abgelaufen, wir dachten, sie von heute auf morgen verwirklichen zu können. Dagegen haben unsere Kollegen von den höheren Schulen vor zehn Jahren kaum etwas davon spüren lassen, daß sie wußten, daß das Problem einer Einheitsschule in der Welt war. (Prof. Diez: Vor 20 Jahren schon!) Aus den Kreisen der Oberlehrer wurde kein Wort für die Einheitsschule gesagt. So war es in der Lehrerkammer, als wir daran gehen wollten, unsere Ideale zu verwirklichen. Und als die Gerstenberger vor unseren Toren standen, es war am 2. Fe-

bruar, einem Sonntagvormittag, da wurde von Herrn Dr. Kurz ein Antrag gestellt, wonach die Lehrerkammer ihren bis dahin gefaßten und noch zu fassenden Beschlüssen nur durch eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Regierung Gesetzeskraft verleihen lassen sollte. Damit wurde das, was wir bis dahin beschlossen hatten, und was wir etwa noch beschließen sollten, zu nichts gemacht. In diesem zurückhaltenden Sinne, ich spreche das offen aus, hat sich eine große Reihe von Kollegen des Herrn Prof. Diez in der Lehrerkammer betätigt, und daß da kein erprießliches Arbeiten zustande kam, daß auf unserer Seite eine gewisse Unlust, überhaupt an den Verhandlungen teilzunehmen, entstand, ist begreiflich. Im übrigen ist darauf hingewiesen worden, wie gerade auf Grund dieser Erfahrung die Lehrerkammer selbst sich eine neue Verfassung geben will. Sie wird in Zukunft etwa 120 Mitglieder umfassen, und dann wird sie verhandlungsfähig sein und wird einen Entwurf über die Einheitsschule schon fertig bringen.

Dann noch ein kurzes Wort darüber, daß Herr Prof. Diez meint, ich hätte nicht recht mit der Behauptung, daß unser Schulwesen ein Abbild der wirtschaftlichen Verhältnisse sei. Doch, Herr Prof. Diez! Damit ist nicht gesagt, daß in der höheren Schule nicht auch Kinder aus den einfachen und einfachsten Verhältnissen sitzen. Sie müssen die Sache umgekehrt betrachten. Wo sind allein die Kinder der Begüterten, der Reichen? Die sind nur in den höheren Schulen. Oder wären sie auch in den Volksschulen und gar in den unentgeltlichen Volksschulen? Gehen sie nicht in die höheren Schulen, so in eine Presse, oder sie werden privatim unterrichtet. Und die große Masse der Armen und Vermögenden muß ihre Kinder in die Volksschulen schicken, einerlei ob ihre Begabung sie zu einer anderen Ausbildung berechtigt. So liegt die Sache.

Es tut mir leid, daß wir über diesen Antrag uns mit den Mehrheitssozialisten veruneinigen mußten. Ich hatte mich der Hoffnung hingegeben, daß wir da eine freudige Zustimmung finden würden. Da sind ein paar von meinen Kollegen über meinen Antrag gekommen und haben mit Blaustift einen dicken Strich unter das Wort „einführen“ gemacht. Ich habe bisher geglaubt, ich könne logisch denken und für das gedachte auch wohl den richtigen Ausdruck finden. Die Herren wollen mich eines Besseren belehren. Das Wort „einführen“ heißt nicht, daß ich das, was ich einführen will, in äußerster Vollendung und nicht, daß ich es von heute auf morgen in die Wirklichkeit umsetzen will. Das liegt durchaus nicht in dem Worte. Wer das hineinlegt, nimmt den Begriff zu eng. (Zuruf Sonnemann: So sagen Sie es doch!) Kann man nicht davon reden, die allgemeine Dienstpflicht einzuführen? Wer würde an diesem Ausdruck etwas beanstanden? Und es wird allerlei Arbeit dazu gehören, um die bis zum letzten Ende zur Durchführung zu bringen. „Einführen“ heißt nicht „durchführen“. Einführen sagt derjenige, der es mit seinem

Entschlusse ernst meint. Der sagt, ich will die Einheitschule einführen, aber nicht, ich erkläre mich im Prinzip dafür, oder wie dergleichen schwächere Ausdrücke noch sonst heißen. Dieser Ausdruck fließt unmittelbar aus dem Willen heraus, und ich sehe zu meinem Erstaunen, daß bei den Mehrheitssozialisten auch in dieser Frage eine gewisse Willensschwäche vorhanden ist. (Widerspruch.) Ich habe wirklich geglaubt, wir würden in diesem Falle einig sein. Ich bin es nicht gewohnt, mich um Kleinigkeiten zu streiten. Ich würde ohne weiteres sagen, lassen wir den Ausdruck „einführen“ fahren und nehmen wir ein anderes Wort dafür. Aber mit dem anderen kann ich mich nicht einverstanden erklären, daß man verpflichtet sein soll, die Regierung mit zu den Beratungen heranzuziehen. Auch da häufen Sie wieder einen Stein des Anstoßes in den Weg. Ich weiß nicht, woran es liegt. Ich traue Ihnen nicht gerade zu, daß Sie das beabsichtigen, es geschieht vielleicht unbewußt, aber es ist ein Stein des Anstoßes. Selbst Herr Prof. Dieß hat der Schuldeputation kein Loblied gesungen, obgleich er sagt, es sollte ihr die Ausarbeitung des Entwurfs überwiesen werden. Ich weiß nicht, was Sie unter Regierung verstehen, ob Schulrat Pöpke oder Schulrat Bohm dazu gehören? Wir wissen, daß einige Tage vor dem Ausbruch der Revolution Prof. Bohm einen Vortrag hielt in der Aula des Gymnasiums, wo er noch gegen die allgeringste Aenderung auf dem Gebiete des Schulwesens die allerschwersten Bedenken äußerte. Das war damals, als die Revolution an die Tore pochte. (Zuruf Dieß: Nicht richtig! Ich habe den Vortrag gehört!) Hat er nicht wiederholt gesagt, daß er gegen diese und jene Aenderungen die allerschwersten Bedenken habe? Und das waren einzelne, unwichtige Aenderungen, um die es sich handelte. Derartige Beamte werden es sein, die man hinzuzuziehen verpflichtet ist. Und warum wollen wir das von vornherein festlegen? Wenn der Ausschuß zu der Ansicht kommt, wir müssen Material haben, dann wird man sich das zu verschaffen wissen und wir werden Sachverständige hinzuzuziehen wissen, und werden in diesem Falle Prof. Dieß oder Schulrat Bohm oder andere gern einmal hören. (Zuruf: Na, also!) Es ist aber ein wesentlicher Unterschied, ob ich mir diese Herren immer zu meinen Beratungen lade — (Zuruf: Steht im Antrage nicht!) Gewiß steht das im Antrage, — und Ihnen das Recht gebe, in allen Fragen mitzureden. Das möchte ich vermieden haben im Interesse einer schnellen Erledigung des Antrages. (Zuruf: Wenig! Steht nicht darin!) Wenn die Herren das nicht so meinen, sollen sie es ruhig heraus lassen. Wenn die Heranziehung nur gelegentlich erfolgen soll, braucht das nicht gesagt zu werden. Das ist selbstverständlich. Dann noch ein Wort darüber, daß man sich über die Einheitschule noch nicht klar ist. Doch! Ueber den Begriff ist man sich klar. Nur was sehr verschieden aufgefaßt wird, sind die Einzelheiten der Ausführung des Aufbaus usw. Der Begriff ist da, daß das Schulwesen, daß das

Bildungswesen, will ich lieber sagen, frei gemacht werden soll von den Fesseln des Kapitalismus, daß also nicht mehr die Zugehörigkeit zu irgend einem Stande oder irgend welche wirtschaftlichen Verhältnisse maßgebend sein sollen für die Wahl des Bildungsganges, sondern lediglich die natürlichen Anlagen und Befähigungen. (Zuruf: Sonnemann: Das ist ein Prinzip, aber kein Begriff!) Das ist der Begriff der Einheitschule. (Zuruf: Präsident: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.) In den Begriff gehört nicht hinein, wie ich das durchführen will. (Zuruf.) Dann fassen Sie wahrscheinlich den Begriff ebenso eng, wie Sie den Begriff „Einführung“ genommen haben. Ich kann Ihrem Antrage nicht zustimmen, sondern ich eine Einheitlichkeit herbeiführen möchte. Nehmen Sie aus dem Antrage die Regierung heraus, dann meinetwegen. (Zuruf: Nehmen Sie die Lehrerkammer heraus!) Die Lehrerkammer wird nicht herausgenommen. (Zuruf.) Da also scheiden sich unsere Wege. Dafür bin ich nicht zu haben, daß von vornherein die Regierung herbeigeholt werden soll, das halte ich für eine unnötige Erschwerung. (Bravo links.)

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Wir müssen erst über den Antrag Lüdeking abstimmen. Wenn der Antrag Lüdeking angenommen wird, sind die Anträge Sonnemann-Karrenberg und Dieß erledigt. Dann haben wir noch über den Zusatzantrag Steding abzustimmen. Wenn der Antrag Lüdeking abgelehnt wird, stimmen wir über den Antrag Sonnemann-Karrenberg ab. Wenn der Antrag angenommen wird, ist der Antrag Dieß erledigt und wir stimmen noch über den Antrag Steding ab. Wird der Antrag Sonnemann-Karrenberg abgelehnt, haben wir über den Antrag Dieß abzustimmen. Wird der Antrag Dieß angenommen, stimmen wir über den Antrag Steding ab.

Der Antrag Lüdeking wird abgelehnt.

Der Antrag Sonnemann-Karrenberg wird angenommen.

Der Antrag Steding wird abgelehnt.

Garves zur Geschäftsordnung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir belieben die Vertagung der Versammlung. Wir sitzen bereits $5\frac{3}{4}$ Stunden und haben morgen wieder körperliche und geistige Arbeit zu leisten.

Präsident: Ich möchte darauf aufmerksam machen, wenn wir noch Punkt IX unserer Tagesordnung erledigen, wir sozusagen unsere Tagesordnung erledigt haben bis auf die Anträge, die wir ohnehin nicht erledigt hätten, weil die Herren Antragsteller fortgegangen sind.

Der Antrag auf Schluß der Sitzung wird angenommen.

Schluß 9 Uhr 47 Minuten.

